

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Anschlag für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Verwüster der Volksgesundheit.

Die Grunewaldfrage stand am Sonnabend im Reichstagen zur Debatte. Es handelte sich darum, der Regierung darzutun, daß es ein schändliches Verbrechen an der Gesundheit von Millionen und Abermillionen ist, wenn sie den Forstfiskus nicht an dem Projekt hindert, einen großen Teil des Grunewaldes niederzuschlagen und der Baupfand speculation preiszugeben. Und um das Resultat der Debatte gleich vorwegzunehmen: Leider dürfte der Verkauf der Debatte des Geldfiskus die Regierung nicht veranlassen, von diesem unerhörten Waldverbrechen, der zugleich einen Frevel gegen die Bevölkerung Groß-Berlins darstellt, Abstand zu nehmen; vielmehr wird man mit der Verwirklichung des Grunewaldes ungeniert fortfahren und so ziemlich ein Drittel dieser unentbehrlichen Lunge der Reichshauptstadt in Baugelände verwandeln. Wenn auch der Antrag v. Brandenstein angenommen wurde, wonach der Verkauf des Forstfiskus zwischen Pächsern und Pächsern abgeschlossen sein soll, so werden doch mehr als viertausend Morgen des bisherigen Waldgeländes der Profitgier des Fiskus geopfert werden.

Es war geradezu unglaublich, mit welcher abgeschmackten Gründen der Landwirtschaftsminister diesen Raub an der Volksgesundheit zu verteidigen wagte. Auch nach der von dem Forstfiskus geplanten Verschmelzung werde der Grunewald noch immer 12 000 Morgen umfassen, und das sei genug. Gäbe es doch noch Winkel genug, in die fast niemals ein Spaziergänger komme. Daß am Sonntag schon heute der Grunewald von Menschen wimmelt, daß in elftägigen Jahrzehnten Groß-Berlin wahrscheinlich doppelt und dreimal so groß geworden sein wird und daß deshalb dann doppelt und dreimal soviel Menschen den Grunewald überfluten werden, daran denkt der Minister nicht. Der gute Mann, der sich nach seiner Abreise durch Herrn Dietrich Pahn im Circus Wolsow um so eifriger um die Gunst der Junker bemüht, beschäme den Mut, einfach zu bestreiten, daß der Staat die Pflicht habe, für die Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung dadurch mitzuwirken, daß er für die Erhaltung des den großen Kommunen benachbarten Forstgebietes sorgt oder aber den Verkauf dieses Waldes durch die Kommunen zu akzeptablen Preisen ermöglicht.

Man sollte es für unmöglich halten, daß selbst ein preussischer Minister eine solche Selbstverständlichkeit zu bestreiten wagt. Hat doch der Staat das eminenteste Interesse daran, die Großstadtbewölkerung, die nicht nur die meisten Steuern aufbringt, sondern auch einen immer größeren Anteil des Volkscorpus ausmacht, durch Schaffung und Erhaltung ausgiebigster Erholungsstätten gesund und schaffensfroh zu erhalten. Speziell in dem Berliner Falle war diese Verpflichtung um so unabweislicher, als es, wie der sozialdemokratische Fraktionsredner, Genosse Vörgmann, eingehend nachwies, die Berliner Stadtverwaltung selbst nicht an Opfern hat fehlen lassen, um dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen! Was aber Berlin unter enormen Opfern aufzubauen sucht, reißt der preussische Fiskus höhnisch lächelnd nieder! Während Berlin Parks anlegt, schickt sich der Forstfiskus an, ein Drittel des wundervollen Naturparks zu verwüsten, dessen die gewaltig wachsende Reichshauptstadt als Erholungsstätte für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft so dringend benötigt!

Geradezu klassisch war auch die Begründung, die der Landwirtschaftsminister für die Notwendigkeit gab, daß der Forstfiskus ohne jede Rücksicht auf die gesundheitlichen Bedürfnisse von Millionen Großstadtproletariern aus seinem Gelände die durch die Grundstücks speculation sich bietenden höchsten Preise herauszuschlagen müsse. Er malte das Schreckgespenst der Holznot mit den grellsten Farben. Die Waldbestände Nordamerikas, Kanadas, Rußlands und Schwedens seien derart gefährdet, daß in Deutschland selbst mit größter Intensität aufgeforscht werden müsse. Für diese Aufforstung müßten jährlich 6—7 Millionen ausgegeben werden, und diese Summe müsse eben durch Waldverkäufe in der Nähe großer Städte herausgeschlagen werden!

Lumpiger sechs oder sieben Millionen wegen soll also an der Gesundheit des Großstadtproletariats gefrevelt werden, denn gerade das Proletariat ist es ja, wie Genosse Vörgmann in seiner eindrucksvollen Rede energisch betonte, das in der nächsten Umgebung der großstädtischen Steinwüste frische Luft, gesunde Bewegung und stählenden Naturgenuss suchen muß; die besitzende Klasse lebt ja selbst in der Großstadt in unendlich behaglicheren Verhältnissen und kann sich ja auch den Luxus einer Sommerreise an die See oder ins Gebirge leisten. Daß die sechs oder sieben Millionen auch auf andere Weise, und sei es selbst durch direkte Besteuerung des Besitzes, aufgebracht werden könnten, ist einem preussischen Landwirtschaftsminister natürlich ein unfähiger Gedanke. Nein: lieber mögen dem schwer arbeitenden Großstadtpublikum seine Erholungsstätten verwüdet werden, lieber mag das Großstadtproletariat, das ohnehin die ganze Woche hindurch in dunstige Fabriksäle und enge Mietsquartiere eingepfercht ist, mangels ausreichender Erholungsstätten degenerieren! Um so hochwürdiger kann ja dann das Junkertum über das strophulöse Großstadtdogel räsonnieren, das nur halb so viel Rekruten stelle wie das platte Land!

Diese Verteidigung des fiskalischen Grundstücksräubers zum Schaden der Großstädte durch den Landwirtschaftsminister ist aber um so empörender, wenn man sich der Debatte des Junkerparlamentes vom Tage vorher erinnert. Da wurde gefordert, daß auch die fiskalischen Jagden verpachtet werden sollten, statt wie bisher den höheren Forstbeamten als Jagdreviere zu dienen. Dadurch könnten — selbst ein Redner der Rechten erklärte das —

leicht zehn Millionen jährlich mehr eingebracht werden. Aber dies Anfinnen wurde von der Regierung und den Junkern — zu denen sich auch der Forstfiskusmann Fischbeck gesellte! — mit der Begründung abgelehnt, daß durch diese Entziehung eines alten Privilegs die Berufsfreudigkeit der Oberförster leiden müsse! Die Berufsfreudigkeit der Beamtengruppe also, der soeben erst das Gehalt um nicht weniger als 1500 M. aufgehohlet worden war! Vergebens war von den Befürwortern der Verpachtung der Jagd auch darauf hingewiesen worden, daß durch einen allzu starken Rückgang, wie er jetzt vielfach vorhanden sei, schwerste Baumfällschäden verursacht würden. Da erklärten die Junker und ihr Schildeknappe Fischbeck led und unberufen, daß es bei der Waldpflege gar nicht darauf ankomme, möglichst viel Nutzholz zu erzielen. Die Hauptsache sei das „edle Waldwerk“!

Wenn es also gilt, durch Veseitigung eines durch nichts gerechtfertigten, in anderen Bundesstaaten auch bereits abgeschafften Privilegs der Oberförster zehn, vielleicht auch zwanzig Millionen mehr aus der Forstwirtschaft herauszuwickeln, so kommt es den Junkern und gewissen bloßfreisinnigen Junkeroffenen auf diesen Rufgehalt absolut nicht an. Das forstfiskalische Kapital bleibt künstlich brachgelegt, damit den höheren Forstbeamten und den dem Jagdport huldigenden Privaten ihr Vergnügen nicht verkleinert wird. Wenn es aber gilt, auf die Gesundheit, das Erholungsbedürfnis und den Naturgenuss vieler Millionen von Großstadtproletariern Rücksicht zu nehmen, dann muß die Rücksichtnahme auf die Volksgesundheit dem Interesse der Produktion einer möglichst großen Menge von Nutzholz weichen, dann werden die Wälder in der Umgebung der Großstädte an Vorkapitalisten veräußert, damit anderweitig für den Erlös aufgeforscht und — dem Junkertum und den mit ihm Versippten ein neues Jagddorado geschaffen werden kann!

So beweist auch die Grunewaldfrage die skandalöse Mißachtung der Arbeiterklasse, die in Preußen gang und gäbe ist. Daß Berlin sich eine solche Behandlung gefallen lassen muß, ist zum guten Teil freilich Schuld unserer liberalen Bourgeoisie und Stadtverwaltungen. Denn hätte das liberale Bürgertum Berlins und der anderen Großstädte sich von der Regierung nicht jederzeit ohne ernstlichen Widerstand ein canaillo behandeln lassen, so wären unsere Minister eben nicht die Marionetten der Junker. Aber die Schwachmütigkeit unseres liberalen Bürgertums macht es dem Proletariat zur Pflicht, sich der Volksinteressen um so kräftiger anzunehmen! Die Wahrung der Volksinteressen ist aber nur möglich durch Erkämpfung der Volksrechte!

Die Krise und die Berufszählung.

Während in allen industriellen und kommerziellen Betrieben, in allen Städten des Deutschen Reiches tausende und zehntausende Arbeitslose gezählt werden, während das wichtigste Wirtschaftsgebiet des europäischen Kontinents unter einer schweren Wirtschaftskrise leidet, werden die Resultate der Betriebs- und Berufszählung bekannt, die knapp vor dem Ausbruch der amerikanischen Finanzkrise und ihrer Rückwirkung auf das ganze Wirtschaftsleben der Union und des Deutschen Reiches stattfand. Man könnte nun leicht einwenden, daß die Zahlen der Prosperitätsperiode in der sorgenvollen Zeit der Depression nur noch historischen Wert haben, daß sie bloß an das erinnern, was war, aber nicht aufzeigen, was ist, daß dieses gewaltige Zahlenmaterial nichts mehr zu sagen hat für den morgigen Tag. Zu untersuchen, ob diese Aufzählung begründet ist, erscheint aber notwendig als Voraussetzung der Würdigung der Zählungsergebnisse vom 12. Juni 1907.

Die Betrachtung des wirtschaftlichen Zustandes des Reiches, der Industrie im allgemeinen oder des Gewerbebetriebes, in dem der Beobachter wirkt, läßt einen gewaltigen Unterschied erkennen, wenn man die Erinnerung vom Frühjahre 1907 mit dem Bilde vergleicht, das uns der endende Winter 1909 aufdrängt. Materialmangel und Arbeitermangel, hohe Preise des Eisens, der Kohle und der meisten anderen Roh- und Hilfsstoffe, Waggonmangel, Ueberstunden, hinausgeschobene Liefertermine charakterisieren den Sommer 1907. Heute sehen wir Arbeitslosigkeit, Feierschichten, verfürzte Arbeitszeit, große Vorräte, keine Unternehmungskluft, Sturz der Metallpreise, schlechte Eisenbahneinnahmen, Tiefstand der Verkehrsziffern der großen Dampfergesellschaften usw.

So gewaltig der Unterschied des wirtschaftlichen Zustandes Deutschlands zwischen der Zeit der Erhebung der Berufszählung und der Veröffentlichung ihrer ersten bedeutungsvollen Resultate für Millionen Menschen, für ihr Einkommen und ihre Lebenshaltung war, so unmeßbare Folgen an Elend und Verbrechen, an Leiden Unschuldiger, an schweren Erkrankungen gezeitigt wurden, so ließ doch die Krise den Aufbau der Wirtschaftsordnung im wesentlichen unberührt. Heute wirken fast genau die gleichen Kräfte auf unser Wirtschaftsleben wie im Jahre 1907. Umfängliche Änderungen in der Struktur des deutschen Wirtschaftskörpers sind nicht festzustellen. Die großen Geldmächte, vor allem unsere *Mammutbanken* stehen, wie die eben veröffentlichten Berichte der Deutschen und Dresdner Bank wie

auch des Schaaffhausenschen Bankvereins beweisen, unerschwächt da; wohl kann man auch aus diesen Berichten Wirkungen der Krise herauslesen, aber ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben hat trotz der Krise zugenommen, ihre Geschäfte haben nicht abgenommen; Geld ist ihnen weiter zugeflossen, ihre herrschende Stellung wurde keinen Augenblick in Frage gestellt. Einen Zusammenbruch wie den der Leipziger Bank mit ihren schweren Folgen sucht man in der Vorgeschichte und in den Annalen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vergebens, das unrühmliche Ende der Solinger Bank kann wirtschaftlich mit der Katastrophe der Leipziger Bank nicht in Vergleich gestellt werden. Die großen Industrieunternehmungen wurden bei der verhältnismäßig schwachen und kurzfristigen Krise von 1900 schwerer erschüttert als bei der langwierigen, viel tiefer und nachhaltiger wirkenden Krise von 1907—1909. Man kann behaupten, daß keine schwere Wirtschaftskrise seit ihrem ersten Auftreten in Mitteleuropa so wenig die Lebensfähigkeit, die Kraft und den wirtschaftlichen Einfluß der großen Kapitalmächte Deutschlands erschüttert hat wie die gegenwärtige. Sicherlich verspüren — das sagen schon die Zahlen der Arbeitslosen — auch sehr viele Großbetriebe die Wirkung der Krise, aber doch ertragen viele Betriebe die Depression verhältnismäßig leicht, wie uns die ausgeschütteten Gewinne, die zur Verteilung gelangenden Dividenden lehren. Vor allem zeigt uns das ununterbrochene Gedeihen der Mammutbanken, deren Schicksal mehr als je vorher mit dem unserer großen und größten Industrie verknüpft ist, daß der unsere wirtschaftliche Vormachtstellung begründende Besitz durch die Krise nicht sehr stark in Mitleidenschaft gezogen sein kann.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist ein mehrfaches. Die Krisenwirkung auf die Arbeiter, die uns jede Abrechnung der Gewerkschaften lehrt, läßt den Schluß zu, daß die mittleren und kleineren Betriebe, insbesondere die handwerksmäßigen, vor allem die Zerg- und Kleinbetriebe unter der gegenwärtigen Krise sehr schwer leiden müssen. Parallel damit scheinen organisatorische Reformen in den Großbetrieben zu gehen, die Ersparnisse bei den Produktionskosten und dadurch Verminderung und Verbilligung der Arbeitskräfte, Abstoßung der Vorräte und Vorsicht in der Anschaffung neuer bezwecken. Wenn wir unter diesem Gesichtswinkel den Wert der Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich abschätzen wollen, werden wir nicht behaupten dürfen, daß sie nur noch geschichtlichen Wert besitze, sondern werden sie trotz aller Einwendungen als wichtige Quelle der Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Zustände und unserer ökonomischen Entwicklung einzuschätzen haben.

Die Daten der Betriebs- und Berufszählung als die Sozial- und Wirtschaftsstatistik an sich zu betrachten, haben wir uns freilich sehr zu hüten. Die Zählung belehrt uns über die Betriebsgrößen, aber sie begnügt sich, sie an der Zahl der Arbeiter und der verwendeten Maschinen zu messen, während das ausschlaggebende Moment, die Produktionskraft des Betriebes und seine tatsächliche Leistung und damit der Anteil der verschiedenen Betriebsgrößen an der nationalen Produktion, ein wohlbehütetes Geheimnis bleibt, obgleich diese Feststellungen erst den raschen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in voller Beleuchtung zeigen würden. Auf die gewaltigen Wandlungen im deutschen Wirtschaftsleben können wir schon schließen, wenn wir das Anschwellen der Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern aus dem Vergleich der Zählungsergebnisse von 1907 mit denen von 1895, 1882 und 1875 feststellen. Tatsächlich aber ist die Konzentration von Kapital und Produktion viel rascher vor sich gegangen, als man aus dem Vergleiche dieser Zahlen berechnen zu können glaubt. Jeder Techniker wird für 99 von 100 Industriezweigen konstatieren, daß die praktisch festzustellende Produktionsmenge der Klein-, Mittel-, Groß-, Riesen- und Mammutbetriebe nicht im arithmetischen Verhältnis der angewandten menschlichen Arbeitskraft wächst. Das war schon zur Zeit der Manufaktur nicht der Fall, natürlich kann davon immer weniger die Rede sein in einer Periode der höchsten Spezialisierung der Werkzeugmaschinen und der größten Vervollkommnung der Fabrikorganisation im Riesenbetrieb. Selbst die Kombination menschlicher und mechanischer Arbeitskraft gibt nicht den Maßstab, um die Bedeutung der Betriebsgrößen für ihren Anteil an der Produktion eines Wirtschaftsgebietes klarzustellen. Denn die Geschichte der ausgebildeten Kartelle und vor allem der Trusts zeigt uns aufs deutlichste, daß der Ertrag des rational verwalteten Betriebes nicht bloß in dem gleichen, sondern im viel stärkeren Verhältnis mit der Konzentration steigt. Die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die wissenschaftlichen Tröster der herrschenden Klassen berechnen immer wieder die Bedeutung der Klein-, Klein- und Mittelbetriebe nach der Zahl der — vielfach bloß scheinbaren — Selbständigen in diesen Betriebsgrößen. Entscheidend ist aber die Bedeutung der Betriebsgrößen für die Versorgung des Marktes wie deren Anteil an der Ausfuhr. Ueber die wirtschaftliche Bedeutung der Selbständigkeit der Betriebsinhaber der mittleren und kleineren Betriebe wird übrigens noch besonders zu handeln sein.

Alles spricht dafür, daß der allgemeine Prozeß der Kapitalakkumulation unter der Krise weiter und noch rascher vorgeschritten ist, als wir das aus dem Vergleiche der Zahlen von 1895 und 1907 erkennen. Niemals kann eine Statistik uns ein Zustandsbild geben, weil sie stets einen früheren

Stand darstellt. Sieben Vierteljahre, eine wirtschaftlich ergebnisreiche Zeit, sind verlossen seit der Ausfüllung der Fragebogen für die Betriebs- und Berufszählung. Vieles hat sich seit dem 12. Juni 1907 geändert, die Kräfte hat schwere Wunden geschlagen, zahlreiche Existenzen vernichtet. Die Großen und Mächtigen im Wirtschaftsleben haben aber ihre führende und entscheidende Stellung bewahrt. So geben uns trotz aller notwendigen Vorbehalte die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung zwar nicht ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Verästelung, aber doch das zutreffendste Bild, das wir mit unseren ungenügenden Materialien entwerfen können.

In einer Reihe in sich abgeschlossener Artikel werden wir die Resultate des großen Zählungswertes vom Juni 1907 darstellen und kritisch beleuchten.

Tabakzoll oder Banderole.

Bei den Beratungen der Finanzkommission über die Tabaksteuer erklärte der Direktor im Reichsschatzamt, daß bei einer Gewichtsteuer unter 210 M. Zoll und 110 M. Inlandssteuer nicht auszukommen sei. Die Banderole sei immer noch die gerechteste und die am wenigsten drückende Steuer. Die prozentuale Belastung für Zigarren bei den verschiedenen Zoll- und Steuerarten ergibt sich aus nachstehender Tabelle:

Metallwert pro 1000 Zigarren	Zoll pro 1000 Zigarren		pro Doppelzentner		Belastung nach dem Regierungsvorschlag		Zoll pro 1000 Zigarren		pro Doppelzentner		
	85	45	pro 1000 Zigarren	Proz. vom Kleinverkaufspreis	Zoll pro 1000 Zigarren	Banderole pro 1000 Zigarren	85	110	pro 1000 Zigarren	Proz. vom Kleinverkaufspreis	
40	4	—	10,0	4	—	8	—	20,0	9	80	24,5
50	5	20	10,4	5	20	8	—	18	20	26,4	25,6
60	6	80	11,8	6	80	8	—	14	80	24,7	28,0
70	6	80	9,7	6	80	8	—	14	80	21,0	24,0
80	6	80	8,5	6	80	16	—	22	80	25,5	21,0
90	6	80	7,5	6	80	16	—	22	80	25,8	18,7
100	6	80	6,8	6	80	16	—	22	80	22,8	16,8
120	6	80	5,7	6	80	16	—	22	80	19,0	14,0
150	6	80	4,5	6	80	32	—	38	80	25,9	11,3
180	6	80	3,8	6	80	32	—	38	80	21,6	9,8
200	6	80	3,4	6	80	32	—	38	80	19,4	8,0
250	6	80	2,7	6	80	32	—	38	80	15,5	6,7

Schon die erste der drei obigen Tabellen, welche die gegenwärtige Belastung darstellt, zeigt, daß dieselbe bei dem jetzigen Zoll- und Steuersystem eine höchst ungerechte ist. Wenn ein Mitglied der Steuerkommission, um die Banderole zu bekämpfen, meinte: „Auch die heutige Gewichtsteuer bietet eine gewisse Steuergerechtigkeit, denn die steuerliche Belastung stuft sich ganz nach der Sortierung des Tabaks ab“, so dokumentierte der Betreffende dadurch nur, daß er kein Fachmann ist. Das Gegenteil ist richtig; gerade bei der Sortierung des Tabaks tritt die steuerliche Ungleichheit am meisten hervor. Für eine reine, sahle Sumatrablad-Sortierung zahlt der Fabrikant 8, 4, 5 Gulden für das Pfund; für eine bunte Stielblattfortierung vierter Länge von demselben Tabak vielleicht 30, 40, 50 Cts. — also nur den zehnten Teil von dem ersten Preis. Der Zoll für das Pfund ist in beiden Fällen gleich.

Der feinste Havannatabak kostet nicht mehr Zoll als der ordinärste blau Domingo; während der Einfuhrpreis für den ersteren vielleicht 6 M. pro Pfund beträgt, stellt er sich für den letzteren auf 30 Pf. pro Pfund. Je höher der Zoll wird, desto schreiender tritt die ungleiche und ungerechte Belastung bei dem fertigen Fabrikat zutage; bei einem Zoll von 210 M., wie ihn die Regierung für notwendig erklärt, um den gewünschten Steuermehrertrag zu bekommen, sind die 4-, 5- und 6-Pf.-Zigarren mit 24–28 Proz. belastet, die 25-Pf.-Zigarre mit kaum 7 Proz.

Wenn nun aber die Regierung behauptet, die Banderole sei die gerechteste und am wenigsten drückende Steuer, so zeigt die obige zweite Tabelle, daß diese Behauptung unmaßig ist; bei der vorgeschlagenen Kombination von Inlandssteuer, Zoll und Banderolesteuer sind die 5-Pf.-Zigarren mit über 26 Proz. belastet, die 25-Pf.-Zigarren mit 15 Proz.

Wollte die Regierung in Wirklichkeit nach den Vermögensverhältnissen der Käufer die Steuer bemessen, so müßte sie zunächst einmal das jetzige Zoll- und Steuersystem vollständig beseitigen und dann eine nach dem Wert der fertigen Fabrikate progressiv steigende Steuer einführen.

Würde diese neue Besteuerung dann den Massenkonsum nicht höher belasten, als er schon belastet ist — derselbe ist doch heute schon mit 10 bis 18,8 Proz. wahrlich hoch genug belastet —, dann wäre auch ein erheblicher Rückgang des Konsums nicht zu befürchten. Eine Mehrbelastung des Massenkonsums bei der von der Regierung vorgeschlagenen Banderolesteuer von 15 bis 20 Proz. aber muß nach den Erfahrungen mit der Zollerhöhung von 1879 naturgemäß, namentlich in der jetzigen Krisenperiode, einen enormen Konsumrückgang und eine dementsprechende Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Daß bei einer Banderolesteuer mit Beseitigung des jetzigen Steuersystems die Möglichkeit gegeben ist, eine nach dem höheren Wert des Fabrikats progressiv steigende Steuer einzuführen, kann und braucht in keiner Weise bestritten zu werden; die Banderolesteuer ist aber trotzdem verwerflich:

1. weil sie in sich die Tendenz des Lohnbruders enthält;
2. weil sie das Markensystem großzügig und dadurch einzelnen Großbetrieben eine Monopolstellung verschafft;
3. weil sie eine völlige Umgestaltung der gesamten Produktionsverhältnisse nicht allein in der Tabak- und Zigarettenindustrie, sondern auch in deren Hilfsindustrien zum Teil sofort, zum Teil in konsequenter Durchführung des Gesetzes erforderlich macht. Eine Zollerhöhung aber, und sei es selbst nur eine minimale, bedeutet einzig und allein eine Mehrbelastung des Massenkonsums und ist schon vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit gegenüber den unbemittelten Schichten der Bevölkerung zu verwerfen.

Die Tabakarbeiter sind ohne Ausnahme konsequente Gegner nicht nur der Banderolesteuer, sondern auch eines höheren Zolles — weshalb? Es ist das schon so oft gesagt worden und kann uns von keinem Steuerfreund widerlegt werden — weil die Tabakarbeiter über zwei Jahrzehnte durch die Zollerhöhung von 1879 in ihrem Streben, sich auch nur einigermaßen anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen, gehindert worden sind.

Die Balkankrise.

Eine neue Ablehnung direkter Verhandlungen.

Belgrad, 13. März. Die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note wird in der nächsten Woche erfolgen.

Unterrichtersseite wird versichert, dieselbe werde zwar in höflicher, jedoch ablehnender Form gehalten sein.

Demgegenüber wird aus Wien gemeldet, die österreichische Regierung sei entschlossen, Serbien gegenüber auf Klarheit zu dringen, im übrigen aber abzuwarten, welche Haltung die von Serbien angerufenen Mächte einnehmen werden.

Russische Hinterhältigkeit.

Wien, 13. März. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ authentisch meldet, hat Rußland 1906 beim Abschluß des Handelsvertrages mit Ungarn die Bedingung gestellt, daß Serbien die Grenz-erleichterungen entzogen werden. Der Anfang der Differenzen zwischen Oesterreich und Serbien geht also auf einen wirtschaftspolitischen Streich zurück, den Rußland seinem serbischen Bruder versetzt hat.

Eine neue Intervention.

Wien, 13. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Rom: Westem Vornehmen nach haben die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens der Belgrader Regierung den freundschaftlichen Rat erteilt, die von Oesterreich erwartete Erklärung über die Rüstungen nicht abzulehnen; ebenso haben sie die Versicherung abgegeben, daß die Großmächte eine weitere Verwirrung und Verschleppung der serbischen Frage auf das Lebhafteste bedauern würden.

Die Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Die österreichische Sozialdemokratie hat die erste Gelegenheit benützt, um von der Reichsratstribüne aus mit aller Kraft für den Frieden und gegen die Kriegshetze Stellung zu nehmen. Bei der Debatte über die bosnische Grundabklärung führte Genosse Dr. Renner im Namen unserer Partei folgendes aus:

Wir protestieren gegen die leichtsinnige und oberflächliche Art, wie die bosnische und serbische Frage behandelt wurde. Durch Monate hat das Reich in der Gefahr eines Krieges geschwebt, der durch die abenteuerliche Politik des Herrn v. Khevenhaller heraufbeschworen wurde. Ich kann diese Verhandlung nicht vorübergehen lassen, ohne dagegen Verwahrung einzulegen, daß die Söhne des österreichischen Proletariats und der österreichischen Bauernschaft infolge dieses Abenteuer des Baron Khevenhaller die schweren Opfer einer halben Mobilisierung im Winter ertragen mußten. In den Pulvermagazinen auf dem Balkan mit dem Fidius der Reichstitel zu manipulieren, ist eine Fahrlässigkeit, die an Verbrechen grenzt. Noch mehr protestieren muß ich aber gegen den hochmütigen Großmachtstoller, der gewisse Parteien dieses Hauses — sie sind zum Glück die Minorität — gepöpst hat und der in der Presse unablässig schürt und hegt. Eine kriegerische Unternehmung, sei sie auch noch so kurz und gegen einen noch so schwachen Gegner geführt, bleibt immer ein Unglück (lebhafter Beifall). Diejenigen, die unsere verantwortlichen Regierungsglieder auf der Bahn der Hartnäckigkeit weiter zu treiben suchen, vergessen ganz, daß alle kriegerischen Zeitungspfeile für die Masse des Volkes nichts anderes bedeuten als erneuten Kummer und erneutes Leid. Sicher ist, daß die Völker Oesterreichs den Frieden wollen (lebhafter Beifall) und daß sie insbesondere einen Krieg mit Serbien nicht wollen, weil Oesterreich allen Grund habe, Serbien trotz dessen ungerechtfertigter Provokation Anerbieten zu einer friedlichen Nachbarschaft zu machen. Ich glaube auch nicht, daß die gemeinsame Regierung in letzter Linie von einer anderen Politik geleitet ist. Ich finde nur, daß sie in dieser Politik nicht genug Vorsicht, Zurückhaltung und urbane Formen aufweist. Insbesondere geziemt es sich dem Starke nicht, Serbien gegenüber so sehr die Großmacht herauszutreten und die Politik der Bedrohung fortzusetzen. Raum irgendwo liegt die wirtschaftliche Interessensolidarität so offen zu Tage wie zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Er hoffe, daß es zwischen diesen beiden Staaten zu einem Handelsvertrag oder vielmehr zu einem dauernden Zollbündnis kommen werde. Wenn man Serbien die Möglichkeit eines solchen Zollbündnisses bietet, wird zweifellos der Friede aufrecht erhalten werden. Deshalb muß ich dagegen protestieren, daß heute schon in Ungarn und auch in Oesterreich die Agrarier erklären, daß keinerlei wirtschaftliche Konzessionen gemacht werden dürfen. Serbien kann ohne Handelsvertrag mit Oesterreich nicht existieren; aber auch Oesterreich braucht diesen Handelsvertrag notwendig zur Nahrung seiner Volksmassen. Auf diesem Wege wird man den Frieden finden und darum fordern wir, daß die gemeinsame Regierung gegenüber Serbien Besonnenheit, gegenüber den Kriegshetzern im Lande aber Mut und Kraft zeige, gegenüber den Kriegshetzern, die aus überschäumendem Hurrapatriotismus in Belgrad und Wien zum Kriege treiben, und gegenüber den Kriegshetzern, die aus ihrem Schweißgeschäft heraus bereit wären, Oesterreich-Ungarn in einen Krieg zu verwickeln. (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. März 1909.

Delbrück gegen Rheinbaben.

Professor Delbrück veröffentlicht in der „Tägl. Rundsch.“ einen Artikel gegen die Veröffentlichung des preussischen Finanzministers in der „Verl. Korresp.“, auf deren Unrichtigkeiten der „Vorwärts“ bereits selbst aufmerksam gemacht. In dem Artikel Delbrücks heißt es:

Die offiziöse „Berliner Korrespondenz“, die mich berichtigen sollte, war mir noch nicht zugegangen, als ich meinen gestrigen Artikel schrieb, aber nachdem ich sie nunmehr gelesen und auch die Einwände des Herrn Finanzministers nachgeprüft, komme ich zu dem Ergebnis, daß ich sehr wenig zu korrigieren habe und in der Hauptsache meine Zahlen aufrecht erhalten kann. Ich werde im nächsten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ die genaue Rechnung darüber aufmachen. So viel ich heute sehe, werde ich kaum unter 140 Milliarden heruntergehen brauchen, und ich denke, das genügt; es würden immer noch 50 Proz. der Veranlagten sein (91,6 statt noch 140), die dem Staate entgegen, allein bei der Vermögenssteuer und bei der Einkommensteuer steht es noch schlechter. Für heute nur noch folgende Richtigstellung:

Herr v. Rheinbaben hat gesagt, ich hätte den Hausrat, der nicht steuerpflichtig sei, nicht abgezogen. Das ist ein Irrtum. Ich habe in dem Artikel im „Tag“ ausdrücklich gesagt, daß ich den Hausrat mit den öffentlichen Anleihen und einigen anderen Objekten, die dort aufgeführt sind, kompensiere. Ferner wollen der Herr Finanzminister und die „Berliner Korrespondenz“ für die nichtsteuerpflichtigen Vermögen unter 6000 M. 80 Milliarden in Abzug bringen — als ob ich hierfür nichts in Abzug gebracht hätte! Ich habe aber dafür 10 Milliarden in Abzug gebracht, und zwar gestützt auf eine Quelle, die offenbar ebenso offiziös ist, wie die „Berliner Korrespondenz“ selber, nämlich einen Artikel in den „Grenzboten“ vom 9. Juli 1908. Dieser Artikel nimmt sogar nur 9 Milliarden an, und es wird mir ein Leichtes sein, nachzuweisen, daß meine „10 Milliarden“ der Wahrheit jedenfalls viel näher sind, als die 80 des zweiten Offiziosus.

Auch wir glauben, daß Herr v. Rheinbaben bei der Auseinandersetzung sehr schlecht abscheiden wird!

Das Grubenkapital gegen den Bergarbeiterschutz.

Ungeöhnlich zahlreich sind die Petitionen, die von den Interessenten an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden und die darauf abzielen, den von der Regierung beabsichtigten minimalen Schutz der Bergarbeiter völlig illusorisch zu machen. Gemeinsam ist allen diesen Petitionen, daß sie von sachlichen Erwägungen überhaupt Abstand nehmen und sich lediglich in politischen Phrasen ergehen. So protestiert z. B. die Handelskammer für den Regierungsbezirk Münster in einer geharnischten Eingabe gegen die Einführung von Sicherheitsmännern im Bergbau, weil die Bestellung dieser Sicherheitsmänner durch geheime Wahl der Arbeiter keineswegs die Wahl von Arbeitervertretern garantiere, welche zu diesem schwierigen und verantwortungsvollen Amte die nötige Befähigung besitzen. Vielmehr sei anzunehmen, daß bei diesen Wahlen der Druck und die Agitation politischer Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie ausschlaggebend sein werden. Weiter spricht die Handelskammer ihr Bedauern darüber aus, daß sich die Regierung überhaupt zur Vorlage des Gesetzesentwurfs habe bestimmen lassen. Zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Bergarbeiterschaft und Betriebsverwaltung wird nach Ansicht der Handelskammer die Einrichtung der Sicherheitsmänner nicht beitragen, weil dies Vertrauen nicht durch Schuld der Betriebsverwaltung, sondern durch planmäßige Verhinderung der Sozialdemokratie erschüttert worden sei, welcher die Einrichtung nur eine neue Handhabe für ihre Agitation unter den Arbeitern bieten werde. Die Nachgiebigkeit, welche gegenüber den Forderungen der Arbeiter nicht bloß seitens der parlamentarischen Körperschaften, sondern auch seitens der Regierung gezeigt werde, könne nur zu dem beitragen, die Arbeiter zu immer neuen Forderungen zu ermuntern; es würden dadurch die schwersten Gefahren für unser gesamtes Wirtschaftsleben heraufbeschworen werden.

In ähnlichen Uebertreibungen bewegt sich die Eingabe des Vereins für die gemeinschaftlichen Interessen des hannoverschen Kalibergbaues. Auch diese Interessenten haben den traurigen Mut, die Forderung der Anstellung von Arbeiterkontrolluren als sozialdemokratisches Agitationsmittel zu bezeichnen, und um mit der Mode mitzugehen, faheln sie dann des langen und breiten von Terrorismus. Durch die Tätigkeit der Arbeiterkontrolluren würden die Steiger so drangsalariert werden, bis sie endlich auch dem sozialdemokratischen Verbände beitreten müßten. „Das wäre also genau so, als wenn in der Armee die Unteroffiziere und Feldwebel dem sozialdemokratischen Verbände beitreten würden.“

Traurig ist es, daß sogar die technischen Bergbeamten Oberschlesiens „im Interesse der Aufrechterhaltung der Beamten-Autorität und der Disziplin auf den Gruben“ gegen die Einrichtung der Sicherheitsmänner protestieren. Die Kontrolle der Grubenbeamten durch die ihnen untergebenen Arbeiter würde ebenso demoralisierend, wie eine Kontrolle der Unteroffiziere und Offiziere durch Vertreter der Gemeinden beim Militär wirken würde; Autorität und Disziplin seien beim Bergbaubetriebe mit seinen Gefahren ebenso notwendig wie beim Militär. Das sagen dieselben technischen Beamten, die eben noch am eigenen Leibe gespürt haben, daß das Kapital keinen Unterschied zwischen Arbeitern und abhängigen Beamten macht, sondern daß es mit der Arbeitskraft aller seiner Angehörigen auch ihre politische Ueberzeugung gekauft zu haben wähnt. Wenn schon angesichts eines so zaghaften Versuchs der preussischen Regierung eine so lebhaftige Gegenagitation einlezt, wie wird es dann erst werden, wenn es sich wirklich einmal um einen durchgreifenden Arbeiterschutz handelt.

Ein Gescheiterter.

Vor einer Reihe von Jahren trat in Köln ein evangelischer Geistlicher, Pastor Wollleben, auf, um a la Raumann die Sozialdemokratie abzulösen. Er verschaffte sich Anichluß an die christlichen Gewerkschaften und gründete eine Tageszeitung, das „Westdeutsche Volksblatt“. Arm in Arm mit den Zentrumschriften trat er den modernen Gewerkschaften entgegen. Aber bald mußte er erkennen, daß selbst im heiligen Köln die Zukunft der modernen Arbeiterbewegung und dem Sozialismus gehört. Und nicht lange nachher verlor er das „Westdeutsche Volksblatt“. Wie der Herr Pastor die ihm nun gewordene vermehrte freie Zeit verwendete, mag man daran erkennen, daß er bald sein Amt als Gefängnisprediger niederlegen mußte, weil eine Gefangene ihn beschuldigte, er habe sich stüllich an ihr vergangen. Nachher übernahm der Geistliche die Verwaltung der Wohlfahrts-Einrichtungen der großen händischen Papierfabriken in V. Gladbach bei Köln. Die Anstellung erfolgte, nachdem in der Fabrik ein Streik der christlichorganisierten Arbeiter stattgefunden hatte. Dieser Streik stand der Pastor vor der Kölner Strafkammer. Er hatte 1943 M. aus der ihm anvertrauten Kasse genommen, obwohl er ein Gehalt von 6000 M. bei freier Wohnung hatte. Er gab seiner Familie nur 100 M. Handhaltungsgeld pro Monat und hielt sich dafür ein Weibchen zur linken Hand. Das Gericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis.

Gegen den Blockliberalismus.

In Rülheim am Rhein nahm der Jungliberale Verein einstimmig folgende Resolution an: „Der Jungliberale Verein gibt seiner Enttäuschung über die schmachvolle Haltung der Nationalliberalen im Reichstagswahlkreise Bingen-Alzheim bei Gelegenheit der Stichwahl Ausdruck. Ein derartiges Verhalten bedeutet die vollständige Verleugnung liberaler Grundsätze und wird das Verhältnis zwischen den einzelnen liberalen Gruppen, die gerade im Westen unbedingt aufeinander angewiesen sind, bedauerlicherweise trüben müssen.“

In Köln hat der Verein der Freisinnigen Volkspartei eine Resolution beschlossen, worin er es „für durchaus erforderlich“ erklärt, „daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft bei direkten Steuern die Zustimmung so lange verjagt, bis entweder Reichsnachschuß- oder Reichsvermögenssteuer angenommen oder wenigstens eine einzelstaatliche Belastung des Besitzes hinreichend geregelt ist. Im letzteren Falle müssen Garantien geschaffen werden, daß die einzelstaatliche Besteuerung und ihre Handhabung den liberalen Auffassungen über die gerechte Belastung des Besitzes wirklich entsprechen werden. Ohne solche Garantien haben wir insbesondere zur preussischen Regierung nicht das Vertrauen, daß ihre Praxis der Veranlagung sich der Begünstigung einzelner Berufsstände enthalten wird.“ Zum Schluß spricht die Resolution aus, daß „der Opfer, die die Blockpolitik der Freisinnigen Partei auferlegt, nachgerade genug sind.“

Die Dresdener Justiz gegen die Wahlrechtsdemonstrationen.

(Pribaldepesche des „Vorwärts“.)

Dresden, den 13. März 1909.

Die schon mehrfach besprochene Aufschauanlage gegen den Genossen Redakteur Dabell von der „Dresdener Volkzeitung“, die der Wahlrechtsdemonstration vom 17. Januar entsprang, gelangte am heutigen Tage vor der fünften Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Gleichzeitlich wurde gegen einen zweiten Genossen, den Tischler Stenzel, verhandelt.

Genosse Dabell hatte am 17. Januar im Saale des Volkshauses referiert. Er war dann nach der Versammlung nach der

Ostra-Allee marschiert, die abgeperrt war, weil der Staatssekretär Fernburg im Gewerkschaftsamt einen Vortrag hielt, dem auch der König als Zuhörer beizuwohnte. Düvell hatte den dort kommandierenden Polizeikommandanten in höflicher Weise ersucht, die Menge durchzulassen. Als das verweigert wurde, begab sich die Menge durch die Schloßstraße hineingedrängt wurde, in der die bekannte Attacke der Polizei auf die Demonstranten stattfand. Die Anklage behauptete, es sei die Absicht Düvells gewesen, trotz der polizeilichen Absperrung die Menge nach dem Schloß zu führen und dort der Polizei zum Trotz zu demonstrieren. Die Staatsanwaltschaft stützt sich dabei auf eine angebliche Stelle der von Düvell gehaltenen Versammlungsrede, wonach er gesagt haben sollte: „Wir wollen uns dem König so zeigen, daß er die Augen vor uns nicht verschließen kann.“ Die Anklage war erhoben worden, obwohl Düvell selbst nach den Aussagen der Polizei auf der Schloßstraße alles aufgeben hatte, um die Menge zum Auseinander- und Fortgehen zu bewegen. Das wurde auch in der Beweisaufnahme von einer Anzahl Polizeibeamten bestätigt. Zum Teil erstreckte sich die Zeugenvernehmung auch darauf, ob Düvell wirklich gesagt habe: „Wir müssen uns dem König zeigen.“ Er bestritt das entschieden. Zwei Polizisten aber, die die Versammlung überwacht hatten, legten ihre stenographische Niederschrift über den Vortrag vor, in der sich die Stelle befindet. Im übrigen wurde nicht einmal der Versuch gemacht, Düvell zu beschuldigen, daß er in der Schloßstraße die Menge aufgereizt oder geführt habe. Es konnte ihm ebenso nicht nachgewiesen werden, daß er sich in der vordersten Reihe befunden habe. Dagegen wurde von neuem festgestellt, daß die Polizei in furchtbarer Weise gewütet und ohne ersichtlichen Anlaß eingekerkert hatte. Die früher aufgestellten Behauptungen, die Polizei sei von der Menge mit Stöcken und Schirmen so bedroht worden, daß sie aus Notwehr den Säbel ziehen mußte, wurden gar nicht wieder vorgebracht. Als einzige Gewalttat der Demonstranten wurde angeführt, daß ein Stad aus der Menge geschleudert und einem Polizisten, ohne ihn irgendwie zu schädigen, gegen die Brust geschoßen sei. Die Behauptung, daß die Waffe auf die Polizeiketten eingedrungen sei, versuchten die als Zeugen vernommenen Polizisten aufrechtzuerhalten. Andere Zeugen jedoch behaupteten das Gegenteil. — Bemerkenswert waren besonders die Aussagen des Lagerhalters Bartels, der unter seinem Eide bekundete, er habe, die Brüdergasse heraufkommend, die Schloßstraße gekreuzt und gesehen, daß zwischen der Menge und der Polizei eine volle Straßbreite frei gewesen wäre; dennoch hätten die Polizisten ohne weiteres blank gezogen und auf die Menge eingeschoben. Auf einen stürzenden Mann hätten sich vier säbelschwingende Polizisten gestürzt und auf ihn eingeschoben. Ein Mann, der sich in höflicher Weise bei den Polizisten beschwert habe über dieses Vorgehen, sei ohne jeden anderen Anlaß über den Kopf geschlagen worden. — Der Gutbesitzer Jürg ist zufällig in das Gedränge auf der Schloßstraße gekommen. Er konnte weder zurück noch vorwärts. Plötzlich sah er, obwohl er keinen Grund dazu bemerken konnte, daß die Polizisten ohne weiteres auf die Menge einschlugen und auf alles Losstachen, was ihnen in den Weg kam. Es habe „nur so gellatscht“, als die Säbel auf die Köpfe sausten. Drei Wochen lang habe er unter dem Eindruck dieses entwürdigenden Vorganges gelitten. — Genosse Frähdorf war als Zeuge geladen worden, um zu bezeugen, daß die Demonstration nicht von der sozialdemokratischen Partei geplant und veranstaltet worden war. Als er das bekundete hatte, erklärte der Vorsitzende, das Gericht habe dergleichen auch niemals angenommen. — Der Staatsanwalt betonte in der Anklage, daß die Versammlungsrede Düvells und aus seinem übrigen Verhalten gehe hervor, daß er die Absicht gehabt habe, die Menge nach dem Schloß zu führen. Er beantragte die Verurteilung wegen Aufruhrs. Der Verteidiger Dr. Giese trat ihm wirkungsvoll entgegen.

Gegen Stenzel wurde in der Beweisaufnahme festgestellt, daß er mit an der Spitze des Zuges gegangen sei, mit der Hand gewinkt und vielfach Hochrufe auf das Wahlrecht ausgedrückt habe. Daraus schloß die Staatsanwaltschaft auf eine Rädelsführerschaft des Angeklagten. Nach Aussage mehrerer Polizeibeamten wäre die Menge nicht nach der Schloßstraße gezogen, wenn sie Stenzel nicht dorthin geführt hätte. Jemand welcher gewalttätigen Handlungen wurde Stenzel nicht beschuldigt. Er hat auch seiner Verhaftung seinen Widerstand entgegengesetzt. Als erschwerender Umstand wurde ihm angerechnet, daß er schon bei der Wahlrechtsdemonstration 1906 durch polizeiliche Säbelhiebe verletzt worden ist. Stenzel wurde von zwei ärztlichen Sachverständigen als Alkoholiker mit verminderter Zurechnungsfähigkeit bezeichnet.

Das nach langer Beratung verkündete Urteil lautete: Stenzel wird wegen Aufruhrs zu acht Monaten Gefängnis (!) verurteilt. Düvell wird freigesprochen. Dieser letzte Teil des Urteils wurde mit lauten Bravo's ausgenommen.

Die Aktion gegen Genossen Düvell, die von der Staatsanwaltschaft offenbar eingeleitet wurde, um ein abschreckendes Beispiel zu statuieren, ist also gänzlich ins Wasser gefallen. Dagegen ist das Urteil gegen Stenzel außerordentlich hart, wenn man bedenkt, daß dem Verurteilten nicht die geringste Ausschreitung nachgewiesen wurde! Der Spruch des Landgerichts gegen Stenzel ist ein wahres Schreckensurteil. Der Betroffene wird dadurch schwer geschädigt. Nicht aber die Wahlrechtsbewegung des sächsischen Proletariats!

Demokratie und Fleischsteuer.

Seit dem 1. April 1906 ist in Stuttgart die kommunale Fleischsteuer aufgehoben. Die Maßregel bewirkte einen sofortigen Preisabfall von 8 Pfennigen pro Pfund bei allen Fleischsorten. Um zu verhindern, daß ein Ring der Regiermeister doch wieder die Fleischpreise um den Betrag der Steuer in die Höhe treibe und so die Aufhebung der kommunalen Fleischsteuer unwirksam mache, wurde eine Preisfestsetzungskommission gebildet, bestehend aus einem Gemeinderat als Vorsitzenden, dem ersten Stadtkirchner, dem Obermarktleiter, einem Beamten des Stadtpolizeiamts als Vertreter der Stadt, sowie drei Vertretern der Regiermeinung. Die von dieser Kommission festgesetzten Ladenpreise sind bei Vermeidung einer Konventionalstrafe einzuhalten. Die Einrichtung hat sich gut bewährt. Die Aufhebung der kommunalen Fleischsteuer hat den Fleischpreis dauernd verbilligt. — Am 1. April 1909 läuft die Verordnungsung zur Erhebung der Fleischsteuer auch für jene Städte ab, die sie noch beibehalten haben. Das sind in Württemberg noch 18 Gemeinden. Von diesen dreizehn haben sechs beim Landtag um Verlängerung der Verordnungsfrist bis zum 1. April 1910 petitioniert. In der Donnerstagssitzung der Finanzkommission der zweiten Kammer wurde ein nationalliberaler Antrag, der die Regierung ersucht, einen Gesetzesentwurf im Sinne der Petenten einzubringen, mit 9 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten nur unsere drei Genossen und ein Zentrumsmann. Die beiden Konservativen enthielten sich der Stimme. Die Herren Demokraten verhielten dem nationalliberalen Antrag zur Annahme! Auch ein Beitrag zur Naturgeschichte der württembergischen Demokratie.

Flottendemonstration gegen unzufriedene Samoaner.

Auf Samoa ist schon seit längerer Zeit eine der deutschen Herrschaft feindliche Bewegung im Gange, die von offizieller Seite mit der Frage der „Thronfolge“ für den alten Häuptling der Eingeborenen in Verbindung gebracht wird. Obwohl bisher Gewalttätigkeiten gegen weiße Ansiedler nicht vorgekommen sind, hat der Gouverneur Dr. Solf die Entsendung einiger Kriegsschiffe nach Samoa verlangt! Der Chef des Kreuzergeschwaders in Ostasien, Konteradmiral Förster, ist nunmehr beauftragt worden, sich mit drei Kriegsschiffen nach Samoa zu begeben. Die offiziöse Notiz spricht die Hoffnung aus, daß die Anwesenheit dieser Kriegsschiffe genügen wird, um die Befragung der Schuldigen und die Wiederherstellung der Ordnung ohne Kämpfe herbeizuführen.

Unsere Kolonialregimente werden durch Schaden nicht Aug. Sie spielen immer wieder ohne Not mit dem Feuer, bis sie sich die Finger verbrennen und dem deutschen Volk neue Opfer an Gut und Blut aufhalsen.

Frankreich.

Eine Beamtendemonstration.

Paris, 12. März. Die Bahnpostbeamten auf der Eisenbahnstrecke Paris—Yvon—Méditerranée hielten heute eine Versammlung ab, in der über verschiedene Forderungen beraten wurde. Nach der Versammlung zogen sie nach dem Zentralpostamt in der Rue Grenelle, um dort eine Kundgebung zu veranstalten. Unterstaatssekretär Simyan und Polizeipräsident Lépine, die die Beamten zu beruhigen versuchten, wurden verhöhnt. Die Beamten drangen dann in die Amtszimmer ein, aus denen sie von der Polizei, die viele Verhaftungen vornahm, vertrieben wurden. Dabei wurden mehrere Personen verwundet, auch der Polizeipräsident Lépine erlitt eine leichte Quetschwunde. Die Postbediensteten verlangten die Demission des Unterstaatssekretärs Simyan. Der Dienst erlitt durch den Austritt erhebliche Verzögerungen.

Paris, 13. März. Die gestrigen Demonstrationen der Postbeamten haben heute zu einem Zustande geführt, über dessen Anfang nachfolgendes berichtet wird. Kurz vor 2 Uhr nachmittags soll ein Beamter, namens Thibaud, einer Angestellten vorgeworfen haben, daß sie ihre Arbeit schlecht tue und soll ihr einige Schimpfwörter zugerufen haben. Dieser Beamte soll sofort zu dem Abteilungsleiter geführt worden sein, der sich darauf beschränkt habe, dem Beamten eine Ermahnung zu erteilen. Thibaud, der damit unzufrieden war, soll dann durch den Hauptsaal gegangen sein und gerufen haben: „Ausstand! Ausstand! Ausstand!“ Alle, die etwa vierhundert Telegraphisten die Arbeit ein. Unterstaatssekretär Simyan hat beschloßen, energische Maßnahmen zu ergreifen. Die meisten Telegraphisten nahmen auf die Aufforderung ihrer Vorgesetzten alsbald die Arbeit wieder auf.

Paris, 13. März. 25 von den gestern verhafteten Post- und Telegraphenbeamten wurden heute vormittag verhaftet. 17 von ihnen wurden entlassen, die übrigen werden dem Justizpolizeigericht vorgeführt werden.

Italien.

Die Stichwahlen.

Rom, 13. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Partei steht in 28 Stichwahlen, die Sonntag stattfinden. Die Republikaner in der Romagna haben Wahlenthaltung beschlossen. Das Einberufen mit Radikalen und Republikanern ist auch für die Stichwahl in Ravenna und Varese nicht herzustellen gewesen, was unsere Ansichten für diese beiden Kreise bedeutend verschlechtert. In Verona ist Genosse Todeschini zurückgetreten.

England.

Neue Flottenbauten.

Die Partei des Vertrauens hat gefiegt. Das Marinebudget, das sich auf 85 142 700 Pfund St. gegen 82 819 500 Pfund im Vorjahre beläuft, steht den Bau von vier neuen Panzerschiffen vom Dreadnoughttyp vor, ferner sechs gepflanzte Kreuzer, zwanzig Torpedobootzerstörer und eine Anzahl Unterseeboote. Die für den Beginn des Baues neuer Schiffe in diesem Jahre bestimmte Summe beträgt 2 285 770 Pfund, circa 45 $\frac{1}{2}$ Mill. Mark. Damit nicht genug, kündigt der Minister an, daß die Regierung es notwendig finden könne, im Laufe des Finanzjahres den schnellen Bau von noch vier großen Panzerschiffen vorzubereiten, mit dem am 1. April 1910 begonnen werden würde. Er verlangt deshalb von dem Parlament die Ermächtigung, im voraus die notwendigen Bewilligungen zu erteilen, damit diese Schiffe am 1. April 1910 begonnen und im März 1913 vollständig fertiggestellt werden können.

Das ist die Antwort auf die unsinnige Weigerung der deutschen Regierung, mit England ein Abkommen über die Einschränkung der Flottenbauten abzuschließen.

Dänemark.

Gemeindevahlen.

Kopenhagen, 13. März. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen, an denen sich zum ersten Male auch Frauen beteiligten, sind zwanzig Sozialdemokraten, davon zwei Frauen, fünf Radikale, davon zwei Frauen, sechszehn Kandidaten der Rechten, davon zwei Frauen, sowie ein weiblicher unabhängiger Kandidat gewählt worden. Die Wahlbeteiligung betrug 78 Proz.

Rußland.

Sibirische Freheiten.

Petersburg, 13. März. Der Präsident der extremen Rechten hat dem Präsidenten der Reichsduma geschrieben, der Präsident habe in der Sitzung vom 10. letzten Monats den Abg. Markow schwer beleidigt, da nach Meinung der Fraktion in der Rede und den Handlungen Markows kein Grund vorlag, ihn der Rajestatsbeleidigung zu zeihen. Der Brief erklärt, Markow habe im Auftrag der Fraktion gesprochen, um die dreifachen Ausschüsse einiger Redner gegen den Kaiser zurückzuweisen. Durch die Behandlung Markows seitens des Präsidenten fühle sich die ganze Fraktion beleidigt und erwarte, der Präsident werde vor Markow und der ganzen Fraktion Abbitte tun!

Persien.

Eine russische Intervention.

Was man schon lange voraussehen mußte, ist nun trotz aller Ablehnungen Wirklichkeit geworden. Die Senker des Zaren schienen sich an, die persische Freiheit zu erwürgen. In London ist dem Reuterschen Bureau zufolge die Meldung eingetroffen, daß die russische Regierung eine Sotnie Kosaken nach Teheran entsendet hat. Nachdem Rußland seinen Kosakenobersten Diakoff dem Schah zur Verfügung gestellt hatte, um durch die Bombardierung des Parlaments und die Vernichtung der Verfassung die Kämpfe um die Verfassung zu entfehlen, benutzt es jetzt die von ihm selbst geschaffenen Wirren, um den durch den Vertrag mit England längst vorbereiteten Plan zur Ausführung zu bringen und seine Oberherrschaft über Nordpersien aufzurichten. Denn daß der ein oder Sotnie mehrere nachfolgen werden, ist gewiß.

Die „liberale“ englische Regierung wird natürlich in derselben Weise sich auf die „Anarchie“ in Persien berufen, um dem russischen Freunde bei seinem Fortschrittswerk freie Hand zu lassen, genau wie sie die friedengefährdenden Intrigen Rußlands auf dem Balkan unterstützt unter dem Vorwand das „Völkerrecht“ zu wahren.

Indien.

Neue Attentate.

Kalkutta, 13. März. In verschiedenen Stadtteilen sind Drohbriefe gegen die Engländer im Umlauf. In der Zeitung „The Englishman“ wurde eine Höllemaschine gefunden. Gench Macdonald, der mit der Ueberwachung Verdächtiger betraut worden war, soll getötet worden sein.

Zentral-Amerika.

Der „Krieg“.

Regito, 12. März. (Auf deutsch-atlantischen Kabel.) Drei Kanonenboote von Nicaragua griffen das spanische Kanonenboot „Presidente“, das El Salvador gehört, am letzten Dienstag an. Das Kanonenboot der Nicaraguenser wurde bei dem ersten Schuß gefesselt und mußte umkehren. Wie infolge des Beschlusses lautete, wurde es wieder in Stand gesetzt und nahm die Verfolgung des „Presidente“ wieder auf. Es kam zu einem neuen Zusammenstoß, dessen Ergebnis unbekannt ist.

Die Vereinigten Staaten als Friedensstifter.

Washington, 12. März. Das Staatsdepartement hat den diplomatischen Vertreter Amerikas in Nicaragua plötzlich abberufen wegen ruhestörender Umtriebe in Nicaragua und der gleichgültigen Haltung des Präsidenten Zelaya. Der mexikanische Botschafter hatte heute eine Besprechung auf dem Staatsdepartement. Es wurde beschloßen, falls die amerikanischen Kriegsschiffe in den nicaraguansischen Gewässern keinen Einbruch auf den Präsidenten machen sollten, energischer Schritte zur Sicherung des Friedens in Zentralamerika zu tun. Gegebenenfalls soll eine Intervention erfolgen. Es wurde ausdrücklich erklärt, Amerika und Mexiko stimmen in der Nicaragua gegenüber zu befolgenden Politik völlig überein. Das Marinedepartement hat Kriegsschiffe an die Küste von Nicaragua beordert.

Aus der Partei.

Kautskys „Ursprung des Christentums“ konfisziert!

In Oesterreich, im goldenen Prag ist's geschehen! Dort gibt Gen. Dr. S. Sameral von der Redaktion des „Pravo Lidu“ eine tschechische Uebersetzung des neuesten Kautskyschen Werkes heraus. Am Freitag erschien das 1. Heft dieser Ausgabe. Und darin hat eine fürsorgliche Behörde nicht weniger als sechs Seiten staatsgefährlichen Inhalts gefunden; sechs Seiten in den Kapiteln „Die heidnischen Quellen“ und „Die christlichen Quellen“ wurden konfisziert!

Wenn also nach der Prager Behörde geht, so bekommen die tschechischen Genossen die Kautskysche Arbeit nur zerstückt zu Gesicht! Es handelt sich um ein wissenschaftliches Werk — aber nach Ansicht der Prager Behörde hat die Wissenschaft Halt zu machen vor dem Dogma der Kirche! Was dawider schreibt, das konfisziert sie. Oesterreichische Pressefreiheit!

Sozialdemokratischer Presseverband Norwegens. Am Dienstag wurde in Kristiania unter dem Namen „Norges socialdemokratiske pressforbund“ eine Organisation der Redakteure und festangestellten Mitarbeiter der von der norwegischen Sozialdemokratie anerkannten Parteiorgane gegründet, deren Zweck es ist, die Sachinteressen der Mitglieder wahrzunehmen sowie für die Entwicklung und volle offizielle Anerkennung der Parteipresse zu wirken. Als Vorsitzender der Pressevereinigung wurde der Genosse Jakob Widnes gewählt, als zweiter Vorsitzender die Genossin Fernanda Rissen, als Sekretär Einar Li. Die erste ordentliche Generalversammlung findet im April in Hamar im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag statt, wie überhaupt die Generalversammlungen der Pressevereinigung in Verbindung mit den Parteitag abgehalten werden sollen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Reichsverbandsschlag. Der Genosse Redakteur Dümig, früher in Halle, jetzt in Erfurt, hatte im „Vollkollat“ für Halle eine Notiz veröffentlicht, in der er abriet, eine Versammlung in Sangerhausen, in der ein Generalsekretär des Reichsverbandes reden werde, zu besuchen. Dadurch fühlte sich ein Mann namens Reusen aus Magdeburg, Generalsekretär des Reichsverbandes, beleidigt. Am Freitag wurde seine Klage vor dem Schöffengericht zu Halle verhandelt. Sein Verteidiger meinte, man müsse es den Sozialdemokraten, die den Reichsverband immer wieder verleugnet, „ein bißchen teurer machen“. „Die übliche Toge“ für die Ausbrüche sei jetzt 600 M.; diese Strafen hätten die Landgerichte Halle und Dessau ausgetrieben. Das Schöffengericht meinte, jene Ausbrüche wären „außer unschöne Ausflüsse politischer Gehässigkeit“ und verurteilte unseren Genossen zu 200 Mark Geldstrafe.

Strafkonto der Presse.

Genosse Dromma von der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund wurde in der Verurteilung von der Strafkammer wegen Beleidigung dreier Amtsblattredakteure zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Die „Dortmunder Zeitung“ hatte in einer politischen Notiz behauptet, bei den letzten preussischen Landtagswahlen seien die Stimmen der sozialdemokratischen Partei erheblich zurückgegangen. In einer Polemik waren die Amtsblattredakteure als „Brehgefinde!“ bezeichnet worden.

Wegen Beleidigung eines Vormer Fabrikunternehmers stand am Freitag Genosse Rollenbuhr von der „Eisfelder Freien Presse“ und Genosse Niesel vom „Courier“ (Organ der Transportarbeiter) vor dem Eisfelder Schöffengericht. In einer Transportarbeiterversammlung war von Nischänden in einem Betriebe gesprochen worden, und das Ergebnis der Versammlung wurde in der „Freien Presse“ und im „Courier“ mitgeteilt. Bei der Zeugenvernehmung konnte der Wahrheitsbenedict nur teilweise erbracht werden, da die Zeugen, die in der Versammlung selber die Nischände besprochen hatten, nachher vor Gericht versagten. Niesel und Rollenbuhr wurden zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Ausnahmsweise wurde dem Genossen Niesel als Angehörigen des Transportarbeiterverbandes der Schutz des § 198 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesprochen.

Wegen angeblicher Beleidigung eines Vizekonsulens wurde vom „Volksfreund“ zu Sonneberg Genosse Warth vom Roberger Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Praktiken.

Die Deutsch-überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft wurde vor 10 Jahren mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark gegründet und zwar von dem führenden deutschen Elektriker. Abseit dabei war von vornherein, sich durch die Tochtergesellschaft Aufträge besorgen zu lassen resp. zu erteilen. Seit der Gründung ist die D.-U.-G. schon oft an den deutschen Geldmarkt mit Kapitalforderungen herantreten. Jetzt nimmt sie 8 Millionen Mark für Aktien und 15 Millionen Mark Obligationen

auf. Damit beträgt das gesamte Aktienkapital 80 Millionen und die Obligationenschuld 70 Millionen, also insgesamt 150 Mill. Mark. Das Tätigkeitsgebiet der Elektro-Lichtgesellschaft ist ausschließlich in Amerika. Mit verschiedenen Kommunen steht sie dort in Vertragsverhältnissen, welche sie zur Lieferung von elektrischem Licht und elektrischer Kraft und zum Betriebe von elektrifizierten Straßenbahnen verpflichten. Und diese Verträge bieten einiges Interesse.

Mit der Stadtverwaltung von Buenos Aires ist im Dezember 1907 ein Vertrag zustande gekommen, der der Gesellschaft das Recht gibt zur Erzeugung, Verteilung und zum Verkauf der elektrischen Energie und dazu alle Straßen, Plätze und Brücken zu benutzen. Der Vertrag gilt bis zum Jahre 1957. Dann gehen die Gebäude, Grundstücke, die maschinellen Anlagen, das gesamte Kabelnetz, die Unterstationen sowie die sonstigen im Betrieb befindlichen Einrichtungen ohne jede Entschädigung in den Besitz der Stadt über. Laut Vertrag ist ein ausreichender Erneuerungsfonds zu bilden; außerdem sind alle Anlagen in tadellosem Zustande zu erhalten. Die Gesellschaft ist weiterhin verpflichtet, Erweiterungen dem Konsumbedürfnis entsprechend vorzunehmen.

1898 kaufte die D. N. E. G. die dortige Pferdestraßenbahn auf; sie wurde elektrifiziert — ein schöner Auftrag für die Muttergesellschaft. Der Vertrag mit der Stadt lautet auf kostenlosen Uebergang in ihren Besitz. Die Linien des Bahnunternehmens, das rollende Material und die sonstigen Bestände müssen 1900 kostenfrei übergehen. Die Gebäude und Maschinen können zum Tagwert übernommen werden! Die D. N. E. G. hat den gesamten Straßenbahnbetrieb bis 1900 weiter verpachtet. Die Pächterin, eine englische Gesellschaft, ist verpflichtet, das gesamte Unternehmen in tadellosem Zustande abzuliefern. In solchen Transaktionen werden die vom deutschen Kapital gehaltenen Millionen verwendet. Diese dienen dazu, ausländischen Kommunen Verträge zu konzipieren, die man hier nicht zu erlangen findet. Den Muttergesellschaften kommt es nur darauf an, Aufträge hereinzubekommen; wie die Tochtergesellschaften nachher abschneiden, ist nicht ihre Sorge.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Die erwartete weitere Belebung des Geschäftsganges in der Textilindustrie ist nicht eingetreten. In einzelnen Branchen und Bezirken hat sich die Lage verschlechtert. Eigentlich gute Beschäftigung ist nur in den Kammgarnwebereien und Spinnereien zu verzeichnen. Vor allem gilt dies vom sächsisch-thüringischen Industriegebiet, Reichenbach i. S. ausgenommen. Infolge der flotten Beschäftigung in den Webereien sind auch die Färbereien und Appreturen mit Aufträgen gut versehen. Ebenso gut beschäftigt sind die großen Betriebe der Kammgarnspinnereien. Sehr trübe sieht es dagegen in der Tuch- und Wollstoffindustrie aus. Mehrere Fabriken sind zum Stillstand gekommen oder in Zahlungschwierigkeiten geraten; so in Sommerfeld, Görlitz und Verdau. Nur Kottbus, Aachen und einige kleinere Plätze sind genügend mit Aufträgen versehen. Im R. Gladbacher Bezirk verüben die Großspinnereien teilweise die Webereibesitzer zu umgehen, indem sie Garne von den Spinnern kaufen und diese durch Lohnwebereien verarbeiten lassen. Die Webereibesitzer fordern zum Vorkauf der Spinner auf, welche direkt an die Großspinnereien ablassen. Sehr unsicher ist die Lage noch in den Baumwollspinnereien. Nur ein Teil der Betriebe ist wieder zur normalen Arbeitszeit zurückgekehrt. Die Unsicherheit wird erhöht durch die schwankende Lage des Rohstoffmarktes. Die Bremer Börse notierte am 2. März für Upland middling Lokoware 48 Pf. pro Pfund. Von Mitte Dezember ab waren die Preise von 47 1/2 Pf. bis Ende Januar auf 54 1/2 Pf. gestiegen. In den Baumwollwebereien ist die Beschäftigung noch durchaus ungenügend. Im R. Gladbacher Bezirk, in Schleien, Oberfranken, Sachsen und der bayerischen Industriemetropole Augsburg stehen zusammengekommen noch viele laufende Webstühle still. Nur in einzelnen Zweigen dieser Branche hat die Beförderung angehalten. So in den sog. Baumwebereien und der Fabrikation von Futterstoffen. In anderen Zweigen aber ist nach kurzer, vorübergehender Belebung wieder ein Rückschlag erfolgt. Das gilt vor allem für die Webereien der sächsischen Laufzucht. Auch die Deckfabrikation in Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein-Galberg und in Oberfranken liegt noch sehr darnieder. Wenig beschäftigt ist der Beschäftigungsgrad in der Reinenindustrie, obwohl die Fabrikation von Tafelgläsern und Hendenleinen sich etwas gehoben hat. In Bielefeld, Lauban und Großschönau ist die Produktion noch immer beschränkt. Voll beschäftigt sind die linksrheinischen Betriebe im Arefelder Bezirk. Auch die wenigen Segeltuchwebereien sind voll beschäftigt. Größere Bestellungen auf Zeltbau aus Serbien und Italien haben die Stodung beseitigt. Sehr schlecht geht es noch immer in der Seid- und Seidenstoffbranche. Von einer Milderung der Krise ist da noch nichts zu spüren. Das selbe gilt von der sächsisch-böhmischen Spigenindustrie. Besser ist die Lage in der Wollstoffindustrie. Wollweberei, Seidenband, Herrenhutband, Strumpfband, Gummigürtel werden wieder viel verlangt und haben die Wollfabriken, vor allem die in Elberfeld und Warmen, jetzt volle Beschäftigung. Im Reichen der Kräfte steht nach wie vor die Teppichbranche, desgleichen die Wollerei in ihren Hauptzentren. Sowohl die Fabrikation von Handtüchern wie die von Strümpfen in Chemnitz, Burgstädt, Limbach liegt noch darnieder. Nur in Apolda und Mühlhausen i. Th. ist die Beschäftigung einigermaßen zufriedenstellend.

Krise. Wie die „Dresdener Stg.“ meldet, stellt die Königs- und Laurahütte alle diesjährigen Bauarbeiten, ausgenommen die bereits in der Ausführung begriffenen, ein.

Außerläufe. Der billige Kupferpreis veranlaßte den Magistrat von Breslau, den Stadtverordneten einen Dringlichkeitsantrag zu unterbreiten, der den Verkauf von Kabel für das sächsische Elektrizitätswesen in Höhe von 1 Million Mark fordert. Die Stadtverordneten stimmten dem Antrage zu.

Lokomotivbestellung. Wie gemeldet wird, soll für die preussische Staatseisenbahnverwaltung tätigen Lokomotivfabriken ein neuer Auftrag von 650 Lokomotiven in Aussicht stehen, die bis 31. März 1910 geliefert sein sollen.

Einen Gradmesser für die Krise geben die Feststellungen, die der Statistische Jahresbericht der Stadt Mannheim für das verfloßene Jahr enthält. Die Zahl der Beschäftigten erreichte mit 9,87 auf 1000 Personen der Bevölkerung einen seit Jahrzehnten nicht mehr beobachteten Tiefstand. Seit April 1908 blieb die Mitgliederzahl der Krankenkassen dauernd stark hinter der vorjährigen zurück. Bei der Sparkasse sind die Einzahlungen immer mehr zurückgegangen, und der Einzahlungsüberschuss hat sich seit 1908 in einen Leberüberschuss der Rückzahlungen verwandelt. Das Leihamt war viel stärker beschäftigt als im Vorjahre. Das Gesamtresultat des Jahres ist ein überaus unerfreuliches. Das Statistische Amt hat wiederholt durch umfangreiche Berechnungen versucht, die Gunst oder Ungunst der Lage durch eine allgemeine Ziffer auszuzeichnen, wie das besonders in Amerika üblich ist. Nimmt man als Wert der normalen Wirtschaftslage die Zahl 100 an, so ergäbe sich nach diesen Berechnungen für die vorausgegangenen Jahre folgende Zahlen:

1903	92	1906	107
1904	99	1907	100
1905	109	1908	93

In diesen Zahlen drückt sich die Wirtschaftslage schon ganz gut aus. Beachtenswert ist die niedrige Zahl für 1908, die den Tiefstand zum Ausdruck bringt.

Gewerkschaftliches.

Der technische Fortschritt als Hemmnis des sozialen Fortschrittes.

Daß auch die Sozialpolitik der Gemeinden sich im Tempo der Echnernacher Prozeßion bewegt, zeigt sich in Brandenburg a. H. Im vorigen Jahre war, dem fortgeschrittenen Drängen der Arbeitervertreter nachgebend, in der alten städtischen Gasanstalt endlich die Lichtstunde n e i c h t eingeführt worden. In diesem Jahre ist der Betrieb in der neuerbauten zweiten städtischen Gasanstalt eröffnet worden, in welcher nach sachmännlichem Urteil die Kohlenförderung und andere schwierige Arbeiten mit Hilfe der fortgeschrittenen Technik so „verblüffend“ vereinfacht sind, daß das Werk „in der Arbeiterfrage unabhängig ist“. So heißt es wenigstens in dem Bericht über die Beschäftigung des Werkes durch den Verein märkischer Gas- und Wasserfachmänner. Die Arbeiter bekommen in der Tat auch die Wohlthaten des technischen Fortschrittes recht verblüffend zu spüren. Statt der Achtstundenschicht ist wieder die frühere längere Arbeitszeit eingeführt worden. Eine sozialdemokratische Interpellation hierüber wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom Magistratsvertreter dahin beantwortet, daß infolge der Betriebsverbesserungen die Arbeit derartig erleichtert sei, daß die Arbeiter fast nichts mehr zu tun hätten, und sich während der Arbeitszeit ausruhen könnten. Daher halte man die Verlängerung der Arbeitszeit für gerechtfertigt!

Berlin und Umgegend.

Die gelbe „Vollzeitung“.

Die „Berliner Volkszeitung“, die ja in ihrem Inseratenteile die Streikbrechervermittlung als Spezialität betreibt und deren „Arbeitsmarkt“ deswegen von der Arbeiterschaft nur mit unsäglichlicher Vorsicht benutzt werden kann, drückt nun, wie vorher den Wiesenthal, jetzt auch die „Gelben“ an das warme Herz. Im Inseratenteil des Blattes werden Schleifer für Eisenarbeit gesucht, die nicht organisiert sind oder dem gelben Arbeiterverband angehören. An anderer Stelle werden Wagenlackierer mit denselben Qualitäten gesucht.

Lebius wird über diese Konkurrenz nicht schlecht empört sein. Er hat die Schererei mit der Gründung gelber Organisationen und die Firma Woffe steckt gerahmt die Inseratengroschen ein, die doch von Rechts wegen der Frau Lebius gehören. Wie wäre mit einem Einhaltsbefehl oder einer Schadenersatzklage? Zu allem, was die „Vollzeitung“ gegen die Interessen der Arbeiterschaft schon genügt hat, fehlt eigentlich nur diese Unterstützung der Gelben.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Sanitas, Schiffbauerdamm 33, ist noch nicht beendet. Da die Firma durch Inserate in der „Berliner Volkszeitung“ nichtorganisierte oder dem gelben Arbeiterverband angehörende Metallarbeiter verlangt, so erwarten wir, daß kein Kollege bei dieser Firma Arbeit annimmt. Die Firma Sanitas ist für Metallarbeiter jeder Branche gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts hat, da in der Schlichtungskommission eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, auf Anrufung durch die Parteien am Freitag folgenden Spruch gefällt:

Schiedsspruch.

Da nach dem Spruch des Einigungsamtes vom 12. Februar und der Erklärung vom 19. Februar 1909 eine Verständigung betreffs der Verkürzung der Arbeitszeit unter den Parteien nicht erfolgt ist, entscheidet das Einigungsamt wie folgt:

1. Die Arbeitszeitverkürzung wird an das Ende der Arbeitszeit gesetzt und kann erfolgen durch:
 - a) Sonnabends eine Stunde früheren Arbeitschluß;
 - b) Montags und Sonnabends je eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung;
 - c) Dienstags bis Freitags je eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung.
2. Es soll aber auch gestattet sein, nach innerhalb vier Wochen beiderseits Einigungen über eine Vesperpause unter Anrechnung als Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen.

In den Betrieben, in welchen bereits einseitig eine Einigung über die Anrechnung einer Vesperpause erzielt ist, bleibt es bei den gegenseitigen Abmachungen bis zum Ablauf des Vertrages. Wegen der übrigen Anträge der Unternehmer, den Arbeitsnachweis betreffend, hat das Einigungsamt noch keinen Schiedsspruch gefällt, sondern beschlossen, Beweisaufnahme stattfinden zu lassen.

Kollegen! Der Schiedsspruch bestimmt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde an das Ende der Arbeitszeit gelegt werden soll, wenn zwischen Arbeitgeber und unseren Kollegen eine Verständigung über die Verteilung der Stunde bisher nicht erzielt worden ist.

Wir ersuchen nun die Kollegen derjenigen Werkstätten, in denen eine Einigung bisher nicht zustande gekommen ist, unter Hinweis auf den Schiedsspruch mit ihren Arbeitgebern die Verteilung der Stunde zu vereinbaren und der Verwaltung nach Engel-Ufer 14/15 hierüber umgehend Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Ortsverwaltung.

Ein Gewerkschaftsstreit.

Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter hatte, wie ein Inserat in der Freitagnummer des „Vorwärts“ anzeigt, über die Brauerei Engelhardt Nachf., Panlow, die Sperre verhängt. Als Ursache dazu gab der Verband die Maßregelung von 3 Arbeitern an. Darüber bestanden nun aber tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Brauerverband und dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem die meisten Angestellten in der Brauerei angehören, und der bei der Verhängung der Sperre mitzureden beanspruchte. Das selbständige Vorgehen des Brauereiarbeiterverbandes veranlaßte ihn, am Freitagabend eine Versammlung der Angestellten der Brauerei nach dem Lokal „Zum Gewerkschaftshaus“ in Panlow einzuberufen und dazu auch die Vertreter der in Frage kommenden Gewerkschaften einzuladen. Anwesend waren die Vertreter der Metallarbeiter, der Wolltöcher, der Schmiede, der Maschinenisten und Heizer, der Metzler und der Brauereiarbeiter. A. Berner vom Transportarbeiterverband legte den Streitfall dar, wonach eine Maßregelung hier nicht vorläge, sondern die Entlassung der drei Arbeiter allem Anschein nach von diesen selbst verschuldet sei. Der eine Arbeiter, Urban, sei sogar auf Wunsch des Arbeiterausschusses entlassen oder vielmehr zurückgestellt worden, weil sich die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes weigerten, mit ihm zusammen zu arbeiten; er habe nämlich über Gewerkschaftsbeamte, Alich und Berner, ehrenwürdige Gerüchte verbreitet. Berner sagte den Brauereiarbeiterverband an, daß er ohne weiteres die Sperre verhängt habe, daß er im Falle Urban Unterhandlungen, zu denen die Diktation bereit war, aber auch den Transportarbeiterverband hinzuziehen wollte, abgelehnt habe. Berner verlangte, daß der Brauerverband sich mit den in Frage kommenden Gewerkschaften vorher verständige, ehe er so weitgehende Maßnahmen, wie die Verhängung von Sperren, treffe.

Der Vertreter vom Brauereiarbeiterverband, Tröger, nahm sich energisch der drei Entlassenen an und bezichtigte es als Pflicht des Verbandes, sofort für dieselben einzutreten. Er sagte den Transportarbeiterverband an, daß er das Vorgehen des Arbeiterausschusses gegen Urban gebek habe, was aber Berner entschieden bestritt. Nicht der Brauerverband sei hier der Angreifer, sondern er sei angegriffen worden, erklärte Tröger, und er werde auf jeden Fall seine Rechte wahren. In die verschiedenen Organisationen sei eine Mitteilung über den Fall im Laufe des Tages ergangen.

Die Vertreter der Schmiede, Wolltöcher, Maschinenisten und Heizer und Metallarbeiter nahmen sichtlich Stellung gegen das Verhalten des Brauereiarbeiterverbandes, eigenmächtig die Sperre zu verhängen, ohne die Organisationen, die eventuell in Mitleidenschaft gezogen werden, vorher zu verständigen. Manche Vorwürfe wurden deswegen erhoben, daß der Brauerverband sich gegenüber den anderen Verbänden in den Brauereien zu viel Rechte anmaße.

Nach einer längeren Diskussion gelangte die folgende Resolution gegen wenige Stimmen zur Annahme.

„Die heute tagende Versammlung der Arbeitnehmer der Brauerei Engelhardt erblickt nach eingehender Prüfung und Beratung der Sachlage in dem Vorgehen des Brauereiarbeiterverbandes einen taktischen Fehler; sie ist nicht einverstanden mit dem ablehrenden Verhalten bezüglich der von der Diktation in Vorschlag gebrachten gemeinsamen Verhandlung mit Vertretern des Deutschen Transportarbeiterverbandes, da durch eine solche gemeinsame Verhandlung eine Einigung im Falle Urban ermöglicht werden konnte. Die Versammelten sind der Ansicht, daß auch jetzt noch eine Einigung über den Streitfall durch eine gemeinsame Verhandlung erzielt werden kann und hofft, daß eine solche stattfinden.“

Deutsches Reich.

Für den Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter werden jetzt im „Correspondenzblatt“ die Kosten eines Vorsitzenden und zweier Beisitzer für Bayern und Mitteldeutschland ausgeschrieben. Bewerbungen, aus denen ersichtlich ist, auf welchen Kosten der Bewerber reflektiert, sind bis zum 31. März an die Generalkommission zu richten.

Die Forderung der Bergarbeiter.

zu den Vergütungsarbeiten auf Zeche Radobad Organisationsvertreter hinzuzuziehen, wurde infolgedessen berücksichtigt, als der königliche Kreisbeamte dem Vorstande des Allgemeinen Knappschaftsvereins anheimgegeben hat, Knappschaftsbeamte zu dem gedachten Zweck zu delegieren. Der Vorstand hat hierfür 2 Vertreter in Vorschlag gebracht und zwar ein Mitglied des alten Verbandes und eines vom Christlichen Gewerksverein. Beide haben die Wahl angenommen.

Einen entscheidenden Sieg errangen bei den Ortskrankenkassenwahlen zu Essen die freien Gewerkschaften. Vor 3 Jahren erhielten dieselben 900 Stimmen und 24 Vertreter, während die Christlichen 988 Stimmen und 32 Vertreter bekamen. Dieses Mal erzielten die freien Gewerkschaften 1374 Stimmen und 88 Vertreter, die Christlichen dagegen nur 746 Stimmen und seinen einzigen Vertreter.

Dieses unerwartet günstige Resultat wurde erzielt, trotzdem die Christlichen, unterstützt von den Krankenkassenbeamten, alles aufboten hatten, um möglichst wenig Sitze zu verlieren.

Die freien Gewerkschaften haben nunmehr die Majorität der Vertreterschaft.

Die Former bei der Sudenburger Maschinenfabrik und die Stahlformer bei den Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg nahmen nach kurzem Ausstand unter günstigen Bedingungen die Arbeit wieder auf.

Ausland.

Vertagung der Massenaußsperrung in Dänemark.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes der dänischen Gewerkschaften sowie der Schuharbeiter und den Vertretern der dänischen Arbeitgebervereinigungen sowie der Schuhwarenfabrikanten führten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zu einem Uebereinkommen für die Schuhwarenindustrie, und inzwischen war es auch in den Spezialausfuhren für die meisten der in anderen Verufen vorhandenen Konflikte gelungen, Einigungsvorschläge zustande zu bringen, so daß die Gründe für die auf den 15. März anberaumte Massenaußsperrung hinfällig geworden schienen. Nun hat jedoch die am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung der Schuharbeiter Kopenhagens das von ihren Vertretern sowie vom Verband der Gewerkschaften empfohlene Uebereinkommen mit 587 gegen 338 Stimmen abgelehnt, und zwar in geheimer Abstimmung. Danach dauert also der Kampf in der Schuhindustrie fort und die Arbeitgebervereinigungen hält infolgedessen auch an ihrem Massenaußsperrungsbeschluss fest, hat sich jedoch bereit gefunden, diese Gewaltmaßregel bis zum 22. März zu verlagern. Der dänische Schuharbeiterverband hat auf den 19. März einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, um seinerseits zu dem Uebereinkommen für die Schuhindustrie Kopenhagens Stellung zu nehmen.

Die amerikanischen Kohlengräber in der Anthracit-Kohlenregion von Pennsylvania haben durch ihre Gewerkschaft, die United Mine Workers, an den Hartkohlentrust Forderungen gestellt, die dieser durchaus nicht anerkennen will. Der Trust will nur die bestehenden Vereinbarungen aufrecht erhalten, die Arbeiter aber verlangen eine Abkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Zahlung des Lohnes nach Gewicht anstatt nach Mengenlieferung, Anerkennung der Gewerkschaft und Abzüge der Beiträge für die Gewerkschaft von dem Lohn, wie es im Westen der Vereinigten Staaten eingeführt ist, wo die Unternehmer die Beiträge zur Union für ihre Arbeiter direkt an die Kasse der Gewerkschaft gahlen. — Am 1. April muß es sich entscheiden, ob ein Kampf zwischen der Union und dem Trust ausbrechen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Einberufung der Reservisten in Serbien.

Sofia, 18. März. (Meldung des Wiener l. l. Telegraphen-Bureau.) Nach Meldungen, die an hiesiger zuständiger Stelle eingelaufen sind, soll in ganz Serbien das zweite Aufsebot für den 23. d. M. zu einer fünfjährigen Waffenübung einberufen worden sein.

National = Antinational.

Prag, 18. März. (B. T. W.) Wie die „Bohemia“ meldet, verbat die Statthalterei den Beamten die Teilnahme an Vereinen mit ausgesprochen nationaler Tendenz.

Der Tod im Schacht.

Charleroi, 18. März. (B. T. W.) In den Fiestaug-Schächten des Kohlenbergwerks Marcinelle Nord bei Couillet haben fünf Arbeiter beim Bohren eines Loches infolge Wassereintrusses das Leben eingebüßt.

Im Duell erschossen.

Sofia, 18. März. (B. T. W.) Bei Pifole fand zwischen dem Artillerieoberleutnant Ritter von Rosner und dem Linienfähnrich Baron Bergler wegen einer intimen Angelegenheit ein Pistolenduell statt. Oberleutnant von Rosner wurde beim ersten Schuß in die Brust getroffen und starb nach wenigen Minuten.

Beendigung des Leichterichferstreiks.

Konstantinopel, 18. März. (B. T. W.) Die Leichterichfer haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen, auch für den Leichterichferischen Noth.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung, Sonnabend, den 13. März 1909, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Arnim-Griewen.

Zunächst wird der Besetzungsbefehl betreffend die Befähren der Medizinbeamten nach kurzer Debatte in dritter Lesung erledigt.

Hierauf wird die

Zweite Beratung des Forstetats

fortgesetzt beim Extraordinarium.

Im Extraordinarium werden 1 000 000 M. gefordert zum Ankauf und zur ersten Einrichtung von Grundstücken in den Forsten und zur Anlage von Straßen innerhalb der Forstgrundstücke...

Die Abg. Borgmann (Soz.) und Genossen beantragen, für diese Zwecke nur 500 000 M. zu bewilligen.

Abg. v. Brandenstein (L.) beantragt: die Regierung zu ersuchen, bei Veräußerungen fiskalischer Grundstücke in der Umgebung von Berlin die Ufer der Flüsse und Seen vom Verlaufe auszuschließen...

Abg. v. Bälou (natl.) betont die Notwendigkeit der Erhaltung des Grundwalds.

Abg. Graf Spee (Z.): Diese Frage darf nicht vom rein lokalen Standpunkt aus betrachtet werden. Der Staat kann nicht verschmähen sein, nur die fiskalischen Forsten für die großen Städte zu erhalten...

Abg. Rosenow (f. v.): Nach der „Deutschen Tageszeitung“ soll es ein kleiner Käufel in Berlin sein, der in seinem persönlichen Interesse Sturm läßt dagegen, daß etwas vom Grundwald verkauft wird...

Kleines feuilleton.

Die Literatur als Geschäft. Eben Hedin soll als Preis für sein nächstes Buch von einem englischen Verleger die Summe von 200 000 M. gefordert haben...

Der Nährwert der Fleischpräparate. Der Arzt übernimmt jedesmal eine schwere Verantwortung, wenn er seinen Patienten bestimmte Nahrungsmittel verordnet...

Abg. Lädike (fl.): Wir stimmen der An- und Verkaufspolitik der Forstverwaltung grundsätzlich zu. Sie wird uns hoffentlich vor Zuständen bewahren, wie sie in Amerika zu verzeichnen sind...

Abg. Borgmann (Soz.):

Bei dieser Angelegenheit dürfte eigentlich der Herr Finanzminister am Ministertische nicht fehlen. (Sehr richtig! links.) Herr Rosenow erwähnte das Königswort, an dem man nicht drehen und drehen sollte...

eine Lebensfrage der großstädtischen Bevölkerung

handelt. Man sagt, die Wertsteigerung des Grund und Bodens in Berlin sei nur darauf zurückzuführen, daß Berlin Residenz wurde. Die Entwicklung stammt aber erst aus der Zeit her, seit Berlin mit den anderen Kommunen die Selbstverwaltung erhielt...

gewöhnlichste Bodenspekulation,

die sie betreibt, die Einheimigung von Gewinnen, zu deren Schaffung sie absolut nichts getan hat. (Sehr richtig! links.) Jemandem die Besenke für Berlin aus allgemeinen Mitteln lehne ich durchaus ab. Aber die Preise, die die Forstverwaltung fordert, kann Berlin unmöglich zahlen...

Jetzt sind auch im Tegeler Forst 40 Morgen Land der Bewässerung überantwortet.

Für den Eggen-Forst will die Stadt Berlin 60 Millionen Mark ausgeben. In die andere Seite der Müllerstraße grenzt die Jungfernheide, welche die Forstverwaltung niederzulegen und der Spekulation überantworten läßt...

daß bei sehr vielen Leiden der feilsche Faktor, also die Suggestion, eine beträchtliche Rolle spielt, die durch den „nährhaften Klang“ von Bezeichnungen wie Fleisch, Kinderfist usw. in den Vordergrund tritt...

Theater.

Trianon-Theater: „Liebesgewitter“, Schwanf von Léon Kanroff. So gut sich auch die stärksten Fribolitäten im Rahmen eines wirklich lustigen Pariser Schwanks, wie z. B. des im Vestibültheater gespielten „König“, ertragen lassen, wo sie im bunten Spiel eines ausgelassenen, raktos beweglichen Mithes vorüberhüpfen...

Humor und Satire.

Verrat. Ein ostpreussischer Lehrer hatte an dem Grabe eines Kindes zwei Palmen und einige Bibelsprüche verlesen. Er wurde wegen unbesugten Haltens einer Leichenrede angeklagt, aber in zwei Instanzen freigesprochen...

vernünftige Bodenpolitik

treiben und das Land im

Erbbaurecht

zur Verfügung stellen. Nur durch die Auswanderung des Grund und Bodens sind ja die hohen Mietpreise in Berlin zu erklären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Vorgehen der Regierung bringt die schwersten Gefahren für die Gesundheit der Berliner Bevölkerung mit sich...

eine Demonstration gegen diese Politik der Auswanderung des Grund und Bodens durch die Forstverwaltung

sein. Wir wollen der Regierung die Mittel verweigern zur Aufteilung der Jungfernheide und anderer Wälder. Ich hatte mich schon gefreut, Herrn v. Brandenstein auch einmal ein Lob aussprechen zu können. (Heiterkeit.) Aber nach der unklaren Begründung seines Antrages bin ich dazu nicht in der Lage...

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Griewen:

Ein großer Teil der Redner sieht durch die starke Agitation in der Presse beeinflusst zu sein. Es ist auch hier so dargestellt, als ob der Staat tatsächlich in der Umgebung von Berlin und anderen Großstädten Waldschlächtereien betreiben habe...

ihn leider von der falschen Seite angefaßt. Seine Rede durfte man nicht angreifen, denn in Preußen darf jeder Staatsbürger seine Meinung frei äußern. Deshalb mußte seine Freisprechung erfolgen und damit war wieder ein geriebener Verbrecher durch die Raschen des Gefeches geschlupft...

Notizen.

— Eben Hedin hielt am Freitag in einer Festigung der Gesellschaft für Erdkunde seinen mit reichlichem Tamtam angelegten Vortrag über seine letzte Reise. Es war ein sogenannter großer Abend, wie Schmoos sagt, und die Berichte der bürgerlichen Presse spiegeln denn auch meist mehr die hüßliche als die wissenschaftliche Bedeutung wider...

— Schöneberger Zensur. Das Polizeipräsidium in Schöneberg hat das Auftreten der Geschwister Wiesenthal, das im Mozartsaal stattfinden sollte, unter der Begründung verboten, daß den Vorstellungen ein höheres Kunstinteresse nicht zu billigen sei...

— Schmerzlose Operationen. In der Berliner medizinischen Gesellschaft sprach Professor Bier über eine neue Art der Lokalanästhesie (lokale Schmerzlosmachung), bei der man die größten Operationen an den Weinen und Armen schmerzlos ausführen kann...

Staaten, aus denen vor allem Holz importierten, sind mit ihren Holzbeständen jetzt so zurückgekommen, daß ihre Holzbestände nach der Schätzung von Sachverständigen in 30 Jahren überhaupt verbraucht ist. Technisch geht es mit Kanada, Rußland und Schweden. Da muß die Forstverwaltung bestrebt sein, alle Ländereien, die sich zum Ackerbau nicht eignen, zu erwerben. Sollen wir etwa die Summen, die wir zur Anforstung dieser Ländereien brauchen, ungefähr 6 Millionen, jährlich durch Steuern aufbringen? Von den 36 Millionen Mark verkaufte Terrains sind die meisten in den Besitz der Kommunen übergegangen. Nur etwa eine Million eigentliche Spekulationsverkäufe haben stattgefunden. Der Grundwald soll in seinem Hauptbestandteil erhalten bleiben. Nur abgelegene Teile, in denen man ja auch heute stets nur auf einzelne Spaziergänger stößt, sollen veräußert werden. Die Behauptung, daß Seine Majestät der König ein Verprechen abgegeben habe, der Brunwald solle erhalten bleiben, ist nicht richtig. Der Brunwald sei mit seinen Ufern bleibt vollständig erhalten. Außerdem ist eine Parkstraße in Aussicht genommen, wie sie keine Großstadt der Welt besitzt. Dem Wunsche, der dem Antrag Brandenstein zugrunde liegt, einen Streifen Landes bei Pichelswerder zwischen Uphausen und Habel nicht zu verkaufen, will ich Rechnung tragen. Im übrigen geht der Antrag zu weit. Doch besteht durchaus die Absicht, die Naturschönheiten in der Umgebung von Berlin zu erhalten. (Bravo! rechts.)

Nachdem der Abg. Bahnsche (fr. Vg.) gegen die Brunwaldverkäufe protestiert hat, wird ein Schlussantrag angenommen.

Der Antrag Borgmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der Antrag v. Brandenstein angenommen. Der Titel wird bewilligt.

Bei einem weiteren Titel wird nach kurzer Debatte eine Resolution der Budgetkommission angenommen, wodurch die Regierung ersucht wird, in Zukunft zu vermeiden, daß an der Begründung von Vorlagen über den Bau von Eisenbahnen der Umstand nicht kennlich gemacht wird, daß unter den zu Beiträgen und Vergabe von Grund und Boden verpflichteten Interessenten der Fiskus selbst in Frage kommt. Der Rest des Etats wird bewilligt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Auaetat.)
Schluß 5 Uhr.

Saarabische Beamtenbestechung vor Gericht.

Der zweite Akt im Drama der Beamtenbestechung auf den Staatsgruben an der Saar nahm am 10. März vor der 2. Strafkammer des Saarbrücker Landgerichts unter starkem Andrang des Publikums seinen Anfang und dauerte bis gestern. Nicht weniger als 104 Zeugen waren geladen. Auf der Anklagebank erschienen 30 Angeklagte, darunter 11 Beamte, 18 Bergleute der Grube Götteleborn und die Frau des Fahrsteiger Rieh, die auch als Angeklagte im ersten Verhandlungstage teilgenommen und mit 14 Tage Gefängnis bestraft wurde. Von den Angeklagten sind sieben in der Angelegenheit wegen Weineid bezw. Verleitung zum Weineid mit langen Zuchthaus- resp. Gefängnisstrafen bestraft und werden aus dem Zuchthaus bezw. Gefängnis vorgeführt. Bestraft sind: Wegen Verleitung zum Weineid Obersteiger Michaely mit 1 Jahr Zuchthaus, und wegen Weineid die angeklagten Bergleute Breier, 1 Jahr Zuchthaus, Obhinger 15 Monate, Schirra 12, Weiß 12, Schmidt 9 und Brettschneider 9 Monate Gefängnis. Außer dem mit Zuchthaus bestraften Obersteiger Michaely und dem mit Gefängnis bestraften, aus der Untersuchungshaft vorgeführten Fahrsteiger Rieh befinden sich folgende Beamten der Grube Götteleborn unter den Angeklagten: Fahrsteiger Früh und die Steiger Ruppert, Prüm, Pflaß, Jensa, Heinrich, Höltinger, Sid und Glasen.

Die Verhandlung wird geführt vom Landgerichtsdirektor Magnus, während die Anklage durch den Ersten Staatsanwalt Pöge und Staatsanwalt Wilschka vertreten wird.

Von den Angeklagten gesteht nur der Obersteiger Michaely die Schuld ein. Er gibt zu, mehrfach und auch längere Zeit hindurch von Bergleuten Geldgeschenke angenommen zu haben, bestreitet aber entschieden, daß es sich dabei um Bestechungsgelder gehandelt hätte, und daß die Bergleute deshalb materielle Vorteile gehabt hätten. Das sei schon deshalb nicht möglich gewesen, weil nicht er, sondern seine Unterbeamten, hauptsächlich der Fahrsteiger, die Gedinge abschlossen, er darauf keinen Einfluß ausgeübt habe. Er habe sich in materieller Bedürftigkeit befunden, das hätten seine Arbeiter geteilt und ihn nur darum unterstützt, ohne die Absicht zu haben, dessenhalb im Arbeitsverhältnis begünstigt zu werden. Auf Befragen gibt er zu, daß sein Gehalt auf 3700 Mark nebst freier Wohnung stand, daß die Bergleute mithin nicht die Hälfte dieses Einkommens hatten, er sich dennoch von ihnen unterstützen ließe. Die Beträge hätten zwischen 5—10 M. geschwankt und seien durchaus freiwillig gegeben worden.

Sämtliche weiteren Angeklagten leugnen hartnäckig jede Schuld, trotzdem sie vom Vorsitzenden scharf und eindringlich ermahnt werden, doch die Wahrheit zu sagen. Die Steiger bestreiten nicht, Geld erhalten zu haben, nur sei es kein Bestechungsgeld gewesen. Der eine will damit den „Bergmannsfreund“ bezahlt haben, der andere will für den nationalliberalen Wahlverein, Steiger Glaser gar für den Bau einer katholischen Kirche „gesammelt“ haben will. Auch die Bergleute, die in der Voruntersuchung ein offenes Geständnis abgelegt oder als Zeugen während der Weineidprozesse unter ihrem Eid bekundet hatten, daß sie Bestechungsgelder gesammelt und gegeben haben, leugnen in der Hauptverhandlung alles ab.

Auf Antrag des Staatsanwalts werden die Geständnisse der Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter verlesen, aus denen wir das Wesentliche wiedergeben: Der angeklagte Bergmann Hout hat eingestanden, als Partiemann mehrere Jahre lang in seiner Kameradschaft regelmäßig jeden Monat Geld gesammelt und persönlich an den Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Rieh abgeliefert zu haben. Von seiner Kameradschaft habe jeder monatlich 3 Mark gezahlt. Das Geld sei bestimmt gewesen für Michaely, Rieh und Steiger Jensa. Michaely gibt auf Befragen die Richtigkeit dieser Angaben zu, während Rieh behauptet, er habe dem Angeklagten Hout dafür Wein für seine tranke Frau geliefert, was Hout bestreitet. Auf die Frage, warum sie diese Angaben denn nicht früher machten, erklären sie, daß ihnen das früher nicht so eingefallen sei. Der angeklagte Bergmann Brettschneider, wegen Weineid mit 9 Monate Gefängnis bestraft, hat in der Verhandlung vor den Geschworenen zugegeben, jahrelang für die Beamten gesammelt und das Geld an den Obersteiger Michaely oder Rieh abgeliefert zu haben. Die Summe sei regelmäßig so hoch gewesen, daß jeder Beamte, der Obersteiger, der Fahrsteiger und Steiger pro Monat 10—20 M. erhielten. In seiner Kameradschaft habe jeder 3—5 M. pro Lohntag gezahlt. Auch nach seiner Verhaftung sei noch weiter gesammelt worden. Der angeklagte Bergmann Raringer hat als Zeuge im Prozeß gegen den Angeklagten und mit 1 Jahr Gefängnis bestraften Schirra bekundet, daß er unter Schirra gearbeitet, und daß dieser an jedem Lohnstag Geld für den Fahrsteiger Rieh gesammelt habe. Erst habe jeder Mann 2 M. gespendet, später 3—5 M. Dieses Geld sei auch richtig an den Obersteiger oder Fahrsteiger abgeliefert worden. Denn er selbst habe das Geld dem Obersteiger auf sein Bureau hingetragen und niedergelegt. Schirra hat damals unter den befragenden Aussagen ein Geständnis abgelegt und erklärt, daß er die Wahrheit nun sagen wolle. Diese Wahrheit ging dahin, daß er jahrelang als Partiemann Geld gesammelt und persönlich an die Beamten abgeliefert habe, und zwar für jeden Beamten monatlich 15 bis 20 M. Auf die Frage, weshalb die Angeklagten Schirra und Brettschneider denn vor den Geschworenen ein solches Geständnis abgelegt hätten, wenn es nicht wahr sei, daß sie Geld gesammelt hätten, und ob sie glaubten, daß sie unschuldig bestraft worden seien, erklären sie, daß sie das nicht wußten. Die Angeklagten Dämarz und Rür haben übereinstimmend dem Untersuchungsrichter eingestanden, für Obersteiger Michaely, Fahrsteiger Rieh und die Steiger Höltinger, Sid und Glasen gesammelt zu haben,

und zwar für jeden den Betrag von 10—20 M. Angeklagter Hülmeier hat eingestanden, daß in seiner Kameradschaft der einzelne Bergmann 6—10 M. monatlich für die Beamten abliefern mußte. Wie die Angeklagten dazu gekommen sind, solche Angaben vor dem Untersuchungsrichter zu machen, wissen sie nicht, entschuldigen sich alle damit, daß sie „verwirrt“ waren, während sie jetzt selbstverständlich völlig klar sind.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich ungemein schwierig, weil eine große Anzahl Zeugen aus Furcht vor Wahrungslage entweder die Aussagen verweigerten oder offensichtlich Unwahres bekundeten. Der Vorsitzende gab sich die größte Mühe, den Bergleuten klar zu machen, daß er vor Verfolgungen sie schützen und Prozessen gegen sie entgegenwirken werde. So äußerte er:

„Heute, Ihr tut mir leid und weh, bitter weh bis in die Seele, daß Ihr in Eurer Angst und Furcht nicht sagt, die volle Wahrheit zu sagen! Ich will Euch schützen und davor bewahren, daß nicht noch mehr ins Gefängnis oder Zuchthaus wandern, weshalb Ihr Eure Aussagenverweigerung damit begründen sollt, daß Ihr Euch strafbar machen könnt. Ihr müßt auch nicht glauben, daß, wenn Ihr hier den Angeklagten zugunsten aussagt, Ihr noch auf Dankbarkeit rechnen dürft. Dankbarkeit gibt es unter uns Menschen nicht. Wenn Sie Ihre Dienste getan, wenn Sie ausgepreßt sind, werden Sie fortgeworfen.“

Trotzdem blieben seine Bemühungen fast durchweg erfolglos. Aus der Beweisaufnahme heben wir folgende Aussagen hervor. Bergwerksinspektor, Bergassessor Dr. Gerndt, der eigentliche Aufseher und Verwalter der Bestechungsprozedur, bekundet, als er 1907 nach Götteleborn versetzt wurde, habe man ihm bei Übernahme der Inspektion gesagt, auf Götteleborn ginge das Gerücht, die Beamten liebten sich von den Bergleuten bestechen. Aber bestimmte Anhaltspunkte konnte er nicht erhalten. Er sei den Beamten denn auch sehr kühl und mit Vorsicht entgegengetreten, habe sich auch bei den offenen Beamten nach den Durchsichtereien befragt, die ihm aber auch nichts anderes sagen konnten, als daß das Gerücht allgemein verbreitet sei, daß hauptsächlich der Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Rieh sich bestechen ließen. Er habe die Verleugung in einem verlotterten Zustande vorgefunden und sei seinen Anordnungen sowohl seitens der Beamten wie auch der Arbeiter passiver Widerstand entgegengesetzt worden. Dabei habe ein Verkehr unter den Beamten und Arbeitern bestanden, als seien alle Kameraden oder gar die Arbeiter die Vorgesetzten der Beamten. Die Durchsichterei, das heißt die Arbeit schon während der Schicht verlassen, sei ungemein verbreitet gewesen. Es seien ihm täglich Trupps schwarzer Arbeiter begegnet, die offensichtlich nur eine halbe Schicht gemacht hätten und heimlich zu früh ausgefahren waren. Da er die Leute persönlich nicht kannte, konnte er deren Namen auch nicht feststellen, da sie ihre Kontrollmarken durch andere abgeben ließen. Bei einer Befragung der Grube fand er im Stollen nach Cuivierheid sogar vier Fahrräder versteckt, obwohl der Platz zur Aufbewahrung der Fahrräder über Tage war. Um hinter diese Durchsichterei zu kommen, sei er unerbittlich am Ende der Schicht zur Grube gegangen und habe die Überlieferung der Abteilungen I und III selbst vorgenommen. Bei der Abteilung I schickte er, bei der Abteilung III sogar 24 Mann, die zur Schicht gemeldet, jedoch ohne Erlaubnis mitten in der Schichtzeit ausgefahren waren! Auch außerordentlich viele Ueberführungen fand er verzeichnet, weshalb er eine wesentliche Einschränkung derselben anordnete. Seinem Vorgehen wurde aber von den Beamten wie von den Arbeitern mit Mißtrauen begegnet und sank die Leistung der Arbeiter innerhalb eines Jahres um 62 Tonne pro Kopf. Er habe dann der Direktion Bericht erstattet über den verunklärten Zustand der Verleugung und über den passiven Widerstand, der seinen Anordnungen entgegengesetzt wurde, worauf dann die Untersuchung der Zustände eingeleitet wurde. Sie ergab, daß tatsächlich weitgehende Durchsichtereien vorgekommen sind. Auch die Gedinge, hauptsächlich für die Rebenarbeiten erschienen ihm viel zu hoch, und aus alledem schließt er mit ziemlicher Bestimmtheit, daß alles das seine Ursache nur darin haben konnte, daß die leitenden Beamten sich bestechen ließen und deshalb ihre Pflicht gründlich verlehrt hätten.

Zeuge Schneider, jetzt auf Grube Arcuzwald beschäftigt, macht die positive Aussage, daß in seiner Partie, so lange er auf Götteleborn geschäftig, ständig Geld für die Beamten gesammelt und auch abgeliefert worden sei, und zwar an den angeklagten Steiger Jensa. Er habe diese Spendiererei nicht mitmachen wollen, habe die Absicht gehabt, sich zu beschweren, doch habe sein Partiemann ihn davon abgeraten, weil er doch kein Recht bekomme. Steiger Jensa will den Zeugen als Trinker und Summelant hinstellen, muß sich aber nachweisen lassen, daß er sich für diesen „Summelant“ auf der Inspektion verwendet und ihn dort als tüchtigen und zuverlässigen Arbeiter gelobt habe. Sachverständiger Dr. Herbig stellt dem Zeugen ein gutes Zeugnis aus und stellt fest, daß er freiwillig von den Staatsgruben abgeteilt, Steiger Jensa sich sogar bemüht habe, seine Kündigung rückgängig zu machen. Ein anderer Zeuge bekundet, daß in seiner Partie regelmäßige und bestimmte Beträge für Steiger Jensa und Fahrsteiger Rieh gesammelt, weh aber nicht, ob sie auch abgeliefert wurden.

Zeuge Obhinger — nicht angeklagt — wegen Weineid mit 15 Monate Gefängnis bestraft, verweigert seine Aussage darüber, ob er Geld gesammelt, gegeben und an die Beamten abgeliefert hat. Er wird darüber befragt, in welcher Form und mit welchen Worten Steiger Glasen und Obersteiger Michaely ihm zum Weineid verleitet hätten und sagt darüber folgendes: Als ich zum Untersuchungsrichter auf die Inspektion mußte, kam Steiger Glasen zu mir und sagte: Du weißt doch, was Du zu tun hast? Bedenke, es kann sonst für Dich schlimmer werden, als für mich! Du mußt dori sagen, Du weißt von nichts! Darauf habe er nach dem Obersteigerbureau kommen müssen, wo er den Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Rieh antraf. Michaely habe ihn gefragt, was er beim Untersuchungsrichter auszusagen gedenke, worauf er geantwortet habe, daß er die Aussage verweigern werde. Michaely hätte aber gesagt: Du mußt mich schämen! Du mußt sagen, daß Du von nichts weißt und nie etwas gegeben hast. Als er dann vom Untersuchungsrichter zurückgekommen sei, habe Steiger Glasen ihn gefragt, wie er ausgefagt habe, worauf er erwiderte: So wie Sie mir gesagt haben, und dafür muß ich 18 Monate im Gefängnis sitzen!

Vorsitzender zu den angeklagten Steigern: „Das ist ein Opfer Eures Systems! 18 Monate muß der Mann hinter Gefängnismauern schmachten, weil er tat, was ihm von seinen Vorgesetzten gesagt wurde und weil er diesen einen Gefallen tun wollte. Welchen Wegengessenen wird man ihm erweisen, wenn er seine Zeit abgibt hat? Die Geschworenen haben die Schuldfrage des Steigers verneint, aber den armen Bergmann auf anderthalb Jahre ins Gefängnis geschickt! So ergeht es uns Menschen, wenn wir uns für andere opfern. Das merkt Euch alle.“

Zeuge Ehrlich hat in der Partie Bau gearbeitet, der auch wegen Weineid bestraft Breier angehörte, und macht etwa folgende Aussage: Als ich die erste Schicht in der Partie machte, wurde mir gesagt, daß ich einen Liter Schnaps als Einstand mitbringen müßte, was ich auch getan habe. Bei dem Schnapstrinken sei Breier dann auf die „Wolfskaffe“ zu sprechen gekommen und habe gesagt, daß jeder, der in der Partie bleiben wolle, monatlich 5 Mark zur „Wolfskaffe“ steuern müsse! Das Geld bekamen der Obersteiger, Fahrsteiger und Steiger, wofür sie ein päpstliches Gedinge erhielten und tüchtig Geld verdienten. Breier habe ihn darauf schwören lassen, daß auch er in die „Wolfskaffe“ zahlen, oder nichts verraten werde. Er habe den Eid geleistet und habe Breier dann ein Dolchmesser aus der Tasche gezogen und gesagt: „Heil! Wenn Du uns verraten wäst, schneide ich Dir mit diesem Messer den Hals ab! Wir zahlen pro Mann, die ganze Kameradschaft, an jedem Lohnstag 5 Mark in die „Wolfskaffe“, und auch ich habe regelmäßig meine 5 Mark abgeliefert. Das Geld erhielten die Beamten. Außerdem wurde noch gesammelt, um die Kaufschulden der Beamten extra zu decken. Einen Monat hatten sie schalck verdient, aber auch wenig gearbeitet, da zahlen sie nur 3 Mark in die „Wolfskaffe“, worauf der Fahrsteiger Rieh in die Arbeit gekommen sei und gefragt habe, wie das komme, daß die „Wolfskaffe“ dieses Mal so mager sei? Und als sie ihm dann gesagt hätten, daß sie schalck verdient haben, habe er das Gedinge

sofort bereit aufgebracht, daß der Bescheid des gedungen Monats wieder weit gemacht wurde. Selbstverständlich zahlten sie darauf wieder ihre 5 Mark in die „Wolfskaffe“. Hiescherber sei in Säden in die Grube geschickt und dort gemeinsam getrunken worden, wobei oft stundenlang nicht gearbeitet wurde, und das mit Wissen des Steigers Glasen und des Fahrsteigers Rieh, mit deren stillschweigender Genehmigung. Daß Arbeiter mitten in der Schicht, ohne Genehmigung oder ohne Urlaub des Steigers, ausgefahren sind, sei sehr oft vorgekommen.

Der Staatsanwalt beantragte gefiern, wie und telegraphisch gemeldet wird, gegen den Obersteiger Michaely 9 Monate Gefängnis (und Umwandlung derselben als Zusatzstrafe in drei Monate Zuchthaus), gegen den Fahrsteiger Rieh 8 Monate, gegen den Fahrsteiger Früh 4 Monate, gegen den Steiger Rufen fünf Monate, gegen die Steiger Huppert, Frumm, Sirt, Andres, Kelling und Tsch je 3 Monate Gefängnis, gegen die Bergleute 1 bis 4 Wochen und gegen Frau Rieh 14 Tage Gefängnis.

Das Urteil soll am 17. März verkündet werden. Rieh wurde aus der Untersuchungshaft entlassen.

Soziales.

Die Tätigkeit des Berliner Jugendgerichts.

In Nr. 6 der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlicht Amtsgerichtsrat Dr. Köhne folgenden Bericht über die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte:

„Das Jugendgericht Berlin-Mitte trat am 18. Mai 1908 in Tätigkeit und hielt seine erste Spruchung am 1. Juni 1908 ab. Es urteilte in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1908 979 Personen ab, 777 männliche, 202 weibliche. Auf die einzelnen Altersstufen verteilten sich die Angeklagten folgendermaßen: Es standen zur Zeit des Urteils im Alter

von 12—14 Jahren, von 14—16 Jahren, von 16—18 Jahren
Knaben: 99 Knaben: 209 Knaben: 469
Mädchen: 13 Mädchen: 52 Mädchen: 137

Von den Angeklagten waren 888 ehelicher, 71 unehelicher Geburt; bei 10 Personen ist die Herkunft nicht festgestellt. Von den Eltern der ehelich geborenen lebten 30 getrennt oder waren geschieden; in 170 Fällen war ein Elternteil tot, in 15 Fällen waren beide tot. Vorbestraft waren 194 Angeklagte, und zwar 132 einmal, 38 zweimal, 11 dreimal, je 6 vier- und fünfmal, einer sechsmal.

Wegen der folgenden Straftaten ist Anklage erhoben, wobei zu bemerken ist, daß Versuch, Beihilfe und Anstiftung dem Hauptdelikt zugehört und bei Verurteilung mehrerer Delikte nur das schwerste gezählt ist: wegen Diebstahls in 418 Fällen, Hundraubs in 12, Unterschlagung in 78, Betruges in 26, Hehlerei in 32, Vortells in 34, Obdachlosigkeit in 13, Gewerbsungucht in 72, Körperverletzung in 31, Verleumdung in 5, Bedrohung in 3, Hausfriedensbruchs in 13, Sachbeschädigung in 8, Führung falschen Namens in 12, groben Unfugs bezw. ruhestörenden Lärms in 71, verschiedener Polizeiverletzungen in 136, Erregung öffentlichen Aergernisses in einem, Tierquälerei in 3, falschlüssiger Brandstiftung in einem, Lotterievergehen in 2, Gewerbetreiben in 15, Eisenbahntransportgefährdung in 2 Fällen und Uebertretung der Gefindeordnung in einem Fall.

Von den Angeklagten sind 258 freigesprochen bezw. außer Verfolgung gesetzt, darunter 83 wegen Mangels der zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderlichen Einsicht. Von den 721 Verurteilten sind bestraft: mit einem Beroeise 495, mit Geldstrafe 89, mit Freiheitsstrafe 127. Der Dauer nach verteilen sich die Freiheitsstrafen in folgender Weise:

1—7 Tage, über 1 Woche bis 1 Monat, über 1—3 Monate,
42 40 20
über 3—6 Monate, mehr
20 5

Es sind aber von den zu Freiheitsstrafen Verurteilten zur Strafaussetzung mit Aussicht auf bedingte Begnadigung empfohlen: 20 Personen. An die strafrichterliche Tätigkeit schlossen sich in 562 Fällen vormundschaftsrichterliche oder fürsorgliche Maßnahmen. 294 Angeklagte wurden freiwilligen Liebesorganisationen — meist der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge — zur Unterstützung und Kontrolle empfohlen, in 10 Fällen wurde eine Vormundschaft, Pflegepflicht bezw. Beistandschaft neu angeordnet, in 7 eine solche von auswärts übernommen. In 36 Fällen wurden auswärtige Vormundschaftsgerichte auf die hier geschene Beurteilung aufmerksam gemacht, in 12 Fällen Eltern und Erzieher zu sorgfältiger Aufsicht veranlaßt, in 10 Fällen Maßregeln auf Grund der §§ 1608 und 1888 BGB. und in 103 Fällen Fürsorgeerziehung angeordnet.

Die Tätigkeit des Jugendgerichts im Vorverfahren sowie gegenüber den obhalschen, von der Polizei fixierten und dem Richter vorgeführten Personen ist bisher statistisch nicht festgelegt. Es ist dies bedauerlich; denn gerade in dem Bemühen, den völlig desorientierten jugendlichen Personen wieder Obdach, Arbeit und Halt zu geben, hat das Jugendgericht, dank der opferwilligen Hilfe der Vereine, insbesondere des Vereins „Dienst an Arbeitslosen“, die größten Erfolge erzielt.

Eine Stunde Geschäftsinhaber.

Welcher rapide Besitzwechsel bei manchen Geschäftsunternemungen zuweilen Platz greift, zeigte sich gelegentlich einer gehaltenen Verhandlung. Eine Verkäuferin Lina K. war für ein Unternehmen engagiert worden, das sich am Tage ihrer Anstellung „S. Heymann'sche Konsumkasse“ nannte. Sie wurde nach ihrer Meinung vorzeitig entlassen und erhob, da sie im Bureau des Konsumverwalters erfahren hatte, daß ein Kaufmann K. inzwischen das Geschäft käuflich erworben hatte, gegen diesen Klage auf ihren vermeintlichen Anspruch. Im Termin wandte nun K. ein, er sei nur etwa eine Stunde Inhaber des Geschäfts gewesen. Er habe das Geschäft vom Konsumverwalter erworben und es sofort an einen gewissen L. weiterverkauft. Die Klägerin habe er auf keinen Fall „mitgekauft“. Von L. ist dann das Geschäft wieder an den ursprünglichen Besitzer Heymann zurückgelangt. Da sämtliche bei der Transaktion Beteiligten als Zeugen die Angaben des Beklagten bestätigten, so wäre die Klägerin abgewiesen worden, wenn sie nicht die Klage zurückgenommen hätte. Nicht der Beklagte, sondern Heymann komme als Geschäftsinhaber in Betracht.

It Betriebseinstellung ein Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses?

Vor dem Gewerbegericht klagen gefiern zwölf minderjährige Arbeiterinnen im Bestand ihrer geschiedenen Vertreter gegen die Amsterdamer Diamantschleiferei, Inhaber Wolff de Beer, Lindover Straße 18—20. Sie waren als Lehrlinginnen im Betriebe des Beklagten tätig. Nach dem schriftlich abgeschlossenen Lehrverträge war ihnen im ersten Jahre ein Monatslohn von 25 M., im zweiten von 40 M. und im dritten ein solcher von 55 M. zugesichert worden. Für den Fall einer rechtswidrigen Lösung des Lehrverhältnisses durch die Klägerinnen sind Vertragsstrafen bis zu 150 M. vorsehen. Dagegen ist nichts vorgebracht, wenn die Lösung durch den Beklagten erfolgt. Am 1. März d. J. hat der Beklagte die Schleiferei wegen Unrentabilität aufgegeben und die Klägerinnen allesamt kurzerhand entlassen. Die Klägerinnen verlangen Fortsetzung des Lehrverhältnisses bezw. Schadenersatz. Der Beklagte wendet ein, daß die Betriebsaufgabe ein wichtiger Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses sei und beruft sich auf die §§ 696 und 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der erste lautet: Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der letztere besagt: Der Schuldner wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, soweit die Leistung infolge eines nach der Entstehung des Schuldverhältnisses eintretenden Umstandes, den er nicht zu vertreten hat, unmöglich wird.

Demgegenüber beruft sich der Vertreter der Klägerinnen auf Entscheidungen des Reichsgerichts, welches wiederholt sich dahin aus-

gesprochen hat, daß die Aufgabe des Betriebes kein wichtiger Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses sei. Ganz besonders im vorliegenden Falle sind die Lehrlinge empfindlich geschädigt worden, denn diese müssen sich, da ein gleichzeitiger Betrieb in Berlin nicht vorhanden ist, einem anderen Verufe zuwenden, dort wieder mit niedrigem Verdienst beginnend. Auf den Vorschlag des Beklagten, das Lehrverhältnis in seinem in Viegau befindlichen Betriebe fortzusetzen, gehen die Klägerinnen nicht ein.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratssekretärs Schulz verurteilt den Beklagten zur Fortsetzung des Lehrverhältnisses bezw. zur Zahlung der geforderten Entschädigungen. Die Aufgabe des Betriebes käme als wichtiger Grund zur Lösung desselben nicht in Frage und der § 275 des Bürgerlichen Gesetzbuchs könne in solchem Falle keine Anwendung finden.

Ueber den Geltungsbereich der Arbeitsordnung. Gegen die Bandagenfabrik Thieses klagt der Kaufbursche Fleischmann auf 14tägige Lohnvergütung wegen freistufiger Entlassung. Beklagte gibt zu, mit dem Kläger über Kündigungsfrist nicht vereinbart zu haben, beruft sich aber auf die Arbeitsordnung. Das Gericht verurteilt die Beklagte, an den Kläger die geforderten 18 M. zu zahlen. Die Arbeitsordnung sieht für die übrigen Arbeiter Stundenlöhne und eine bestimmte festgelegte Arbeitszeit vor. Kläger hatte aber unfreie Wochenlöhne und eine ganz andere Arbeitszeit wie die übrigen Arbeiter. Demnach kommt für den Kläger die Arbeitsordnung nicht in Betracht.

Mehr Bauarbeiter[schutz]

Wie berechtigt die Forderung nach Anstellung von Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen ist, zeigt aufs neue der soeben erschienene Jahresbericht für 1908 der Bauarbeiterschuttkommission in Frankfurt a. M. Frankfurt a. M. ist die einzige Stadt in Deutschland, in der die in der Bauarbeiterschuttkommission vereinigten Gewerkschaften einen Baukontrollleur selbständig angestellt haben. — Städtische Baukontrollleure aus Arbeiterkreisen gibt es ja bekanntlich schon verschiedentlich —, und dürfte der Bericht dieses Kontrollleures schon aus diesem Grunde besonderes Interesse erregen. Die Anzahl der Kontrollen und Besichtigungen durch den Kontrollleur der Bauarbeiterschuttkommission betrug 9706 und wurden dabei 1243 Mängel festgestellt. Es kommen also auf 10 Besichtigungen 1,27 Mängel! Die entdeckten Mängel wurden, wenn der Kontrollleur eine Abhilfe nicht erreichte, zur Kenntnis der aufsichtführenden Behörden gebracht, die die Berechtigung der Beschwerden anerkannten.

Die Zahl der Unfälle ging nach der Statistik der Hefen-Raffinerischen Bauwerkberufsgenossenschaft im Berichtsjahre bei der Sektion Frankfurt a. M. etwas zurück, die Zahl der schweren Unfälle ist jedoch gestiegen. Auf 1000 durchschnittlich beschäftigte Arbeiter kamen 53,47 (1907: 56,38) gemeldete Unfälle und 7,64 (1907: 6,06) zu entsehbaren Unfällen. Bei der Besprechung dieser Unfallsstatistik wandte sich der Kontrollleur energisch gegen die immer wiederkehrende Behauptung von der Schuld der Arbeiter an den Unfällen. Nicht die „Unachtsamkeit und Unachtsamkeit“ der Arbeiter habe die Unfälle zur Folge, sondern die mangelnden Schutzvorrichtungen. Der Kontrollleur klagt besonders über den häufig angetroffenen ungenügenden fittich-sanitären Schutz und sagt schließlich: „Naturgemäß kann erst ein ständig tätiger Kontrollleur aus Arbeiterkreisen eine nachdrückliche unfallverhütende Tätigkeit entfalten, wenn ihm die Befugnis eingeräumt würde, dort die Arbeit zu inhibieren, wo den berechtigten Forderungen auf mehr Schutz nicht entsprochen wird.“

Aus der Frauenbewegung.

Die Lohnfrage in der Heimarbeit.

Seit Karl Marx in seinem „Kapital“ auf den mörderischen Mißbrauch der menschlichen Arbeitskraft in der Hausindustrie hingewiesen, ist die Sozialdemokratie nicht müde geworden, zum Kampf gegen diesen scheußlichen Auswuchs der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufzurufen. Treffen die Schäden der Heimarbeit doch nicht nur die ihr direkt unterstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch die gesamte Arbeiterklasse, die in der wirtschaftlichen Hebung ihrer Lage durch das Übergewicht der Hausindustrie gehemmt wird, und darüber hinaus die Allgemeinheit durch die direkte und indirekte Gefährdung von Volkskraft und Volksgesundheit.

Während in der Schweiz, in England, Amerika und vor allem in Australien längst gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter getroffen wurden, hat die deutsche Sozialpolitik hierin bisher völlig versagt. Die in der gegenwärtigen Session dem Reichstage vorliegenden Gesetzesentwürfe betr. die Kontrolle der Gewerbeordnung und den Entlohnung eines Arbeitskamerades hatten der Regierung Handhaben geboten, um endlich etwas Durchgreifendes gegen das Heimarbeitelend zu unternehmen. Die Regierung will sich aber wie so oft auf einige winzige Hindernisse beschränken.

Auch in den Kreisen bürgerlicher Sozialreformer hat man neuerdings aus Anlaß der zu erwartenden Reichstagsverhandlungen Stellung zur Heimarbeitfrage genommen. So hatte der händige „Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ eine Versammlung nach dem Bürgercafé des Berliner Rathauses einberufen. Die bürgerlichen Herrschaften wollten offenbar unter sich sein; sie hatten nur einigen bürgerlichen Zeitungen Mitteilungen über ihr Vorhaben zugehen lassen und durch die Wahl des Versammlungsortes von vornherein auf eine machtvolle und imponierende Kundgebung aller an der Heimarbeitfrage interessierten Volksschichten verzichtet. Der kleine Saal war schon geraume Zeit vor Beginn der Versammlung überfüllt, und die Aussprache wurde so rigoros gehandhabt, daß nicht einmal Pressevertreter Einlaß fanden. Die Folge davon war, daß die Kundgebungen und Beschlüsse dieser kleinen Versammlung keinen Widerhall in der großen Tagespresse fanden, was man um der Sache willen bedauern kann.

Nach einem Bericht der „Märkischen Volkszeitung“ stand die Frage der Lohnregelung, die — wie von keiner Seite bestritten wird — die Grundlage für die wirtschaftliche Hebung der Heimarbeiter sein muß, im Vordergrund der Debatten. Fräulein Anna Schmid, die Sekretärin des Verbandes katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen, begründete die Notwendigkeit reichsgesetzlicher Maßnahmen in bezug auf die Lohnfrage mit dem Hinweis darauf, daß die Schwierigkeit der Organisation es dem Heimarbeiter unmöglich macht, sich aus eigener Kraft bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Fräulein Gertrud Dyrenfurth trat für die Schaffung eines Mindestlohnes und eines Minimumstandards an Reinlichkeit, Luftstrom und der Erziehung ein. Sie betonte, daß das Submissionswesen nach wie vor ungünstig auf die Heimarbeit einwirkt. Die Niedrigkeit der Löhne in der Heimarbeit werde unter anderem bewiesen durch die Lohnbücher von Breslauer Heimarbeiterinnen, die in den Jahren 1906—1908 nur rund 300 M. Jahresverdienst erzielten. Da begriffe man den

Ausdruck einer armen Heimarbeiterin, die einst meinte: „Fünf Pfennige mehr für die Hofe, und man wählte, wie man leben kann!“

Fräulein Alice Salomon verwies darauf, daß es eines Volkes unwürdig sei, wenn seine Exportindustrie nur auf der Basis niedriger Löhne florieren könne. Eine Reform der Hausindustrie sei wie in anderen Ländern so auch bei uns sehr wohl möglich. — Ein Zwischenmeister wollte die Heimarbeitfrage mit Hilfe der Organisation der Heimarbeiterinnen durch die Zwischenmeister (I) lösen. — Andere Redner traten neben der Festsetzung eines Mindestlohnes auch für Strafbestimmungen bei Übertretung desselben ein. Eine einstimmig angenommene Resolution forderte vom Reichstage und den verbündeten Regierungen eine gesetzliche Regelung der Hausindustrie, speziell Einsetzung von Instanzen aus Vertretern der Unternehmer wie der hausindustriellen Arbeiterklasse zur Vereinbarung von Tarifabkommen, um rechtsverbindliche Mindestlohnsatzungen aufzustellen und durchzuführen. Diese gesetzlichen Mindestlöhne müßten auf Grund der von den Ämtern ermittelten örtlichen und beruflichen Löhne festgestellt werden und einlagbar sein. Sie würden sich vorzüglich den bestehenden Verhältnissen anlehnen, eine Lohnhöhe bestimmen, welche die Industrie erfahrungsgemäß tragen kann, den ausländischen Unternehmern vor Schmutzkonkurrenz schützen, dem Arbeitenden die Lebensnotdurft sichern und somit im Interesse aller Beteiligten sowie der nationalen Wohlfahrt sein.

Rund mögen Regierung und Reichstag zeigen, ob ihnen angeht, dieser billigen, wohl durchführbaren Forderung, die durch keine radikale Verringerung, sondern nur eine Einschränkung des Heimarbeitelends bedeuten würde, die Interessen der Ausbeuter höher stellen als die der Kernsten der Armen. Wenn die katholischen Heimarbeiterinnen auf die energische Hilfe des Reichstages rechnen, dann sind sie schon berraten. Die Zeit wird das lehren.

Eine Frauenwahlrechtsdeputation, ausgehend vom Dänischen Frauenbund, war wieder einmal beim dänischen Ministerpräsidenten, um ihn zu eruchen, dafür zu sorgen, daß den Frauen das staatsbürgerliche Wahlrecht gewährt wird. Was der Ministerpräsident geantwortet hat, wird nicht berichtet. Vielleicht ist die Antwort so unbedeutend ausgefallen, daß ihre Veröffentlichung den Antisozialisten und ihrem Damenhang jetzt, kurz vor der Stadtverordnetenwahl in Kopenhagen, nicht in den Kram paßt. Muß es doch den kommunalwahlberechtigten Frauen auffallen, daß am selben Tage, wo die Deputationsdamen den Ministerpräsidenten besuchten, bei den Verhandlungen im Landsting der Vorkämpfer der Sozialdemokratie Harald Jensen der einzige war, der energisch das staatsbürgerliche Frauenwahlrecht forderte, während alle anderen Parteien samt dem Ministerpräsidenten kein Wort dafür übrig hatten!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg (Ortsteil Treptow). Montag, den 15. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Binfelmann, Inhaber Ringelstraße, Grätzstr. 1: Vortrag „Märzgebächte — Märzgebächte.“ Referent: Genossin Ehm. — Der Vespereabend fällt diesmal aus. Schöneberg. Dienstag, den 16. d. M., 8 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Reiniger Straße 8: Vortrag. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil: „Die Frau im politischen Kampf.“

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin I hatte zum Montag die Mitglieder aller Branchen zu der ordentlichen Generalversammlung nach Kellers Lokal, Köpenicker Straße, eingeladen. Der Geschäftsbericht, der zum ersten Male für alle Verwaltungsstellen des Bezirks Berlin gemeinsam herausgegeben wurde, lag gedruckt vor. Es wird darin einleitend gesagt, daß die Entwicklung der Verwaltungsstellen den gehobenen Erwartungen nicht entsprochen habe. Schuld daran ist die Wirtschaftskrise, durch die das Handels- und Transportgewerbe schwerer als je getroffen worden ist. Der gesamte Mitgliederbestand umschließt 29.650 Personen, darunter 1372 weibliche und 541 jugendliche. Die Einnahmen und Ausgaben der Bezirksleitung Groß-Berlin bilanzieren mit 265.402,24 M. Der Kassenbestand (Reservefonds) betrug am 1. Januar 4298,47 M. — Der Vorsitzende Wappler beleuchtete kurz den Bericht der Verwaltung I. Der Mitgliederbestand ist trotz der schweren Krise nur um einige Hundert zurückgegangen und betrug am 31. Dezember v. J. 8224. Dabon entfallen auf Geschäftsdiener, Pader, Radfahrer, Fuhrstuführer, Portiers usw. 7851, Eintassierer der Abzahlungs-geschäfte, Versicherungsgesellschaften usw. 182, Kellnerarbeiter 108, Kutscher 104, Arbeiter 190 und Kraftwagenfahrer 39. Die Agitation war durch die große Arbeitslosigkeit natürlich sehr schwierig, zum Beispiel hat bei Jandorf die gelbe Organisation überhand genommen, auch bei Tich ist mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ueber Jandorf wurde besonders viel gellagt und die Verwaltung aufgefordert, energische Schritte zu unternehmen. — Die Verwaltung I war an Lohnbewegungen ohne Streiks in 11 Fällen mit 44 Firmen und 448 Beschäftigten beteiligt. Große Summen wurden für Unterstufungen ausgegeben, so wurden insgesamt 21.422,95 M. an frische Mitglieder gezahlt, davon zahlte die Hauptkasse 11.757,45 M. An Arbeitslosenunterstützung zahlte die Hauptkasse nahezu 38.000 M., an Reisefallunterstützung 1780 M., bei Beerdigungen 1620 M., bei Streiks und Rohrregulungen 2320,80 M. und für Rechtschutz 118 M. Der Kassenbericht für das Jahr 1908 zeigt eine Einnahme von 195.298,17 M., eine Ausgabe von 151.160,63 M., einen Kassenbestand am 31. Dezember v. J. von 44.137,54 M. Unter den Ausgaben stehen an Unterstufungen verzeichnet: für frische Mitglieder 9665,50 M., bei Beerdigungen als Beihilfe 7800 M., nebst einem Zuschuß von 730 M., bei Vorfällen 685 M., bei Arbeitslosigkeit 6396 M., nebst einem Zuschuß zu Weihnachten von 1038 M., für Rechtschutz 210 M. Nach einer längeren Diskussion wurde der Verwaltung einstimmig Decharge erteilt.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Revisoren ergab das folgende Resultat: Wappler erster, Spiedermann zweiter Bevollmächtigter. Diese beiden wurden zugleich als Vertreter zur Bezirksleitung von Groß-Berlin gewählt. Zum Schriftführer wurde G. Bergens, zu Beisitzern Rühlmann, Paul Müller, Reizner, Oppermann, Sudow, Braunert, zu Revisoren Kobbert, Quack und J. Zimmermann gewählt.

Einige Anträge auf Änderungen im Arbeitsnachweis wurden der Verwaltung überwiesen. Klagen über die Arbeitsvermittlung wurden erhoben, aber von Schmal und anderen Rednern als ungerechtfertigt energisch zurückgewiesen; in zweifelhaften Fällen wird Untersuchung stattfinden. Eine lebhafteste Agitation soll in den Kreisen der Paderinnen entfaltet werden, damit diese nicht

billiger arbeiten wie die Pader. Auf die Eintassierer von Nähmaschinen-Geschäften ist einzuzuwenden, daß sie der Organisation beitreten. Gegen die „Viktoria“-Versicherungsgesellschaft ist Stellung zu nehmen, solange die Eintassierer selbst mit ihren Klagen kein Gehör finden. Die Pader sollen nach der roten Legitimationskarte des Verbandes gefragt werden.

Der Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen hatte am Montagabend eine Versammlung der Binnenfahrer in Kellers Lokal, Köpenicker Straße, veranstaltet. Es handelte sich um statistische Erhebungen im Binnenfahrergewerbe, besonders in bezug auf die Sonntags- und Nacharbeit. Neuerdings sind wieder Fragebogen an die verschiedenen Vereine und Verbände im Gewerbe vom reichsstatistischen Amt versandt worden, die bis zum 10. März abzuliefern sind. — Schramm-Wagdeburg zeigte in einem ausführlichen Vortrage, wie schon seit dem Jahre 1885 Erhebungen über die Arbeitszeit der Angeestellten in der Binnenfahrt stattgefunden haben, aber in den ganzen 23 Jahren ist noch immer nichts zugunsten der Arbeiter dabei herausgekommen. Notwendig ist es aber dringend, daß endlich etwas geschieht, um die Schiffer gegen die rücksichtslose Ausbeutung zu schützen. Die Sonntags- und Nacharbeit ist eine Forderung, die entschieden vertreten werden sollte. Auch die Kleinfahrer sind daran interessiert, denn sie geraten in immer größere Abhängigkeit von den großen Unternehmern. Die Schiffer verlangen nichts Unbilliges; wenn sie die Forderung einer achtstündigen Nachruhe und der Sonntagsruhe aufstellen, so sind sie gern bereit, allen Anforderungen unserer heutigen Zeit Rechnung zu tragen. Sie wollen die Personenschifffahrt nicht beeinträchtigen, ebensowenig die Beförderung der Post und sind bereit, in allen Notfällen Ausnahmen zu gestatten, nur im allgemeinen soll die Regel für die Binnenfahrer gelten, daß ihnen die Nachruhe und die Sonntagsruhe gewährt werde. Man braucht nur an die Bestrebungen an Verfürgung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe zu denken. Man hat sich sehr schnell mit dem Akutridenabstufung abgefunden, so bitter man ihn vorher auch bekämpft hat. So wird auch alle Opposition im Binnenfahrergewerbe bald schweigen, wenn die Regierung den gerechten und beschiedenen Forderungen der Schiffer nachkommen würde. Von dem Referenten wie auch von Diskussionsrednern wurden die Bestrebungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage, die Lage der Binnenfahrer zu verbessern, rühmend anerkannt. Die Versammelten stimmten der Forderung der Nach- und der Sonntagsruhe durch-

aus zu. Allgemeine Familien-Sterbefälle. Heute Jahrtag und Aufnahme Kater 123 in Restaurant. Les- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute Sonntag 10 Uhr bei R. Ushjorn, Danziger Straße 3: Vortrag. Diskussion. Gäste willkommen.

Freie Jugendorganisation Berlin. Abt. 10. Heute nachm. 3 Uhr bei W. Schulz, 74. — Abteilung Lichtberg-Hummelsberg. Heute nachm. 7 1/2 Uhr: Abteilungsversammlung bei Engelst. Goethestr. 9.

Katzen. Lagerhalter! Sonntag, den 14. d. M., nachm. 8 Uhr, findet bei W. K. 10 d. 1, Andrastr. 25, unsere Versammlung statt. Die Beschlüsse sind hierdurch höflichst zu derselben eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1908 Jahrgang 7. wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gebühren 7 Uhr Sonntags abends die Erhebung von 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buch und eine Karte als Wertgegenstand beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage verharren. Gütige Fragen trage man in der Erhebungsbüchse vor.

G. N. 32. Das Gericht eines Schurgenrechts besteht aus drei Richtern. — G. N. 12. Ja. — G. N. 101. Stirbt der Gemann und hat die Ehefrau nicht etwa den Vertrag selbst abgeschlossen, so sind die Erben berechtigt, einen länger dauernden Nievertrag bis am dritten auf des Sterbequartal folgenden Tage zum Quartalsabschluss zu kündigen. Es kann also, wenn der Tod im ersten Quartal 1909 erfolgt ist, der Erbe den etwa bis zum 1. Oktober 1909 laufenden Nievertrag bis am 3. April zum 30. Juni kündigen. — G. N. 18. 1. Die von Ihnen angeführten Tatsachen kann das Gericht auf Grund des § 1768 als genügend zur Entscheidung anerkennen. 2. Der Mann ist bis zur Scheidung zur Gewährung des Unterhalts an seine Frau verpflichtet, falls nicht die Ehefrau wider seinen Willen und ohne berechtigten Grund eine andere Wohnung bezieht.

H. S. 37. Sie hätten auf dem Gericht sich vertreten lassen, dann wäre die Klage abgewiesen, weil Sie minderjährig waren. Wenden Sie sich jetzt an einen Anwalt bezugs Umföhung des ergangenen Urteils. — G. N. 63. Die Anwaltskammer im Bezirk des Kammergerichts befindet sich Prinz-Albrecht-Str. 3. Sie können sich an dieselbe direkt wenden. — G. N. 1001. Keere Redaktionen. — G. N. 25. Nein. — G. N. 175. Gollnow. Die im Juniabende Beirathung. Ohne Ehrenrechte. Du und Nummer. — G. N. 38. Im Briefkasten ohne Kenntnis der näheren Verhältnisse nicht zu beantworten. Veranlassen Sie doch den Herrn zu einem Besuch im Bureau des Wahlvereins in Charlottenburg, Volkshaus, Köpenickerstraße. — Streitsfrage. G. N. 2. 38. Sie finden die Titel und Verlage der Zeitungen im Berliner Adreßbuch, Teil II.

G. N. 100. Als Leser des „Vorwärts“ dürfen Sie unsere Bemerkungen vor dieser und ähnlichen Redaktionen nicht angericht lassen. Also Hand davon. — G. N. 29. Wegen des Kaufschines an die evangelische Kirche, Vohm in der Mark. Die Geburtsurkunde an das Standesamt Kobbach, Post Vohm in der Mark. — G. N. 5. Das kaiserliche Patentamt Berlin, Gildenerstraße.

M. S. 4. In die freiwillige Gemeinde werden nur die aufgenommen, die nicht einer kirchlichen Gemeinschaft angehören, also Nichtgläubige sind. — G. N. 100. Eine solche spezielle Zeitung besteht nicht. Ihren Zweck erreichen Sie aber vielleicht, wenn Sie sich an den Handels- und Transportarbeiterverband, Sektion Eisenbahner wenden. — G. N. 11. Im Gewerbe-Verband, Wasserstr. 31, Abendkassen. — G. N. 6. Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Schülerinnen Deutschlands, Neue Königstraße 35.

G. N. 8. Das letzte Kalenderjahr ist mangelnd. — G. N. 70. Der Antrag wäre an den Magistrat in Kirdorf zu richten. — Th. 23. 65. Sehr wohl. — G. N. in M. Nein. — G. N. 34. 1. Sie müßten sich an das Polizeipräsidium und, falls Sie noch in den Minderverhältnissen stehen, an das Bezirkskommando wenden. Die Kosten betragen etwa 3 M. 2. Nein. — G. N. 6. 1. Sie können lediglich Auseinanderlegung begehren, falls Sie wegen des Nachlasses des Vaters verlangen. Ist der Nachlass bereits geteilt, so stehen Ihnen weitere Rechte nicht zu. 2. Wenn kein Testament vorliegt, nein. 3. Nein. — G. N. 38. Sie müßten sich mit dem vorigen Mieter abfinden. Er hat das Recht auf die Wohnung bis zum ersten April. — G. N. 1000. Nein. — G. N. 99. Nein. — G. N. 100. Sie sind nicht haltbar. Den Lohn hat der Eheg zu zahlen. Die Klage ist an das Gewerbegericht zu richten. — G. N. 39. Wegen den Reffen könnte allerdings, falls er nicht die preussische Staatsangehörigkeit verloren hat, noch jetzt (einsten der Militärbehörde vorgegangen werden. — G. N. 46. Nein; pro Kopf müssen drei Mark gezahlt werden. — G. N. 1. Sie würden mit Aussicht auf Erfolg auf Aufhebung des Nievertrages klagen können. — G. N. 2. Wegen den Verlust der Marken ist nichts zu machen. Sie hätten während Ihres Aufenthaltes im Ausland selbst Marken stellen lassen. — G. N. 76. Soweit möglich, lassen Sie Ihren leiblichen kaiserlichen Anspüche zu. Eine Anwesenheitsangelegenheit befindet nicht, weil Sie Heimarbeiter sind und das Ortsstatut für Berlin sich nicht auf die außerhalb Berlins Wohnenden erstreckt. Ledten Sie aber damals in Berlin, so gedeutet Sie der Ortsstatutenkass in Berlin an. Die Ansprüche verjähren in zwei Jahren. Sie müßten Ihren Anspruch gegen die Kaffe zunächst bei dem Magistrat, Gewerbe-Deputation, Straßener Straße 1—3, geltend machen. — G. N. 23. Nicht

Wenn eine Frau

kaufte echte Rathreiners Malzkaffee bietet die Sicherheit, daß man einen garantiert reinen, wohlschmeckenden und bekömmlichen Malzkaffee erhält. In ganzen, halben und viertel Paketen. Das 1/4 Paket 10 Pfennig.

um eine Pfennige zu sparen, minderwertige gebrannte Gerste kauft, die oft auch unter dem Namen Malzkaffee verkauft wird, so ist das eine verkehrte Sparbarkeit. — Der in geschlossenen Paketen verkauften Malzkaffee ist garantiert rein, wohlschmeckend und bekömmlich. In ganzen, halben und viertel Paketen. Das 1/4 Paket 10 Pfennig.

A.WERTHEIM

G. m. b. H.

In dieser Woche, soweit der Vorrat reicht

Gardinen, Decken, Teppiche

Besonders vorteilhafte Posten:

Engl. Tüllgardinen	2.75, 3.50, 4.75, 6.75	Farbige Madras-Stores	Stück 5.75
Engl. Tüll-Stores	2.25, 3.50, 5 Mk.	Etamine-Garnituren	farbig, 2 Schals 1 Querbehang, Fenster 9.75
Erbstüll-Band-Gardinen	Fenster 8.75, 14.50	Mullgardinen	weiss gepunkt, für Schlafzimmer, mit gezogenem Volant Fenster 12 Mk.
Erbstüll-Band-Stores	Stück 3.90, 6.75	Engl. Tüll-Bettdecken	für 2 Betten Stück 4.50
Farbige Etamine-Stores	Stück 2.85	Bandbettdecken	Erbs-tüll für 1 Bett für 2 Betten 4.50, 6.25 8.75, 12 Mk.
Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang, aus Filztuch, bestickt Fenster 4.25	Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang aus Halbleinestoff mit Spitzeneinsätzen Fenster 11.50
Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbeh., aus Leinenplüsch u. Velvet, bestickt Fenster 6.75	Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang aus Halbleinestoff mit Kurbelstickerei Fenster 9.50
Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang aus la Leinenplüsch und Velvet, bestickt und mit Applikation Fenster 10.75	Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang aus hellen Phantasiestoffen, für Schlafzimmer Fenster 7.75
Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbeh., aus reinw. Tuch, bestickt, Fenster 11.50	Fenster-Dekoration	2 Schals, 1 Querbehang persisch gemustert, für Herrenzimmer Fenster 8.25
Lambrequins	aus Leinenplüsch, Velvet und Filztuch 2.25		

Tischdecken

Filztuch-Decken	mit Kurbelstickerei 2.25, 3 Mk., 4.25 Mk.
Reinwoll. Tuch-Decken	m. Kurbelstickerei 7.50, 9.75, 11.50 Mk.
Mohairplüsch-Decken	mit Kurbelstickerei 6.75, 9.50, 12.50 Mk.
Gewebte Phantasie-Decken	2.50, 3.75, 6.75 Mk.
Gemust. Moquette-Decken	9.75, 11.50, 13.50 Mk.

Diwandecken

Diwandecken	gewebt, Phantasie-muster 3.25
Diwandecken	imitiert Djidim 4.75
Diwandecken	persisch gemustert, rot/blau 6.75
Diwandecken	modern gemustert 9 Mk.
Diwandecken	persisch gemustert imitiert Kelim 14.50
Diwandecken	Moquetteplüsch, Blumenmuster 19 Mk.
Diwandecken	Axminstergewebe, persisch gemust. 22.50

Teppiche

Prima Axminster-Teppiche	Grösse ca. 200x300 230x315 250x350 cm
	48 Mk. 59 Mk. 72 Mk.
Prima Velours-Teppiche	Grösse ca. 170x230 200x300 250x350 cm
	23 Mk. 35 Mk. 59 Mk.
Prima Tapestry-Teppiche	Grösse ca. 170x230 200x300 250x350 cm
	17.25 27 Mk. 44 Mk.
Gewebte Smyrna-Teppiche	im Preise bedeutend herabgesetzt.

Wandbehang	Filztuch mit Kurbelstickerei 2.90
Wandbehang	Leinenplüsch und Tuch 5.75

Übergangs- u. Erkerteppiche	vorzügliche Copien von Oriental-Originalen
	90/130 90/160 90/180 120/190 cm
	8.25 9.75 11.50 17.50

Tapestryläufer	Mottled oder gestreift, Meter 1.90
Tapestryläufer	persisch gemust. od. geblümt, Mtr. 2.60
Veloursläufer	moderne u. persischer Dessins Meter 3.90

Linoleumvorlagen	Grösse ca. cm 45/65 70/90 70/115 90/180
	50 Pf. 85 Pf. 1.10 1.75

Linoleumläufer	mit Kante Grösse ca. 67 90 cm
	78 Pf. 1.15

Eiserne Bettstellen

Polsterbettstellen	5.60, 6.75, mit Drellbezug 8.75	Eiserne Bettstellen	mit Stahlfederboden, starke englische Form 24 Mk., 32 Mk.
Polsterbettstellen	mit Sprungfedern und Drellbezug 12.50	Kinderbettstellen	weiss lackiert 14 Mk., 18.50
Eiserne Bettstellen	mit doppeltem Spiralboden 7 Mk. 9.50	Kinderbettstellen	starke Bügelform mit Messingstange 23 Mk.
Eiserne Bettstellen	mit besonders starkem Gestell 12 Mk., mit Stahlfederboden 16.50	Matratzen	4 Mk., 5.25, 7.80, 9 Mk., 10.50, 12.75
Eiserne Bettstellen	mit Stahlfederboden, 90 cm breit 18 Mk.	Matratzen	für Kinderbetten, mit rotem Drellbezug 5.75, 8 Mk.

Die Parteipresse zum Entwurf des Organisationsstatuts.

III.

„Vollstimme“ (Magdeburg):

(Nach einem Plaidoyer für den obligatorischen Wochenbeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder):

... Die Beitragserhöhung wird immer auf einen größeren oder geringeren Widerstand stoßen. Naturgemäß wird der Widerstand geringer sein, wenn die Beitragserhöhung sich auf das ganze Reich erstreckt. Er wird aber größer und heftiger, wenn einzelne Bezirke den Beitrag selbständig erhöhen wollen, während die vielleicht günstiger gestellten Nachbarbezirke die niedrigeren Sätze beibehalten. Die Gelegenheit einer Neufestsetzung des Statuts sollte nicht vorübergehen, ohne daß eine einheitliche Regelung des Statuts erfolgt. Dazu ist der bisher in einer Reihe von Wahlkreisen gezahlte Wochenbeitrag der geeignete Durchschnittssatz, der vom Parteitag allen Wahlkreisen zur Pflicht gemacht werden sollte. Was in den ländlichen Kreisen des Regierungsbezirks Magdeburg durchführbar ist, wird auch ohne besondere Schwierigkeiten in anderen Kreisen durchgeführt werden können, sobald der Parteitag als oberste Parteinstanz es für nötig findet. Ist diese Regelung hinausgeschoben, heißt nichts anderes, als daß die Beitragsfrage in wenigen Jahren wieder auf der Tagesordnung erscheint und aufs neue eine Revision des Parteistatuts erforderlich macht.

Eine weitere Bestimmung, die uns sehr bedenklich erscheint, ist die, daß den Genossinnen die „Gleichheit“ gratis geliefert werden soll. Daß den weiblichen Mitgliedern einige Sonderrechte eingeräumt werden — zum Beispiel die obligatorische Vertretung im Vorstand und die möglichste Beteiligung an Delegationen — entspricht zwar nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Parteigenossen, kann aber aus praktischen Gründen unumwunden bleiben. Anders liegt es aber mit der unentgeltlichen Gewährung von Zeitschriften. Dies ist ein ganz neues Moment, das die Kommission in das Statut eingefügt hat und von dem wir mit sicher sehr vielen Parteigenossen wünschen, daß es daraus wieder entfernt werde. Man stelle sich einmal vor, daß das Parteistatut bestimmen würde, die Organisation hätte jedem Mitglied die „Neue Zeit“ oder die „Monatshefte“ oder die „Kommunale Praxis“ unentgeltlich für den bisherigen Beitrag zu liefern! Es ist klar, daß die Mittel der Organisation für ihre Zwecke nicht im geringsten ausreichen würden.

Ganz ähnlich liegt es mit der Lieferung der „Gleichheit“. Um das Verfehlen dieser Bestimmung herzumachen, sei auf ihre finanziellen Wirkungen an dem Beispiel der Magdeburger Parteiorganisation hingewiesen. Jedes weibliche Mitglied zahlt wöchentlich 5 Pf., vierteljährlich also 65 Pf. Davon sind zu entrichten 20 Proz. = 13 Pf. an den Parteivorstand, 10 Pf. an die Bezirksklasse. Es bleiben mithin nur 42 Pf. Für das Austragen der „Gleichheit“, die 14-tägig, im Vierteljahr also durchschnittlich 7mal erscheint und von den Genossinnen mit 5 Pf. pro Nummer besonders bezahlt wird, gewährt die Organisation eine Entschädigung von 1 1/2 Pf. pro Nummer, im Quartal also rund 10 Pf. Die Rechnung gestaltet sich demnach folgendermaßen: Vierteljährlicher Beitrag 65 Pf., davon ab 13+10+10=33 Pf., so daß 32 Pf. verbleiben, die von den Beiträgen der Genossinnen vierteljährlich in die Vereinskasse fließen. Würde die Organisation nun die Kosten des Abonnements, die gleiche Höhe vor-

ausgesetzt, tragen müssen, so würden 7x5=35 Pf. dafür aufzuwenden sein. Für jedes weibliche Mitglied hätte also die Kreisorganisation vierteljährlich mindestens 3 Pf. draufzuzahlen, die besonderen Kosten der besonderen Frauenagitation gar nicht gerechnet. Magdeburg hat dabei... den Wochenbeitrag, also 65 Pf. vierteljährlich. Bei dem vorgezeichneten Mindestbeitrag von nur 20 Pf. monatlich würde also die Summe, die die Organisation lediglich für die weiblichen Mitglieder zuzuzahlen hätte, noch größer. Die Genossinnen würden in den Büchern der Vereine figurieren, besondere Vorrechte genießen, aber zur Stärkung der finanziellen Kräfte des Kreisvereins tatsächlich nichts beitragen. Ob sich die Kommission dieses Rechenexempel aufgemacht hat, als sie eine solche Bestimmung in das Statut aufnahm, ist uns nicht bekannt. Wir nehmen aber an, daß das Ergebnis, wie wir es skizziert haben, nicht die Absicht der Kommission gewesen sein kann und daß deshalb die Parteioorganisationen, die sich ja mit dem Statut eingehend befassen werden, bevor es auf dem Parteitag seine Sanction erhält, diese Bestimmung zu entfernen trachten müssen.

Der neue Delegationsmodus (zum Parteitag) ist von dem Gesichtspunkte der Verhältniswahl nicht ganz vorgeschlagen, die ja in unserem Programm für alle öffentlichen Wahlen gefordert wird. Daß der vorgeschlagene Modus aber der Verhältnis- oder Proportionalwahl nicht ganz entspricht, leuchtet ein. Es hält natürlich schwer, ein besseres Verhältniswahlsystem in Vorschlag zu bringen, solange an dem Delegationsrecht des Kreises festgehalten und nicht in größeren Organisationseinheiten die Listenwahl eingeführt wird, die Berücksichtigung auch der Minderheiten garantieren müßte. Solange aber die Kreisorganisation als die organisatorische Grundlage gilt, kann man die Meinung hegen, daß man die Rechte der Kreisorganisationen als Einheit auch gleich gestalten sollte.

Einige Parteiblätter verlangen energisch, daß die Reichstagsabgeordneten nicht mehr ohne weiteres Mandat auf dem Parteitag Sitz und Stimme haben sollten. Die Fraktion könnte sich durch eine Deputation vertreten lassen und die übrigen Abgeordneten könnten sich von ihren Wahlkreisen delegieren lassen. Diese Frage hat schon mehrere Parteitage beschäftigt, ist jedoch immer dahin entschieden worden, daß den Reichstagsabgeordneten das Recht, mitzuberaten und mitzustimmen, gewahrt bleibe. Wir sehen auch keinen Grund, davon jetzt abzuweichen. Daß einmal die Fraktion den Parteitag überstimmen könnte, ist in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu erwarten, erstens, weil ihre Zahl nicht ausreicht sein wird und zweitens, weil ein so tiefer Zwiespalt zwischen den Erwählten und ihren Wählern kaum überhaupt eintreten wird. Wenn aber der Abgeordnete auf die Delegation angewiesen ist, so leidet darunter höchstens die Zusammenkunft des Parteitages überhaupt. Denn nicht wenige Wahlkreise würden aus Courtoisie zunächst ihren Abgeordneten delegieren, um ihm Gelegenheit zu geben, auch persönlich auf dem Parteitag die Richtlinien für die Fraktionspolitik bestimmen zu helfen. Infolge der Abstufung der Delegiertenzahl oder auch aus finanziellen Gründen wird von einer weiteren Delegation abgesehen werden, aber entsprechend dem Statut der zweite Delegierte eine Genossin sein, so daß also das Gegenteil dessen erreicht wäre, was die Genossen, die solche Vorschläge machen, erreichen wollen: die Zahl der Abgeordneten auf den Parteitagen bliebe dieselbe, nur die Zahl der aus dem Lande delegierten tätigen Parteigenossen würde darunter leiden.

Als neuer Ausschlussgrund soll gelten, wenn ein Parteigenosse „wiederholt in bewusster Weise die Parteinteressen schädigt“. Mit der Tendenz dieser Bestimmung wird man sich einverstanden erklären können. Doch scheint der Ausdruck viel zu

dehnbar. Und Kautschukbestimmungen hat unsere Partei in bürgerlichen Gesehen stets aufs schärfste bekämpft. Man sollte also auch hier eine bestimmtere Fassung suchen, um nicht später unliebsame „Auslegungen“ zu erleben. . . .

„Königsberger Volkszeitung“:

... Gefallen will uns nicht die Bestimmung, daß der Mindestbeitrag für Frauen 20 Pf. betragen soll, und daß dann den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert werden soll. Dann bleibt nämlich von diesen Beiträgen den Organisationen so gut wie gar nichts übrig, und es ist auch schämerer, Frauen für die Organisationen zu gewinnen. Man lasse es also bei dem bisherigen Zustand. Bei einem Beitrag von 10 Pf. pro Monat sind die Frauen eher geneigt, unseren Vereinen beizutreten. Wer daneben die „Gleichheit“ lesen will, möge sie abonnieren. Es hat sich gezeigt, daß die Zahl der Abonnenten dieser Zeitschrift unter den bisherigen Verhältnissen wesentlich in die Höhe gegangen ist und auch weiter steigen wird. Später, wenn wir eine große Zahl von Frauen in den Vereinen haben, kann eher die Frage erwogen werden, ob es nicht zweckmäßig ist, die „Gleichheit“ den weiblichen Mitgliedern unentgeltlich zu liefern. Wir nehmen an, daß der Parteitag diese Bestimmung streichen wird.

Man will... allen Wahlkreisen bis 1500 Mitgliedern einen Delegierten zugeteilt. Die Delegationskosten sollen aber nach wie vor die Wahlkreise selbst tragen. Finanziell schlecht gestellte Wahlkreise werden also weiter auf dem Parteitag nicht vertreten sein. Das ist zweifellos ein Mißstand, der beseitigt werden könnte und auch beseitigt werden mußte, indem die Delegationskosten von der Hauptkasse getragen werden. Um diese nicht zu belasten, müßte jedes Jahr ein Extrabeitrag von 10 Pf. pro Mitglied erhoben werden. Dadurch würden die Unkosten reichlich gedeckt werden. Es gibt also Mittel und Wege, um auch den zurückgebliebenen Kreisen eine Vertretung auf dem Parteitag zu sichern. Natürlich kann nicht jedem Kreise dieses Recht eingeräumt werden. Der Wahlkreis, der einen Delegierten wählen kann, müßte wenigstens einige hundert Mitglieder haben. Die Kreise mit den großen und sehr großen Mitgliedszahlen müßten dementsprechend mehr Delegierte entsenden können, wie ja das auch der Entwurf des Organisationsstatuts vorsieht.

Akzeptiert der Parteitag aber die Vorschläge der Kommission, so erhalten die Großstädte bei weitem das Übergewicht, während die kleineren Orte, die „rückständigen Provinzen“, nach wie vor benachteiligt werden.

Unser Vorschlag dagegen würde dem demokratischen Prinzip entsprechen und somit im Interesse der Gesamtpartei liegen. Die Großstädte, die das Rückgrat der Partei sind, sollen ja sowieso mehr Einfluß auf die Parteitage erhalten, was nur zu billig ist. Nur muß auch den kleinen schwächeren Wahlkreisen die Möglichkeit gewährt werden, sich auf dem Parteitag vertreten zu lassen. Hoffentlich steht gerade über diesen Punkt eine rege Diskussion ein. Völlig veraltet ist das Privileg der Reichstagsabgeordneten, das darin besteht, daß ihnen ohne weiteres Sitz und Stimme auf den Parteitagen eingeräumt wird. Wenn sie auch in gewissen Fragen nur eine beratende Stimme haben, so besitzen sie andererseits doch in wichtigen Angelegenheiten das Stimmrecht und machen von ihm auch reichlich Gebrauch.

Wir sind eine demokratische Partei und gegen alle Vorrechte in jeder Gestalt. Deshalb können wir auch der Reichstagsfraktion ihr bisheriges Privileg nicht zugestehen und erwarten, daß es vom Parteitag beseitigt wird. Früher als die Partei noch klein war, mag dieses Vorrecht eine gewisse Berechtigung gehabt haben, heute ist es veraltet und muß fallen.



BERLIN S Oranienplatz
R. M. MAASSEN
Deutschlands größtes Spezial-Haus für Damen- und Kinder-Konfektion

Moderne Jackettkostüme

Empire- und Directoire-Fassons in den neuesten Stoffen und Farben

M. 29, 35, 42, 48 bis 250

Schwarze und farbige Mieder-Röcke

vom einfachsten bis zum elegantesten Genre

M. 11, 15, 21, 28 bis 90

- Übergangs-Paletots
- Abend-Mäntel
- Mädchen-Konfektion
- Prinzess-Kleider
- Blusen-Jupons
- Knaben-Konfektion

Unerreichte Auswahl

- „Zaza“ Jackett-Kostüm m. Seidenweste u. reich. Verschnürung i. pr. Homespunne-Cheviot M. 39 In blau Tuch, Jacke auf Seidenfutter M. 55
- „Vera“ Jackett-Kostüm aus prima blauem Kammgarn-Cheviot mit Tuchweste, Jacke auf Seidenfutter M. 36 In prima Tuch M. 48
- „Griselda“ Jackett-Kostüm aus ganz feinem Cotelé, Jacke und Rock mit Seidenverschnürung, Jacke auf Seide M. 54

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhne.
Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr: 11. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: **Rabagas.**

Nachmittags 3 Uhr: im Herrnsfeld-Theater (Rummern der Karten 4801-5600): **Der Probefandbat.**

Montag, den 15. März, abends 8 Uhr: 15. IV. Abendaufteilung im Neuen Schauspielhaus: **Der Diamant und Der gebrochene Steng.**

Neue Freie Volkshöhne. Am Sonntag, 14. März, nachmittags 2 1/2 Uhr: im Deutschen Theater: **Die Vögelin;** in den Kammertheatern: **Der Graf von Gleichen;** im Neuen Theater: **Der Schwarzküchler;** im Silberhühner; im Neuen Operetten-Theater: **Das verarmte Schloß;** im Berliner Theater: **Barcel Turasse;** im Hebbel-Theater: **Erde;** im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: **Schlagende Wetter;** im Schiller-Theater O.: **Ein Volksfeind;** im Schiller-Theater Charlottenburg: **Julius Cäsar.**

Lessing-Theater.

Sonntag 3 Uhr: **Hedda Gabler.**
Abends 8 Uhr: **Grisolda.**
Montag 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

Hebbel-Theater

Rönniger Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:
Einer von unsre Leut'.
Nachm. 3 Uhr: **Barcel Turasse.**

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Laterne
(Passe-partout).

Montag: **Die fremde Frau.**
Dienstag: **Die Laterne.**

Theater des Westens.

Abend 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Gente nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Ein Weltertraum.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. 3 Uhr: **Das vorwachsene Schloß.**
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Residenz-Theater.

Direktion: **Richard Alexander.**
Abends 8 Uhr:
„Kommere dich um Amelle.“

Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: **Die selbe Vorstellung.**
Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr:
Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.

Nachmittags 3 Uhr:
Das Mädchen auf Irrewegen.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.

Mein Leopold.

Montag: **Der Störenfried und Die Dienstboten.**
Dienstag: **Mein Leopold.**
Mittwoch: **Wie früh um fünf.**
Donnerstag: **Mein Leopold.**
Freitag: **Mein Leopold.**
Sonnabend: **Mein Leopold.**
Sonnabend: **Mein Leopold.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr:
Schlagende Wetter.
Abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montag: **Rean.**

Lustspielhaus.

Nachm. 3 Uhr: **Die glücklichste Zeit.**
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

DERNHARD ROSE THEATER

Or. Frankfurter Str. 182.
Abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Sonnabendspreise.
Nachm. 3 Uhr zu halben Preisen
Die Ränder.

Neue Welt

Hosenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Bockfest.
Baron Muckia Bauernkapelle.
Original-Garmisch-Partenkirchen
Sänger und Schuplatzer.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Sensationelle Prämierungen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 30 Pf.

Walhalla

Weimbergsweg 19-20, Rosenthal.
Heute 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr, 11. Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das vollständigste interessante
März-Programm.
Zum Tummel: Jap. Blumenfest, Regl-
mentstanz, Theaterfest, etc. etc.

Passage-Panoptikum.

Sum ersten Male in Berlin!
die Amazonen-Königin
mit ihrer
wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
das Opfer unbarmherz. Tötungen.
Alles ohne Extra-Entree.
Papuss
der Mann
in der Flasche!
10 Tage und 10 Nächte
aufregend in seinem
glühenden Gesangs.
Tag u. Nacht zu sehen!

Passage-Theater.

Heute 2 Vorstellungen.
Nachm. 3-7: **Kleine Preise.**
Abends 8-11 Uhr.
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Révue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Schultz.
Hassary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Piann - Thielscher.

Apollo Theater

Nachm. 3 1/2 Uhr! **Kleine Preise!**
Familien-Vorstellung:
Onkel Casimir
und das gr. Attraktions-Prgr.
Abends 8 Uhr: **Elite-Vorstellung.**
Der junge Mann.
10 Uhr: **Alice Norton**
Dazu: **Die März-Spezialitäten.**

WINTERGARTEN

Heute 2 Vorstellungen!
Anfang 3 1/2 Uhr: **Kleine Preise.**
Anfang 8 Uhr: **gewöhnl. Preise.**
Robert Steidl
Liane de Vriès
sowie
die hervorragenden Kunstkräfte
des März-Programms!

Folies Caprice

Rur noch einige Tage!
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Mittwoch, 17. März: **Premiere**

Casino-Theater

Dehlinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Freitag, den 2. April:
Rubland.
Sonnabend, den 3. April:
Zum erstenmal: **Ackermann.**
Sonntag 4 Uhr: **Winter Gräber.**

Walhalla

Heute 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr, 11. Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das vollständigste interessante
März-Programm.
Zum Tummel: Jap. Blumenfest, Regl-
mentstanz, Theaterfest, etc. etc.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.
Montag 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.

Berliner Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-Verein

Sonntag, den 14. März 1909.
Im großen Saale der „Neuen Arminhallen“,
Kommandantenstraße 56/59:

18. Stiftungs-Fest

Konzert x Humor. Vorträge x Theater x Tanz.
Mitwirkende: Berliner Uk-Trio u. a. m.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. I. A.: Ernst Gerlach, Waldemarstr. 48.

Berliner Volks-Chor

Dirigent Dr. E. Zander.
Montag, 22. März, abends 8 1/2 Uhr u.
Dienstag, 23. März, abends 8 1/2 Uhr:
im Konzertsaal der
Brauerei Friedrichshain

Händel: „Acis und Galatea“.

Bach: „Der zufriedengestellte Aeolus“.
Mitwirkende: Frau Hedwig Marck (Sopran), Frä. Martha Dohmow (Alt), Willi Schmidt (Tenor), kgl. Hofopernsänger Friedrich Plaschke (Baß), Professor Dr. Seiffert (Cembalo), Walter Fischer (Orgel), das Neue Tonkünstler-Orchester, der Berliner Volks-Chor.
Vorverk. 70 Pf. inkl. Garderobe. Kasseneröffnung 7 Uhr. Abendkasse 1 M.
Billets und Texte sind zu haben bei: E. Beyer, Veteranenstr. 11; Bielefeld, Gräferstr. 35; Bobsien, Kommandantenstr. 63; Brinkmeyer, Alexandrinenstr. 25; Böttger, Zossener Str. 30; Skalitzer Str. 107; Fischer, Veteranenstr. 6; Heinrich, Wrangelstr. 107; Rixdorf, Münchener Str. 19; Henze, Petersburger Str. 34; Horsch, Engelufer 15; Haase, Neue Königstr. 89; Ihm, Wrangelstr. 55; Niemyer, Weberstraße 19; Reichardt, Am Friedrichshain 34; Roloff, Wörther Str. 31; Rühle, Moritzplatz; Schulz, Admiralstr. 40a; Neidhardt, Görtzstr. 58; Schrolle, Landwehrstr. 3 u. Zorndorfer Str. 59; Sommerfeld & Co., Rosenthaler Str. 51; Stahlberg, Großbeerstr. 27; Vogel, Koppentstraße 82; Lortzingstr. 37; Weibnachs, Grünstr. 21; Kroll, Neue Königstraße 84; Knöpfel, Königsberger Str. 11; Buschow, Greifswalder Straße 9; Tabakarbeiter-Genossenschaft: Köpenicker Str. 30a, Theaterstraße 18, Koppenhagen Str. 2, Fehmarnstr. 8, Putzstr. 15, Schweinmünder Str. 66, Petersburger Str. 5, Kopernikusstr. 11; Partespedition, Immanuelkirchstr. 13; Brauerei Friedrichshain und in allen mit Plakaten belegten Handlungen.

CASTAN'S PANOPTIKUM

Friedrichstr. 165 (Pachorrpalast).
Täglich: 7 Uhr abends:
◆ **Humoristische Künstler-Abende.** ◆
Hervorragendes Programm. Sonntags: 2 Vorstellungen.
Neu! **Max Dom Bischof** Neu!
Anführer der 50 Fremdenlegionäre.

Achtung!

Sonntag, den 14. März: **Achtung!**
Auf nach Baumschulenweg
in Wilhelm Erbes Familien-Restaurant,
unter Mitwirkung des oberbayerischen
Höher-Duett „Alpenblume“.
W. Erbe.
Hierzu ladet freundlich ein

Schwarzer Adler

Friedrichsberg Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Inh.: Gehr. Arnhold. Fernsprecher Friedrichsberg No 8.
Stadtbahnstation Frankfurter Allee. Jeden Sonntag:
Große Tanz-Reunion.

Große Tanz-Reunion.

◆ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendisch. ◆
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher
Auswahl zu sol. Preisen. Gr. Fremdenlogis à Bett 40 Pf.
2 Vereinskammern (20 u. 60 Pers.) Telef. Amt IV 2900.
Ritterstraße Nr. 123.

Andreas-Festsäle.

Inh.: H. Borgmann. Andreasstr. 21. Telef.: 13588.
Allen Freunden und Bekannten sowie Gemeinschaften und Vereinen zur Kenntnisnahme, daß ich das Lokal von **Fritz Walter** übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste stets zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen und bitte ich um gerechten Zuspruch.
Große Theaterbühne steht den Vereinen zur Verfügung. — Noch frei: Karfreitag, 2. Osterfesttag sowie einige Sonnabende und Sonntage.
Hochachtungsvoll
H. Borgmann.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Dönhof.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochentl. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erst-
klassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitag-
Kinetograph.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 125. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Städt-Theater Moabit.

Grüfter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
Sonntag, den 14. März 1909:
Winter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Wieser.
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 15. März: **Solree** der
Leitigen Sänger.

Der geprellte Rechtsanwält

Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Palast-Theater

W. Noacks Theater
 Direction: Rob. Dill. Baumstr. 16.
 Wochentagspreise! Entree 30 Pf.
Die Geier-Wally.
 Charaktergemälde a. d. Bauernleben.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Montag und folgende Tage: Die Geier-Wally.

Germania-Prachtsäle.
 Carl Richter.
 Chausseest. 110. Chausseest. 110.

Jeden Sonntag:
Paul Mantheys
 lustige Sänger
 (ehem. D. Steibls
 Hamb. Sänger)

Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger
 und Frei-Tanz.
 Vorzugsarten gelten.

Markgrafen-Säle
 Markgrafendamm 34. Amt VII 4277
 Int. Hermann Scholtz.
 Jeden Sonntag:
Gr. Ball.
 Säle für 100-1000 Personen zu
 Festlichkeiten und Versammlungen.
 2 Kegelbahnen.

Alhambra
 Ballner-Theaterstraße 15.
 Jeden Sonntag:
Großer Ball
 Großes Orchester. Anfang Sonntag
 9 Uhr. A. Zamiatat.

DAMM's Volkspark - Theater
 über Dietz,
 Landsberger Allee 76/77
 vis-à-vis Bahnhof Landsberger Allee.
 Sonntag, Tanzvergnügen. Anf. 4 Uhr.
 14. März, Tanzvergnügen. Entree frei

Café Meyer
 Dresdener Str. 129/129.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunk. 10 Pf.
 ca. 50 Zeitungen; 2 Billards etc. 40 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Arnold Schyia
 Schankwitz, Berlin N., Wälder 11/12.
 Gut gepflegte Biere, Brühbier,
 Mittag- u. Abendbrot. Solide Preise.

Hüten Sie sich
 vor wertlosen Nachahmungen der Salem Aleikum-Zigaretten. Der Firmen-Druck wird täuschend nachgeahmt. Salem Aleikum-Zigaretten sind nur echt mit Firma auf jeder Zigarette-Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik „Venidze“ (Inhaber: Hugo Zietz), Dresden.
 Salem Aleikum-Zigaretten sind vollwertig. Ersatz für die durch die Zigarettensteuer erheblich verteuerten ausländischen Zigaretten-Fabrikate. Keine Ausstattung, nur Qualität.
 Nr. 3 4 5 6 8 10 das
 Preis: 8 1/2 4 5 6 8 10 Pf. Stück
 47/39

1000 wertvolle Geschenke
 für die Leser dieser Zeitung. Jeder, der bei uns einen 10 Pf. Emaille-Eimer Delikatess-Pflaumenmus franko für M. 2.50, oder einen 10-Pf. Emaille-Eimer künstl. Honig franko für M. 3.25 oder 8 Pf. feinste Delikatess-Margarine franko für M. 5. - bestellt erhält ein wertvolles Geschenk. Keine Nebenkosten. Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser ausgesetzt sind. - Jeder Besteller erhält einen prakt. Gebrauchsgegenst. gratis.
 Versand-Gesellschaft
 Magdeburg 90 Postf. 164.

Direkt an den Bahnhof
Seegefeld
 1. Station hinter Spandau, Hochwald u. Landparadies, Gassan u. Wälder, nordw. 15 St. Jungfernheide
 20 Pf. Tour.
 Umwelt Döberitzer Heerstraße.
 □ R. von 10 M. an.
 Verkaufsst. ab-n-als 85f.
Kieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 16.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonnabend, den 20. März 1909: 225/11*
Feier des 20jährigen Bestehens
 im Palast-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße.

:: Konzert :: Spezialitäten :: Theater ::
Festrede :: Massengesänge ausgeführt von Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes.

Anfang abends 8 Uhr. ♦ Eintrittskarte 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Dixin

Verbessertes im Gebrauch billigstes Seifenpulver.
 Erleichtert bedeutend das Waschen und ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu gebrauchen. Ueberall erhältlich. Paket 25 Pf. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich. Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Gneisenastraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.** Kassa und Teilzahlung.
 Beste Bezugsquelle!
Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark
 Uhren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musik-Instrumente.
 Bilder, Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Plüschdecken, Läuferstoffe usw.
Jahre & König,
 Warschauer Str. 68, Reinickendorfer Str. 101, Gödenstr. 19.

Fehlt Ihnen etwas?
 für die neue Wohnung,
 so gehen Sie rechtzeitig in unser Spezial-Haus. Dort finden Sie gr. Partie-Posten:
 Teppiche v. M. 4.50, 8, 15.00, 24, 30, 45 usw.
 Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5.00, 7.50, 9.00, 12 usw.
 Portieren v. M. 6.00, 6.75, 9.00, 11.50 usw.
 sowie Steppdecken, Tisch- u. Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
 bis **40%** im Preise herabgesetzt.
Teppichhaus Adler
 Königsstrasse 20-21, u. C. Jüdenstraße.

Täglich neue Frühjahrs-
ostüme
 schicke, vornehme Fassons.
Elegante Jacken-Kleider
 Empire, Directoire, mit Niederrock und langen Paletots, mit eleganter Westengarnierung, aus neuesten Stoffen, Cottelé, Homespun, Kammgarn, Tuch und englischen Stoffen in den modernsten Farben, 24, 30, 36, 45 Mk.
Französische Kleider
 Nur eigene Konfektion mit erstklassigen Zutaten, moderne Formen 20, 30, 40 u.
2000 Kostümröcke
 Faltenrock, mit Tailet- oder Sammetblende, prima Satintuch, schwarz und farbig 9.50 M., garniert 7, 9, 12, 15 M., knasfrei, dauerhafte englische Stoffe 3, 6, 8, 10 M.
 Elegante Miederöcke mit reicher Bandschleife 18.50 M.
Uebergangs-Paletots
 anliegend, halb-anliegend und lose, aus modernen englischen Diagonal- und Kammgarnstoffen 7, 9, 10, 12, 15, 18, 20 M.
 Gämtl. Konfektion auch f. starke Damen stets vorrätig
Golfjacken von 8.25 M. an.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandanten-, Ecke Lindenstr. 12 Schaufenster. 2 Häuser vom Dönhofsplatz. Sonntags geöffnet.

S. KALISKI
 Metallbettstellen für Erwachsene und Kinder.
 Singer A 75⁰⁰ Kleiststrasse 21 Frankfurt Str. 113
 Pfaff, Neumann, Adler Brunnenstr. 113 Oranienstrasse 2a
 Näh- u. Sticker- Chausseest. 80 Bellealliancestr. 101.
 richti gratis Brunnenstr. 95 Besselerstrasse 15
 Spandau, Havelstr. 39.
 Teilzahlung gestattet; bei grösseren Raten Cassapreise. Brennabor- u. and. Fabr. Sportwagen.

Möbel
 ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
 Berlin SW., Simeonstrasse 19,
 Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste an der Alten Jakobstraße.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72:
 Vortrag des Herrn Weis, Redakteur des „Stuttgarter Arbeiter“:
Die moderne Anstandsposse als Geschmacksverderber. Diskussion.
 Gäste willkommen. Der Vorstand.
 Allen Freunden und Bekannten sowie Vereinen und Gewerkschaften zur Nachricht, daß ich Neue Gohstraße 49 eine Restauration übernommen habe. Vereinszimmer für 60 Personen ist zu vergeben. Gleichzeitig ist eine heizbare Kegelbahn noch einige Tage frei.
 Um gütigen Zuspruch bitte!
Reinhold Leskau,
 Neue Gohstraße 49. 14356

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
 Quarstraße der Rosenthaler Straße am Hackeschen Markt
 Inhaber: Paul Baatz
 empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vorträgen- u. Kunstausstellungen usw. Vergütg. Musik. Anlauf. Entgegenkommen.

Achtung! Achtung!
Gewerkschaften! Vereine!
Dietrichs Festsäle, Dresdener Straße 116
 sind von jetzt ab neu zu vergeben. Alle Tage frei! Vereinszimmer, 20-200 Personen; Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 4842*

„Zum Sporthaus“, Biegenhals bei Reuthen.
 Dampfer- und Bahnstation.
 Telefon: Amt Königs-Bücherhagen 175; Post Niederlehme.
 Empfehle mein herrlich am Crossinsee und Hochwald gelegenes Lokal den werten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften zu Ausflügen und Dampferausflügen. 2162*
 Zwei große Säle, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen.
 Desgleichen empfehle mein Restaurant mit Dekoration und Saal-gehöft in Berlin N. 53, Fontane-Promenade 18, Ecke Bismarckstr. Tel.: Amt IV, 173
„Zum Leuchtturm“ Tel.: Amt IV, 173
 Vereinszimmer und Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen. Anmeldungen für Partien nach Biegenhals nehme auch hier entgegen. Küstungsvoll N. Mörschel.

10 000 Mark Strafe
 bei der Deutschen Bank deponiert, verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht streng reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgesehen, eleganten **Maß-Anzüge und Paletots** ab, welche wir **33 1/3 bis 50%** unter Preis abgeben, damit unsere guten Sachen nicht den Ramschern zum Opfer fallen. Infolge unseres ausgedehnten Versandgeschäftes hat sich wieder ein großer Posten angesammelt, so daß jeder etwas nach seinem Geschmack findet. Andere Waren kommen mit zum Verkauf. **Kein Kaufzwang**, unbehelligtes Aussehen.
Gebr. Heinemann, Behrensstraße 26 a, 2 Tr., kein Laden
 Ecke Friedrichstraße,
 Geschäftszeit: 8-8. - Sonn- und Feiertags geöffnet.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
 in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegen, billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Triemer Straße, Mühl-Strasse, Hoßländer- und Thuner Straße.

CREDIT AN ALLE
Wilfulm Wipf
 Frilzgeflügel-Großhandl. Gr. Sonnenstr. 26
NUR MÖBEL

KLEINE KIOS
 Beliebteste 2 1/2 Pfg. Cigarette
 Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Kredit. Möbel auf Teilzahlung
 bei aller kleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58** und Arbeitslosigkeit.

in 1 Minute erreichen Sie durch Clio
 ges. gesch. 36 792
Chemisches Lederpräparat
Doppelte Haltbarkeit Ihrer Schuhsohlen und Absätze.
Bester Schutz gegen Nässe.
 Preis pro Flasche **10 Pf.** Ueberall käuflich.
 Alleinige Fabrikanten A. M. Riedel & Co., Chemische Werke, Charlottenburg 6, Oranienstraße 11. Fernspr. Charl. 2051. 234L*

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — Soweit Vorrat:

Versand nach auswärts erfolgt prompt.

Diese Woche — Soweit Vorrat

Grosser Handschuh-Verkauf

Wir bringen bei unserem großen Frühjahrs-Handschuh-Angebot nur extra für uns angefertigte Waren zum Verkauf, die in bewährtesten Fabriken nach unseren Angaben hergestellt und in Bezug auf Schnitt und Konfektion vollständig regulär sind

Deutsche Fabrikate

Französische Fabrikate

- Damen-Glacés, Lammleder** 85 Pf.
2 Druckknöpfe, farbig, weiss und schwarz
- Damen-Glacés** Lammleder, 2 Druckknöpfe, farbig, schwarz und weiss 1²⁵
- Damen-Glacés, Ziegenleder** 1⁸⁵
2 Druckknöpfe, farbig und schwarz
- Spezial-Marke „Venus“** aus prima Lammleder, mit eingestepptem Daumen, äusserst haltbarer und gut-sitzender Handschuh, 2 Druckknöpfe 1⁹⁵
- Spezial-Marke „Grazie“** aus bestem Ziegenleder, elegant sitzend, bewährte feine Qualität, 3 Druckknöpfe 2⁹⁰

- Damen-Schwedisch** Leder mit 3 und 4 Knöpfen farbig, weiss und schwarz 95 Pf.
- Damen-Waschleder** in gelb, braun u. grau aus Lammleder m. 2 Knöpf. 1²⁵
- Damen-Suèdes** aus Ziegen- oder Lammleder, sortierte Qualität, 3 Perimuttknöpfe, farbig, weiss u. schwarz 1⁴⁵
- Damen-Suèdes** aus Ia. Ziegenleder, erstklassiges Erzeugnis, 3 Perimuttknöpfe 2⁹⁰
- Lange Mousquetaires** 8 und 10 Knopflänge, Ziegen- und Lammleder-Suèdes, französisches Fabrikat, farbig, schwarz und weiss 1⁷⁵

- Herren-Glacés** aus Lammleder, unsortierte Qualität 1 Druckknopf 95 Pf.
- Herren-Nappa-Durchfärber** ganz gesteppt 1 Druckknopf 1⁴⁵

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülfen Berlins.
Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins, sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

Jetzt: Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 q-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Zurückgesetzte Möbel, auch einzelne Stücke, werden bedeutend billiger ausverkauft.

Dr. Lohmann's
Chem. Edelseife

Fix und Fertig

Paket 25 u. 50 Pf. wäscht selber nur durch einmaliges Kochen schnellweiss. Oberall zu haben!
Chem. Fabrik Schöneberg-Berlin Höppler & Co. G. m. b. H.

Goldisanschmuck

besten Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14kar. Goldauflage, 10jährige urkundliche Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. — Elegante Original-Etuis. — Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Möbel- und Polsterwaren

reell, zu soliden Preisen empfiehlt

H. Strelow, Tischlermeister.

Eigene Werkstatt im Hause. — Gegründet 1890. 427L*
RINDORF, Richardstr. 116, am Denkmal.

MÖBEL

Polsterwaren, Kompl. Wohnungs- u. Küchen-Einrichtungen, Herren- und Damen-Garderobe, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinea, Portieren, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen

AUF KREDIT

an jedermann eventuell ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung
Möbel- und Waren-Kredit-Haus
Alte Schönhauserstr. 3 (am Tor)

S. DORN

Seltene Gelegenheit!

1500 große doppelseitige Platten statt M. 3 jetzt . . . M. 1.35



Bestes Fabrikat!

mit 5 großen Platten M. 15.—

Phonographen-Katz

Andreasstraße

Rosenthaler Straße 24

Ecke Blumenstraße

Ecke Gipsstraße

Dircksenstraße 20, direkt am Bahnhof Alexanderplatz.

Einmaliges Angebot! 2 Millionen Ia. Stahlnadeln Fehlerfreie Ware! Kein Ausschub!

Nur solange Vorrat. habe ich durch ganz besondere Gelegenheit sehr billig erstanden. — Ich biete dieselben jedem zur Hälfte des bisherigen Preises an.

- 950,000 Ia. Stahl-Nadeln** früher M. 1.00 jetzt pro 1000 Stück nur 45 Pf.
(Preis für 200 Stück 15 Pf.)
- 780,000 Ia. Spaten-Nadeln** früher M. 3.00 jetzt pro 1000 Stück nur M. 1.48
(Preis für 200 Stück 35 Pf.)
- 215,000 Ia. Doppelton-Nadeln** früher M. 4.00 jetzt pro 1000 Stück nur M. 1.85
(Preis für 200 Stück 45 Pf.)

Ein großer Posten 25 cm große doppelseitige Platten 1.35
Bestes Fabrikat! Nur Schlager! früher M. 3.00 jetzt M. 1.—

Jeder Grammophon-Besitzer, welcher mir seine Adresse einsondet, erhält 200 Nadeln als Muster gratis.

„Gefängnis-Konkurrenz“.

Die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand — das Handwerk! heißt es ja seit Jahrzehnten und eifrig sind unsere Behörden bemüht, diese Schauermär weiterzuerweitern. Scheinheilig erweitert man von Zeit zu Zeit auch die — Gewerbeordnung, um das sinkende Kleinhandwerk wieder aufzurichten, man schuf die neue Innungsverordnung, läßt ihnen die Spielerei der Gesellen, Lehrlings- und Meisterprüfungen, läßt sie neue Innungskrankenkassen errichten, die nicht leben und nicht sterben können, kurz, macht alles, um nach außen den Anschein zu erwecken, daß man das Handwerk wieder heben will. Das ist die Theorie. In der Praxis ist aber Vater Staat ganz anders. Als Unternehmer berücksichtigt er nur die Großindustrie bei Vergabung von Arbeiten oder schließt sich selbst deren Kartellen an, um die Preise in die Höhe zu treiben. Als „strafende Gerechtigkeit“ hat er auch die Gefängnisse zu verwalten und läßt neuerdings auch auf diesem Gebiete alle Hängel schiefen. Wohl lagen seit Jahren einzelne Branchen über die billige Zuchthaus- und Gefängnisarbeit, die ihnen große Konkurrenz machte. Diese Klagen wurden aber als „unridrig“ oder „bereingelt“ hingestellt. Neuerdings macht sich aber eine lebhaftere Bewegung der Buchbinder- und Kartonnagegeschäfte gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit bemerkbar. Seit Monaten ist z. B. der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinder“ mit Zuschriften aus Unternehmerkreisen gefüllt, die alle bittere Klagen über die Gefängnisarbeit führen. Der Bund Deutscher Buchbinderinnungen richtete eine neue Beschwerde an den Justizminister von Preußen, die wohl ferbil und „unteschänkt“ die Vorkänge in der Breslauer Gefängnisverwaltung schildert, doch Abhilfe verlangt. Sie tritt der Auffassung der Behörden entgegen, daß die Beschäftigung der Gefangenen in dem Unterfangungsgefängnis zu Breslau die kleinen Buchbinder nicht in erheblichem Umfange schädigt. Es heißt deshalb wörtlich: „Wir müssen dieser Auffassung Euer Ergeßens entschieden widersprechen, es beweisen das die uns aus allen Teilen der Monarchie zugehenden Klagen der kleinen und allerkleinsten Betriebe, die Konkurrenz der Gefangenen-Arbeiterklasse des Königl. Unterfangungsgefängnisses zu Breslau wird für die kleinen Buchbinder in der Provinz immer unerträglich. Gelingt es der Gefängnisverwaltung, den Buchbindern die Arbeit der Behörden wegzunehmen und gänzlich zu entziehen, so ist das Schicksal d. h. der Ruin der meisten kleinen Buchbinder besiegelt.“ Erwähnt wird ferner, daß neuerdings die Gefängnisverwaltungen an Behörden und Private ein Rundschreiben erlassen haben „und bitten um Erteilung von Aufträgen zu einem so schundmäßig billigen Preise, daß im freien Wettbewerb der Steuern zahlende Bürger unmöglich damit konkurrieren kann“. Mehr als 1000 Behörden liegen bereits im Gefängnis arbeiten und noch tausende würden folgen, weil ja beabsichtigt sei, die Buchbinderet noch bedeutend zu erweitern. „Wieviel kleine Buchbinder könnten von den Arbeiten dieser 1000 Behörden leben, aber für 60 Pf. Tagelohn und die Materialkosten kann der kleine Buchbinder allerdings nicht leben, und „frei durch Ablösung“ kann er seine Arbeiten auch nicht abliefern.“ Zum Schluß wird in der Eingabe dann noch auf die kaiserlichen Weisungen verwiesen und die Bitte vorgetragen, doch keine Ausbehnung der Gefängnisarbeiten vorzunehmen.

In weiteren Zuschriften aus Arbeiterkreisen wird auf die weiteren Gefahren hingewiesen, daß der „Feind Gefängnis“ gleich einem Volypen seine Fangarme nach den Volks- und Wanderbibliotheken ausstreckt, um das Buchbinderhandwerk zu erdrücken. Abgebrudt werden ferner die Zirkulare der Gefängnisverwaltungen,

welche erklären, daß ihre Buchbinderetien von „erfahrenen Fachmännern geleitet, gediegene und hochgefäße Arbeit geliefert“ würde. Am Schluß einer solchen Empfehlung heißt es dann: „Zum Beispiel stellt sich erfahrungsgemäß das Einbinden einschließlich Materialien des Justizministerialblattes auf 70 Pf., Preussische Gesetzsammlung auf 60 Pf., Amtsblatt auf 80 Pf., Reichs-Gesetzblatt auf 1 M. Der Versand erfolgt frei.“ Auf alle Jammerrufe kommt auch ein Spottvogel unter den Reistern, welcher höhnlisch ruft: „Der Buchbinder, der mit Lust und Liebe an seinem Handwerk hängt und es gern wieder einmal ausüben möchte, wird künftig am leichtesten im Gefängnis die ihm liebgewordene Arbeit finden“ . . .

Ein anderer Meister schildert, daß er im Jahre 1907 noch für 220 M. Arbeiten an die Justizbehörde seines Ortes, im Jahre 1908 aber nur noch für — 7,90 M. geliefert habe. Ein „geprüfter Meister“ schreibt, daß die Wandkalender, welche „seit her zum Ordinarpreis von 50 Pf. von ihm geliefert wurden“, jetzt vom Gefängnis für 7 Pf., sage und schreibe sieben Pfennig, bezogen werden.

Beweglich klagt ein Meister aus Siegburg, der seit 40 Jahren für das dortige Amtsgericht, wie auch für die Nebenorte die selbst nötigen Grundbücher zu binden hatte, über die Schundkonkurrenz der Gefängnisse. Er hatte z. B. für einen Band in Halb-Schweinsleder 12 M., in Halb-Moleskin 8,50 M. seither erhalten. „Bei der diesjährigen Nachfrage an den maßgebenden Stellen, wurde ein Schreiben vorgelegt, worin ausgeführt war, daß die Gefängnisverwaltung in Breslau diese Bücher zu 3,80 M. per Stück einbinde.“ Die Gefängnisverwaltung erhielt natürlich den Auftrag. Dann ertönt die bittere Klage: „Sehr oft hören wir, daß die Behörden dem Handwerk mit Wohlwollen entgegenkommen; wir bedauern, in dieser Praxis der Gefängnisverwaltung das gerade Gegenteil feststellen zu müssen. Wir wissen, wie kümmerlich sich der Handwerksmeister ernähren muß. Die Großindustrie nimmt ihm auch einen Artikel nach dem andern weg. Wir erinnern nur an das Einbinden der Schulbücher, welche jetzt vom Verleger gebunden geliefert werden — soll ihm auch noch die Behördenarbeit ganz entzogen werden?“ Erwähnt wird ferner: „Diese Konkurrenz ist nicht zu schlagen, denn es werden nur die Selbstkosten berechnet, ferner an Arbeitslohn nur 60 Pf. für den Tag gezahlt, während die Gesellen in Privatbetrieben einen Minimallohn von 3,30 M. erhalten müssen. In Kappin arbeiten die Gefangenen sogar für einen Tagelohn von 38 Pf. Für den einen der dortigen Bilderbogenfabrikanten sogar unter Nichtachtung der Sonntagruhe zum Schaden des anderen Fabrikanten, der gegen eine solche Konkurrenz nicht aufkommen kann.“

Nachdem noch die „Vereinigung Kassauischer Buchbinder und Schreibwarenhandl.“ ihr Klagebuch vorgetragen hatte, daß auch die Kassauischen Amtsperidte auf die Zirkulare der Gefängnisverwaltungen, welche „das Einbinden von Grundbüchern usw. zu wahren Schundpreisen empfahl“, sich jetzt der Gefängnisarbeit bedienen, wird hohersfreud der Bescheid des Oberstaatsanwalts in Breslau abgedruckt: „dem betreffenden Inspektionsbeamten, welcher die Offerte abgeschickt hatte, ist über seine Eigenmächtigkeit das ernste Mißfallen der vorgeordneten Behörde ausgesprochen und ihm ein für allemal verboten worden, ein derartiges Angebot zu machen“. Die aber die Preise jetzt festgesetzt sind, wird nicht berzraten, die braven Meister sind ja leicht zufrieden zu stellen. Jetzt jubeln sie über ihren „Erfolg“ und sind von der Rede des Konserbativen v. Mallevig vom 10. Dezember 1908 im Dreiklassenhaus ganz entzückt, weil er diese Frage angeschnitten hat und von „der bitteren Stimmung in Handwerkerkreisen“ sprach.

Um diese Stimmung noch zu „verbessern“, erläßt die Direktion

des Strafgefängnisses Frankfurt a. M. nachstehendes Zirkular, welches uns im Original vorliegt:

Königliche Direktion des Strafgefängnisses bei Frankfurt a. M.

Breungesheim, den . . . Februar 1909.

Im Strafgefängnis dahier ist zurzeit eine Anzahl von Gefangenen inhaftiert, welche vorteilhaft mit Kartonnagenarbeiten jeglicher Art beschäftigt werden könnten. Die erforderlichen Materialien würden durch das Anstaltsführerwerk abgeholt, die fertige Ware gleichfalls durch dasselbe zurückgebracht. Sollten Sie in der Lage und geneigt sein, eine derartige ständige Beschäftigung hier einzurichten, so werden Sie gebeten, baldmöglichst Nachricht hierher gelangen lassen zu wollen. Erforderlichenfalls könnte ein hiesiger Beamter zur näheren Rücksprache zu Ihnen kommen.“

Wie uns mitgeteilt wird, haben bereits einige Kartonnagenfabrikanten von diesem Auerbieten Gebrauch gemacht und „eine derartige ständige Beschäftigung“ im Strafgefängnis eingerichtet. Die Arbeiter werden entlassen! Dies veranlaßt den Buchbinderverband zu Protestversammlungen, in deren Einladung es heißt: „Kollegen und Kolleginnen! Bei allgemein schlechter Geschäftslage und vermindertem Absatz der preussischen Staat die Arbeitslosigkeit noch künstlich zu steigern. Schon jetzt ist in den einzelnen Betrieben das Personal bedeutend reduziert wegen Arbeitsmangel. Teilweise wird mehrere Stunden verkürzt gearbeitet. In einer Zeit, wo ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen mit Arbeitslosigkeit und Verdienstaussfall in erhöhtem Maße zu rechnen hat, solche Vorgänge, welche zweifellos dazu führen müssen, Not und Elend zu steigern! Das muß selbst die sonst so geduligen Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten Papierindustrie zur Empörung treiben.“

Die Arbeiter jammern nicht, sie protestieren gegen dieses System! Sie haben ja noch größeren Schaden als die Meister, sie werden arbeitslos.

Interessant ist es daher, daß auch die „Deutsche Kartonnagenzeitung“ gegen die „Zuchthausarbeit“ wettert; in allen Nummern jedoch folgendes Inserat bringt: „Rundschadsteln mit Vorstechrand maschinell herzustellen“ ermöglicht endlich unser neues patentiertes Verfahren. Es ersetzt vollkommen die Handarbeit, vereinfacht also die bei dieser Schadsteln bisher so schwierige Arbeiterfrage. Sächsishe Kartonnagenmaschinen A.-G.“

Man sieht, die Unternehmer finden über die Arbeiterfrage ebenso hinweg, als der Steuersucher Sydow!

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserversorgung, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 12. 3., seit 11. 3., and Wasserstand, am 12. 3., seit 11. 3. Lists various locations like Remel, ITH, Bregel, Ansternburg, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpegel. - *) Gistand.

Advertisement for JOSETTI JUNO CIGARETTEN. Includes an illustration of a hand holding a pack of cigarettes and the text: 'JOSETTI JUNO CIGARETTEN sind das Ergebnis langjähriger Bemühungen...'.

Large advertisement for Frühjahrs-Anzüge (Spring Suits) by Baer Sohn. Features a detailed illustration of a man in a suit and text: 'Frühjahrs-Anzüge. Viele Tausend Exemplare, vornehmster Moden und aparter Ausmusterungen...'.

Advertisement for Dürkopp bicycles. Includes the text: 'Dürkopp bestes Material vorzüglichste Arbeit eleganteste Ausstattung' and 'Dürkopp & Co., A.-G. Bielefeld.'.

Advertisement for Möbel- u. Waren-Kredithaus. Text: 'Möbel- u. Waren-Kredithaus Alexanderplatz-Passage, Alexanderstr. 39-40'.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 16. März cr., abends 8 Uhr:

5 große Volksversammlungen

in den Lokalen:

- Boeker, Weberstr. 17. Litfin, Memeler Str. 67.
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.
- Sanssouci, Kottbusser Str. 6. Urania, Wrangelstr. 10.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

- 1. Märzgedanken. 2. Diskussion.

Referenten sind die Reichstags-Abgeordneten Genossen Albrecht-Salbe-Wischerleben, Emmel-Wähnen, Eichhorn-Durich-Hörzheim, Hildenbrand-Stuttgart, Lehmann-Blessaden, 216/18* Der Clubreferent: Paul Hoffmann, Oppelner Str. 47.

6. Wahlkreis.

Dienstag, den 16. März 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Sieben öffentl. politische Versammlungen:

- Arndts Festsäle, Helfortter Straße 15. Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24
- F. Wilkes Festsäle, Grunnenstr. 188. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.
- Gebr. Cranz' Festsäle, Kösliner Str. 8. Berliner Bock-Brauerei (Abteil. II) Chausseestraße 64.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

„Die Frau im politischen Kampfe.“

Freie Diskussion.

Referentinnen: Regina Friedländer, Agnes Fahrenwald, Martha Jeczke, Anna Kiesel-Mesch, Berta Lungwitz, Mathilde Warm, Laise Zietz.

Für die Clubreferent: Th. Fischer, Radenstraße 6.

225/10*

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 14. März, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Straße 23:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Strobel über: Bilder aus dem Dreiklassenparlament.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Clubreferent: E. Ernst, Wöhlersstraße 9.

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Mittwoch, den 17. März, abends 8 Uhr, finden für Berlin und Umgegend in den nachstehenden Lokalen die

Bezirksitzungen statt.

- Bezirk Wedding bei Hoffmann, Papestr. 3.
- „ Gesundbrunnen bei Stripp, Prinzen-Allee 17.
- „ N. I. bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47.
- „ N. II. bei Karzrock, Bismarckplatz 5.
- „ Schönhauser Vorstadt bei Schmidt, Pappel-Allee 64.
- „ Osten bei Rahn, Bornborger Str. 8.
- „ Südosten bei Fröhlich, Rustauer und Neugebäude Str. 42.
- „ Süden u. Westen bei Wiemers, Wilmstr. 58.
- „ Nordost bei Schirmer, Böttcher Str. 15.
- „ Lichtenberg bei Fleckenhagen, Schamweberstr. 60.
- Bezirk Rixdorf bei Hoppe, Hermannstr. 49.
- „ Schöneberg bei Polschmann, Borberg- und Reue Gleditschstraße-Str. im Volkshaus, Rosinenstraße 3.
- „ Charlottenburg bei Rohmann, Schloßstr. 117.
- „ Steglitz bei Okon, Ullandstr. 106.
- „ Wilmersdorf bei Okon, Ullandstr. 106.
- „ Pankow bei Clemen, Wollanstr. 122.
- „ Friedrichshagen bei Witwe Lerche, Friedrichstr. 112.
- „ Weißensee bei Schäfer, Friedrichstr. 5.
- „ Gr.-Lichterfelde bei Warendorf, Böttcher Str. 22.
- „ Moabit bei Bachstein, Salzweber Str. 16.

Die Tagesordnung wird in den Bezirken bekanntgegeben.

Zur Beachtung!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 1. März bis 30. November bei sechs Tage Arbeitslosigkeit in der Woche, wo nicht der Arbeitslosenstempel aufzuweisen ist, der Beitrag voll zu zahlen ist. Die Arbeitslosenmeldungen werden in jedem Bezirk und im Bureau Freitag und Sonnabend durch Vorlegung der Invalidenkarte entgegengenommen. Der Beitrag für arbeitende Kollegen beträgt von 1-3 Tagen 50 Pf., über 3 Tage 75 Pf. Der Beitrag ist durch den Bundespräsidenten entgegenzunehmen und dem Bureau zu übermitteln.

Bitte ausschneiden. G. U.: Der Vorstand.

Rummelsburg!

Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Witwe Weigel, Lärchenthalstraße:

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Genossen Paul Götze, Pastor a. D., über: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften.“ 2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet

Der Clubreferent.

Große Kottgebende Gastwirtschaft

mit Saal, Konseigtarten, Klub u. Fremdenz. u. in schöner, industriereicher Stadt. Zählhannovers (10 000 E.) ist mit 10 000 R. W. zu erwerben. Stamm- u. Vergnügungslokal für Famil. u. Geschäftsleute der Stadt. Umsatz an Bier 450 hl, Schnaps u. W. 20 hl, Rassen antialkohol. Sachen u. Zigaretten, gut beleucht. Mittagsst. mit 1600 Logis um 1.30, 400 R. Bekanntheit. G. U. W. 2 an die Schloßstr. 1. 22

Jugendversammlung!

Sonntag, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer Nr. 15:

Große Versammlung.

Vortrag des Herrn Max Grunwald über: „Die wirtschaftliche Krise und die arbeitende Jugend.“

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Im Anschluß an die Versammlung ist für künstlerische Unterhaltung gesorgt.

222/14*

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 5. Wahlkreis.

Sonntag, den 14. März, abends 6 Uhr, im Alten Schützenhaus, Vinienstr. 5:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Staatschristentum — Kirche und Arbeiter.

Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann.

- 2. Diskussion.

Nachdem:

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Gewerbegericht beabsichtigt, die geschlossenen Prozesse aus den Jahren 1901 und 1902 mit Ausnahme derjenigen, in denen auf Bezugung ein langjähriges Urteil ergangen oder ein Vergleich vor dem Landgerichte abgeschlossen ist, durch Einlangen der Urteile zu lassen.

Wir fordern daher alle diejenigen, welche an der längeren Aufbewahrung der Akten ein Interesse haben, hierdurch auf, daselbe innerhalb einer Frist von 4 Wochen bei uns anzumelden und zu beschließen.

Berlin, den 6. März 1909. Gewerbegericht zu Berlin. gez. v. Schulz.

Frauen-Begräbniskasse der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter Berlins.

Am Mittwoch, den 17. März, findet im Lokale des Kollegen P. Zimmermann, Wöhlersstr. 9

Ordentliche General-Versammlung

namittags um 5 1/2 Uhr statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Vorstandsbericht. 2. Jahresbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik Stallschreiberstraße 57 am Moritzplatz, Hof Fabrikgeb. R. Harnack, Tischlermeister, Teilzahlung.

Höchste Leistungsfähigkeit!

Spezial-Geschäft für feine Herren-Bekleidung fertigt und nach Maß aus 1. u. 2. Klasse Schneiderwerk. J. Kurzberg, Rosenthalerstr. 40, 1 und Jannowitzbrücke 1, 1.

Wochenrate von 1 Mark an.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1287.

Montag, den 15. März 1909:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- 1. Osten-Lichtenberg: Litfin, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- 2. Stralau-Rummelsburg: Markgrafen-Säle, Marktgrafenbaum 34, abds. 8 1/2 Uhr.
- 3. Weißensee: Roskopf, Adnighaussee 38, abends 8 1/2 Uhr.
- 4. Süden: Lokal Süd-Ost, Walbemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
- 5. Rixdorf: Thiel, Bergstr. 152, abends 8 1/2 Uhr.
- 6. Westen-Schöneberg: Miethes Festsäle, Schönberg, Hauptstr. 5/6, abds. 8 1/2 Uhr.
- 7. Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8 1/2 Uhr.
- 8. Steglitz: Schellhase, Thörnstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
- 9. Moabit: Prachtställe Nordwest, Wickestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- 10. Norden: Germaniasäle, Chausseestr. 110, abends 8 1/2 Uhr.
- 11. Norden: Raabe, Kolberger Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
- 12. Norden: Franke, Sobstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- 13. Norden: Obiglo, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
- 14. Tegel: Eichbornsäle, Eichbornstr. 60, abends 8 Uhr.
- 15. Spandau: Gottwald, Schönwalder Str. 80, abends 8 1/2 Uhr.
- 16. Oberschöneweide: Lokal Hasselwerder, abends 8 Uhr.
- 17. Köpenick: Schulz, Kaulsdorfer Str. 3, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung am 4. April. 3. Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag in Hamburg. Außerdem in Stralau-Rummelsburg und Tegel als 4. Punkt Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung. Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Geldschrankschlosser! Dienstag, 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorussälen, Adlerstraße 5/7:

Versammlung sämtl. in Geldschrankbetrieben beschäftigten Kollegen

Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs. Wächst jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29: Allgemeine Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Rudolf Wisnall. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. NB. Unter Verbandsangelegenheiten wird Bericht erstattet über den Stand der Tarifbewegung. Die Arbeitgeber haben unsere Tarifvorlage abgelehnt und wollen unter allen Umständen ihren Tarif zur Durchführung bringen. Aus vorstehendem Grunde ist es wohl jedem Kollegen klar, daß das Erscheinen aller Kollegen notwendig ist.

Agitiere jeder nach besten Kräften! Metallarbeiter-Notizkalender

zählt 60 Pf., sind im Bureau zu haben. Die Ortsverwaltung.



Einsegnungs-Schmuck

Belmonte & Co.,

Fabrikation
En gros
Export

Detail-
Verkauf
Leipziger Str. 35,
und Königstr. 46,

Ecke
Charlottenstraße,
Ecke
Hoher Steinweg.



Königstrasse 46.
Bitte genau auf Hausnummer
46 zu achten, da häufig Ver-
wechslungen vorkommen.
In 30 m langer Auslage finden
Sie Tausende Schmuckgegen-
stände mit deutscher Preis-
notierung ausgestellt.

Wir liefern folgende Gegenstände
in echt Gold,
gesetzlich gestempelt:

- Ringe von M. 1.— an
- Krawattennadeln von M. 4.— an
- Manschettknöpfe von M. 2.— an
- Brotschen von M. 4.— an
- Ohringe von M. 2.50 an
- Kettenschnürer von M. 12.— an
- Ohrgehörgehör von M. 25.— an
- Colliers mit Anhänger von M. 17.— an

Occasionen.

In beiden Geschäften haben wir
in gesonderten Auslagen diejenigen
Waren ausgestellt, welche bei der
Inventur teils bis um die Hälfte des
Wertes herabgesetzt worden sind.

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!

Patent-Anker-Remontoir-
Kavalier-Stahl-Uhr

Modell 1000 mit
versilbertem
Zifferblatt
12



Eine gleiche
Uhr kostet im
Silbergehäuse,
Bassinform,
800—1000 Reichs-
stempel . . . M. 20
desgl. mit
Sprungdeckel . . M. 28
in Tula-Silber . . M. 38
in Gold M. 45

3jährige schriftliche Garantie.

Gold- u. silb. Damen- u. Herren-Uhren
in allen Preislagen und grösster Auswahl.

Wir liefern folgende Gegenstände
in echt Silber
gesetzlich gestempelt:

- Uhrketten von M. 2.— an
- Kettenschnürer von M. 1.50 an
- Colliers m. Anhänger v. M. 3.— an
- Fingerhüte von M. 0.75 an
- Cravats von M. 1.— an
- Stöcke von M. 3.— an
- Manschettknöpfe von M. 1.50 an
- Taschmesser von M. 1.50 an
- Barthörster von M. 1.50 an
- Zigarettenaschen von M. 10.— an
- Streichholzgehäuse von M. 2.70 an
- Jupiterhüllen von M. 7.50 an
- Zahnteucher von M. 0.75 an
- Zigarettenspitzen von M. 3.— an
- Zigarrenspitzen von M. 4.— an

Leipziger Strasse 35

In 5 großen Schaufenstern,
in 7 Schaukästen sowie in
14 Fenstern erster Etage finden
Sie Tausende Schmuckgegen-
stände mit deutscher Preis-
notierung ausgestellt.
Lagerbesuch ohne Kaufzwang
gern gestattet.



In der Mitte
1 echter Saphir
oder Rubin, an d.
Seite je 1 echter
Diamant N. 12.
Mittgoldener
Ring, gesetzl.
gestempelt.

Fernspr. I No. 1750 **H. Strahlendorffs** Fernspr. I No. 1750

Handels-Akademie

Muster-Kontor.

BERLIN SW., Beuthstrasse 11, 1., 2., 3. Etage, am Spittelmarkt.
Grösstes und ältestes Institut Berlins. Gegr. 1830.

Jeder, der sich für den kaufmänn. Beruf ausbilden will, verlange
ausführliche, reich illustrierte Lehrpläne
mit Angabe der Einteilung, Preise, Dauer und Unterrichtsstoff-
verteilung der einzelnen Kurse. Der Unterricht in meiner An-
stalt wird von 25 Herren, praktisch erfahrenen Kaufleuten,
akademisch gebildeten und staatlich geprüften Lehrern, und
11 Lehrerinnen erteilt. Es stehen 25 Klassenzimmer und
90 erstklassige Schreibmaschinen zur Verfügung.

Beginn der neuen Kurse am 5. April.

1. Handelskurse für Damen

Jahres-, Halbjahrs- und Dreimonatskurse
zur gründlichen theoretischen und praktischen Ausbildung als:
Buchhalterin, Geschäftskorrespondentin, Bureau-Beamtin,
Handelslehrerin, Korrespondentin, Kassiererin, vormittags 9-1
oder 2 Uhr. Mit den Halbjahrs- oder Jahreskursen ist ein
praktisches Übungskontor (Musterkontor) verbunden.
Zusammenstellung der Unterrichtsstunden für die
verschiedenen Damenkurse.

Lehrfächer	Stundenzahl		
	Jahreskurs.	1/2 Jahreskurs.	1/3 Jahreskurs.
Buchführung	60	60	60
Kaufm. Rechnen	120	80	40
Handelskorrespondenz	40	30	20
Handelsbetriebslehre u. Wechselkunde	40	30	20
Stenographie	150	100	60
Schönschreiben	100	60	40
Maschinenschreiben	150	80	40
Musterkontor	100	60	—
Bureau- u. Rechtskunde	40	20	—
Deutsch	80	Wahlfach	Wahlfach
Engl. od. Französisch	160	Wahlfach	Wahlfach
Handelsgeographie u. Warenkunde	60	—	—
Sa.	1120	520	280

Jährl. Kurse f. Töchter gebild. Stände zur Ausbildung als

Korrespondentinnen u. Geschäfts-Stenographinnen.

Für Damen, die das Abgangszeugnis der ersten Klasse einer höheren
Töchterschule u. gute Kenntnisse der englischen und französischen
Grammatik besitzen. Korrespondentinnen mit Sprachkennt-
nissen, die 200 Silben in der Minute stenographieren, die deutsche,
englische und französische Stenographie beherrschen, werden stets
gesucht und erhalten von vornherein bessere Stellungen und
höheres Gehalt.

Lehrfächer	Stundenzahl pro Jahr
Deutsche Handelskorrespondenz	60
Englische Handelskorrespondenz	70
Französische Handelskorrespondenz	70
Deutsche Stenographie	40
Deutsche Stenographie; Debattehandschrift Diktat bis 200 Silben u. m.	60
Englische Stenographie nebst Diktat	40
Französische Stenographie nebst Diktat	40
Maschinenschreiben	180
Maschinenschreiben u. fremdsprachlichem Diktat	40
Handelsbetriebslehre nebst Wechselkunde	60
Schönschreiben	80
Bureau- und Rechtskunde	40
Einfache, doppelte u. amerikanische Buchführung	60
Sa.	1000

Wahlfächer im 3. und 4. Vierteljahr:

Italienische Grammatik und Korrespondenz, Spanische Grammatik
und Korrespondenz.

2. Handelskurse für Herren

Jahres-, Halbjahrs-, Dreimonats- und höhere Handelskurse.

Halbjahrskurse: A. Unterstufe (Elementarkurse). Die
Unterstufe ist für junge Leute eingerichtet, die aus der Volksschule
oder einer unteren Klasse einer höheren Schule abgegangen sind
und in der Zeit zwischen ihrer Konfirmation und dem Eintritt in
ein Geschäft das in der Schule Erlernete ergänzen und als Lehrling
in ein kaufmännisches Geschäft einrichten wollen. Wer mit Erfolg
die Unterstufe durchgemacht hat, kann in die Oberstufe eintreten.
B. Oberstufe. Die Oberstufe bietet Vorgesetzten und
Kaufleuten, die schon praktisch tätig waren, Gelegenheit zur Er-
weiterung und Vertiefung ihrer kaufmännischen Kenntnisse.
C. Höhere Handelskurse: für Herren, die entweder aus einer
oberen Klasse einer höheren Schule abgegangen sind oder bereits
praktisch tätig waren und über eine gute Vorbildung verfügen.
Die Teilnehmer werden zu tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen
und Korrespondenten ausgebildet. Der Besuch ist besonders solchen
Herren zu empfehlen, die im Besitze des einjährigen Zeugnisses
sind und sich dem kaufmännischen Beruf widmen wollen.

Central-Möbel-Halle
Kommandantenstr. 51, Ecke
Alexandrinenstr.

Wohnungs-
Einrichtungen
in allen Preislagen.
Besichtigung ohne
Kaufzwang erbeten.

Diese solide bürgerliche Einrichtung, bestehend
aus Schlaf- und Wohnzimmer mit kompletter Küche,
Farbe nach Wunsch, liefern wir schon bei einer

Möbel-Fabrik-Lager

Anerkannt billige Preise
Fachmännische Bedienung
Strengste Reellität.

Anzahlung von 45 M. und monatlicher
Abzahlung von
Mk. 12 bis Mk. 15.

Wanderer
Fahrräder Motorräder

Erste
Marke

Höchste
Auszeichnungen

Wanderer-Werke von Winkler & Jaenicke AG
Schönau bei Chemnitz

Metzner
BERLIN

Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung
zähle ich jedem, der mir in Berlin
ein grösseres Spezial-Geschäft in
der Branche als das meinige nachweist. KATALOG GRATIS.

MÖBEL-FABRIK
MORITZ HIRSCHOWITZ

Berlin S.O. Skalitzer Str. 25
Ausstellung von Muster-
zimmern in 5 Etagen.
Besichtigung ohne Kauf-
zwang. Versand u. ausw.

Nur
Möbel
besten
Quali-
tät.

für
Haltbar-
keit wird
Garanti-
ert.

SPECIALITÄT:
BÜRGERLICHE WOHNUNGS-
EINRICHTUNGEN

Bei Betten-Anschaffung
verlange ausdrücklich
::: Reinholds :::
Patent-Matratze
„Primissima“
nur echt mit Fabrikmarke

beste der Welt, im Gebrauch billigste.

Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 28/30.

Sporket's Weltstiefel

Einheitspreis 7.50 Mark
für
Herren
und
Damen.

Garantie für Haltbarkeit.
Direkter Fabrik-Verkauf
ohne jeden Zwischenhandel.

Verkaufsstellen:

Berlin:
1. Prinzenstraße 79
2. Oranienstraße 184
3. Wilsnacker Straße 18
4. Badstraße 49/43
5. Chausseestraße 77
6. Androssstraße 46a
7. Wrangelstraße 89
8. Frankfurter Allee 127
9. Brunnenstraße 182
10. Turmstraße 51
11. Schönhauser Allee 110

Rixdorf:
Bergstraße 185

Weißensee:
König-Chaussee 52

Charlottenburg:
Wilmerdorfer Straße 52

Schöneberg:
Hauptstraße 153

Spandau:
Breite Straße 60

Schuh-Fabriken, Burg Magdeburg.

Möbel

Ich biete soliden Leuten
Gelegenheit, sich reelle Möbel

auch auf Teilzahlung

ohne Uebervorteilung anzuschaffen, da nur
eine minimale Zinsvergrößerung zum Kassa-
preis hinzugerechnet wird.

Siegmund Misch
Dresdenerstr. 16 (Hauptbahn
Cottb. Tor)

Rauchen Sie
Phänomen
Zigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

worden seien und aus dem Hause Adlon stammten. Das behauptete Herr Dr. Mugdon, um mit großer Emphe zu betonen, daß diese Mitteilungen nur auf einem Briefbogen mit der Firma Adlon gestanden hätten, aber nicht von Adlon selbst herrührten. Deshalb sei nur deshalb bei nichts darauf zu geben, zumal Stadtv. Hunge sich bei Herrn Adlon erkundigt habe. Und die freisinnigen Tatsachen ob dieser Aposiopeterei Weisfall. Tatsächlich hat Herr Dr. Sternberg, der Genosse Wehl die Mitteilungen machte, seine Erkundigungen eingezogen beim Geschäftsbureau des Hauses Adlon, bei der Magazinverwaltung und bei der Kasse, so daß mit Hug und Wehl behauptet werden konnte, daß die Mitteilungen aus dem Hause Adlon gemacht worden sind. Um die Hauptfrage kamen somit die Herren heram. Eine nichtsagende Handbewegung, es sei gleichgültig, ob früher Küchenschef oder Magazinverwalter — selbst Herr Hunge hat kein Wort gesagt, ob er Herrn Adlon gestraft habe, welche Stellung eigentlich der zu Engagierende bei ihm bestelle — und das Verdrehungsumständchen war gelungen. Im Interesse der Wahrheit glauben wir uns verpflichtet, die Angelegenheit auf ihren wahren Wert zurückzuführen zu sollen.

Parteilichkeit in der Fortbildungsschule.

Ein Fortbildungsschullehrer darf nicht parteipolitische Tendenzen in die Reihen seiner Schüler hineintragen. So klug's heraus aus der Erklärung, die in der letzten Stadtvorordnetenversammlung vom Stadtschulrat Michaels über den Fortbildungsschullehrer Holz und die gegen ihn verhängte Amtsenthebung abgelesen wurde. Wir vermuten, daß das Schicksal des Herrn Holz einigermaßen abschließend wirken wird. Es muß aber gefordert werden, daß die Fortbildungsschuledeputation nicht lediglich auf solche Wirkung des an Herrn Holz statuierten Exempels sich verläßt, sondern die Lehrer der Fortbildungsschulen direkt anweist, gegenüber ihren Schülern sich aller Betonung parteipolitischer Tendenzen zu enthalten. Wohlgerichtet gegenüber ihren Schülern! Jeder Lehrer auch in ihrer sonstigen Agitation für ihre politischen Anschauungen zu beschränken, müßte selbstverständlich auch schärfste Zurückgewiesen werden. Aber eine Agitation, die von einem Lehrer in den Reihen seiner Schüler betrieben wird, ist deshalb höchst bedenklich, weil dabei der Lehrer — gleichgültig, ob bewußt oder unbewußt — das Ansehen seines Amtes mit in die Waagschale wirft. Unter den Fortbildungsschullehrern war jener Herr Holz nicht der einzige, der es für vereinbar mit seinem Amte hielt, bei seinen Schülern zugunsten einer bestimmten politischen Richtung zu agitieren. Noch vor wenigen Tagen — in der Woche zwischen den letzten beiden Stadtvorordnetenversammlungen, in denen das Wirken des Herrn Holz durch den Stadtv. Genossen Hoffmann beleuchtet bezw. die überraschend schnell erfolgte Amtsenthebung vom Stadtschulrat Michaels bekannt gegeben wurde — hat in der vierten Pflanzfortbildungsschule (Dorotheenstr. 10) ein Lehrer Biske es für zulässig gehalten, in seiner Klasse mit eigener Hand unter seinen Schülern Zettel zu verteilen, durch die die Abteilung für Lehrlinge in Deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften der „deutschen Kaufmannslehrlinge Berlins“ zum Besuch einer für den 21. März geplanten Versammlung einlud. Will der „Deutsch-nationale Handlungsgesellschaftenverband“ unter den Fortbildungsschülern werden und für seine Versammlungen Reklame machen, so möge er das tun, und Berlin wird nicht untergehen, wenn er es sogar in den Schulräumen tun darf. Nur muß sich's von selber verstehen, daß die gleiche Art der Agitation auch jeder anderen Partei zu ermöglichen ist, daß also auch den Werbenden sozialdemokratischen Jugendorganisation nichts in den Weg gelegt werden darf. Es wird sich ja dann bald genug zeigen, wer die größere Werbekraft besitzt. Wer freilich bei solcher Agitation den Lehrer in seine Dienste zu stellen sucht, der erweist von vornherein den Verdacht, daß er sich selber nicht viel Erfolg zutraut. Auch der „Deutsch-nationale Handlungsgesellschaftenverband“ weiß, daß er es nötig hat, bei seiner Agitation unter den Fortbildungsschülern sich hinter den Rockschiffchen des Lehrers zu verstecken.

Die Berliner Straßenhändler hatten am Donnerstagabend nach dem „Neuen Klubhaus“, Schulstr. 29, eine öffentliche Versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen gegen eine weitere Beschränkung des Straßenhandels in Berlin. Die „Freie Vereinigung der Berliner Grundbesitzervereine“ hat vor einiger Zeit in Gemeinschaft mit dem Bunde selbständiger Gewerbetreibender eine Petition an das Polizeipräsidium gerichtet, in der gefordert wird, im angeblichen Interesse der Verkehrserschließung und der unläutereren, geschäftschädigenden Konkurrenz den Straßenhandel auch in Berlin zu verbieten. In der Versammlung wurde gegen dieses Vorhaben der Hausagrarier der schärfste Protest erhoben und betont, daß der Straßenhandel vielen armen Leuten Brot gebe. Alle diese Leute würden, wenn es nach dem Willen der Potenten ginge, vollständig ruiniert werden. Nach eingehender Aussprache fand schließlich folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung der Berliner Straßenhändler im „Neuen Klubhaus“ hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Berliner Hausbesitzer von neuem versuchen wollen, den schon an und für sich ungerechtere Weise schwer eingeengten Straßenhandel noch mehr zu unterbinden. Die Versammlung bittet das königliche Polizeipräsidium, der von der Freien Vereinigung Berliner Grundbesitzervereine eingereichten Petition zur weiteren Einschränkung des Straßenhandels nicht stattzugeben, da sie die Lasten auf den Kopf stellt und nur egoistische Zwecke verfolgt. Der Straßenhandel ist das Rückgrat der Großhändler, und seine Vernichtung würde auch den Großhandel ganz enorm schädigen. Ferner bittet die Versammlung das königliche Polizeipräsidium, die Schynmannschaft anzuzweifeln, fortan nicht mehr so rigoros wie bisher gegen den Straßenhandel vorzugehen, sondern in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Notlage mehr menschlich zu denken und nicht so sehr den starren Standpunkt der Besessenenwächterin zu vertreten. Auch wird lebhaft beklagt, daß zahlreiche Strafzettel infolge Unkenntnis auf Grund der Straßenpolizeiverordnung vom 31. Dezember 1899 erfolgen, die durch die Polizeiverordnung vom 1. Januar 1905 außer Kraft gesetzt ist. Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß das königliche Polizeipräsidium sich von der Dofelnberechtigung, aber auch von der Notlage der Berliner Straßenhändler überzeugt und jeden Antrag auf weitere Einschränkung des Straßenhandels ablehnt.“ Ferner wurde die Wahl einer Kommission beschlossen, die dem Polizeipräsidium persönlich die Wünsche und Beschwerden der Berliner Straßenhändler klar machen soll.

Infolge des anhaltenden Frostwetters und starken Schneefalls sind an den Maschinen der Rotoromnibusse der Großen Berliner Rotoromnibusgesellschaft Defekte in solchem Umfange entstanden, daß der fahrplanmäßige Betrieb auf der Linie B bis zum Anknüpfen nicht mehr aufrecht zu erhalten war und die Wagen nur bis zum Alexanderplatz verkehrten. Nachdem nunmehr die Maschinen defekte beseitigt und die Betriebsfähigkeitsleistungen erhöht, wird von Montag, den 15. des Monats, der fahrplanmäßige Betrieb auf der Strecke Kreuzberg-Kramplatz wieder aufgenommen. Gleichzeitig wird vom genannten Tage ab der Schienenbetrieb durch die Schivelbeiner-, Schönflieher und Stolpische Straße zur Einföhrung gelangen.

Das gestohlene Pferdeseßpaar. Ein überaus dreierlei Einbruchdiebstahl ist in der Nacht auf dem Grundstück Christburger Straße 38 verübt worden. Mehrere Einbrecher drangen in den dort befindlichen Pferdebestall ein, stürzten zwei der wertvollsten Pferde auf und führten sie ungehindert auf die Straße. Jedemfalls hatten die Diebe den Tieren vorher Lächer um die Hüfte gewickelt, damit die Hufe nicht zum Verzáhrt werden konnten. Die gestohlenen Pferde, ein Fuchswallach und eine Fuchstute, haben einen Wert von 2000 M.

In der Strafanstalt erhängt hat sich der Wárter Friedrich Wittschlar, über dessen Tat wir seinerzeit berichteten. Wittschlar, der keine Arbeit hatte, traf am 25. November auf dem Alexanderplatz den ebenfalls beschäftigungslosen Arbeitsburschen Hermann Schür und überredete ihn, mit ihm „ein Ding zu drehen“. Am 27. abends gingen beide nach der Vesulstraße um eine Kohlenbändlerin zu berauben. Während Schür draußen blieb, machte Wittschlar der Händlerin eine erdichtete Bestellung, sprang sie plötzlich an die Kehle, streckte sie durch einen Hieb auf den Kopf nieder und würgte sie, während er auf ihr lautierte. Nur das Erscheinen einer Kundin rettete der Frau das Leben. Der Mörder entriß seinem Opfer die Ledertasche, die aber nur 3 M. enthielt. In der Nacht verübte die beiden noch einen Einbruch bei einem Schankwirt in der Verlichingensstraße. Am nächsten Morgen wurde dann Schür in der Wohnung seiner Schwester und bald darauf Wittschlar in einer Kneipe verhaftet. Beide wurden zu schweren Strafen verurteilt. Wittschlar, ein junger Mensch von 25 Jahren, machte jetzt im Moabitier Justizhause seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Durch eine Kohlenabergiftung gerieten in der vergangenen Nacht die 21 und 20 Jahre alten Dienstmädchen Maria Buglaw und Minna Steffen in der Krausenstraße 58 in schwere Lebensgefahr. Die Mädchen dienen bei dem Obsthändler Kartinschen Ehepaar und dessen Schwiegerohn, dem Kaufmann Raab und haben im dritten Stock ein gemeinsames Schlafzimmer. In diesem wurden sie gestern morgen in ihren Betten demutlos aufgefunden. Ein Arzt ließ sie nach der Charité bringen, wo man hofft, sie am Leben erhalten zu können. Die Mädchen sollen am Abend vor dem Schlafengehen den Kachelofen, der in ihrem Zimmer steht, mit Holz und Kohlen überheizt und zu früh geschlossen haben. Wie dem fast neuen Ofen die giftigen Gase entwichen sind, bedarf noch einer genaueren Untersuchung.

Vorsicht vor Schwindlern. Ein Genosse schreibt uns: „Nachstehend gebe ich Ihnen Kenntnis von einem Vorkommnis, das heute Vormittag während meiner Abwesenheit meiner Frau passierte und das ich für wichtig genug halte, um es den Parteigenossen und ihren Frauen zur Warnung mitzuteilen. Ein Herr in guter Kleidung mit sicherem Auftreten verlangte von meiner Frau die Zahlung von 20 Mark für von mir angeblich bestellte Großschürren von Marx und dergleichen Schriften. Da meine Frau von mir stets über meine Handlungen unterrichtet wird, so war sie nicht im Zweifel, daß es sich hier um einen Schwindler handelte und sie fertigte den Mann gehörig ab. Während meine Frau mich sofort telefonisch über den Vorgang unterrichtete, war der Schwindler trotz des Erkundens, meinen Bescheid abzuwarten, in der Zwischenzeit verschwunden.“ — Sicherlich wird der Betrüger sein Mandat bei bekannten Parteigenossen wiederholen, weshalb wir von diesem Vorfalle Notiz nehmen.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern morgen um 9 1/2 Uhr in der Küche des zu den Sienens u. Palste-Berlin gehörigen Kaufmannsvereins Werner-Berl. Nonnenbaum. Beim Anzünden der Gasflamme kam der Ofen plötzlich zur Explosion und wurden drei gerade in der Küche befindliche Frauen durch die herumschlagenden Dientlinge schwer verletzt. Zwei von ihnen mußten sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Im „Königstädtischen Kasino“, Holzmarktstr. 72 findet heute abend 7 1/2 Uhr, ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn statt. Die ungemein reichhaltige, freileitende Literatur der deutschen Märzrevolution ist bei aller Kraft der Darstellung doch von hohem poetischen Werte und sie soll heute abend von ihren ersten Anfängen an bis zum Verenden der Revolution gezeigt werden. Zum besseren Verständnis werden markante Proben davon rezitiert. Gerade diese Periode der Literatur ist deshalb schon doppelt interessant, weil sie die einzige ist, die in Deutschland eine politische Lyrik von bleibendem Werte geschaffen hat.

Bürgerliches Schauspielhaus (Kastanien-Allee): „Schlagwetter“. Von Julius Hirsch. Die gegenwärtig hochgehende Bewegung der zuleist im Erdinnern lösbare Erze oder schwarze Diamanten brechenden Arbeitsklaven zwecks Herbeiföhrung einer menschenwürdigen Entlohnung ihrer Wáher, Knechte und Plagen ruff auch die Dáster empor. So erscheint denn auch das im Metier böhmischer Braunkohlengruben spielende Drama des vorgenannten Verfassers, eines österrichischen Staatsbeamten, gerade zur rechten Zeit, um seinerseits den Appell an das gróßlich ausgeschaltete Pflichtgefühl der Besitzenden zu verhärschen. Warum das Stúck in Oesterreich von der Zensur verboten werden konnte, ist anbetendlich seiner wirklich guten Qualitäten ein Kúffel billiger Staatsweisheit. Der Verfasser arbeitet keineswegs mit rohen Mitteln, um bloß Sensation zu erregen. Im Hintergrund eines mit realistischen Treue gezeichneten Gesellschaftsbildes baut er die Kampfeslösung der Verlegten auf. Schlagende Wetter, sich infolge unzulánglicher Vorsichtsmaßregeln mehrfach wiederholend, dezimieren die Reihen der Arbeiter und gefáhrden fortwáhrend Gesundheit und Leben. Dazu sind ihre Löhne schanderhaft niedrig; für Witwen, Kráppel und Waisen ist von seiten der Aktionáre nur höchst mangelhaft gesorgt. Was Wunder, wenn die Knappen Aufbesserung verlangen und, da ihnen jede ihrer berechtigten Forderungen strikte verweigert wird, zum Generalstreik ihre Zuflucht zu nehmen entschlossen sind. Natürlich kommt die Grabenverwaltung ihnen zuvor und láßt ein Detachement Soldaten aufmarschieren. Es kommt nun zu einem Zusammenprall der Streikenden mit dem Militär. Der Offizier láßt eine Plintensalve unter sie schmettern; mehrere Tote und Wundtunde liegen auf dem Aiden — Gewalt siegte über das Recht. Während alledem hat sich in der Familie des obersten Leiters der Bergbauaktiengesellschaft: Kommerzianten Kaufner ein eigenes Drama bis zum schárfsten Konflikt gesteigert. Gegenpol dieses rúcksichtslosen Großkapitalisten ist der Bergdirektor Bahchart: er bezeugt nicht allein humanes Denken gegen die Arbeiter; er liebt auch die Tochter eines Bergmannes, die im Hause seiner reichen Tante als Stúge dient. Dies Mädchen will er zu seiner Frau machen. Die Familie setzt ihm die gróßten Widerstände entgegen. Er hat, der Kündigung seiner Stellung vorausgreifend, schon die Vererbung auf eine anderweitige glángende Stellung in der Tasche. Da aber tráubt sich Fridas Mutter gegen die Heirat. Sie gesteht, daß Frida ein Kind der Sünde und Wahrheit — Schwester sei. Im selben Augenblick kommt auch ihr Stiefvater, ein Trunkenbold, herbei, wird handgreiflich gegen Frida, reißt dann einen Revolver hervor, um sie zu erschlagen. Bahchart springt dazwischen und wird statt Fridas erschossen. Es ist ja ein bißchen viel Romantik in dieser Szene, die lebhaft an Max Halbes „Jugend“ erinnert. Dessenungeachtet ist dem Verfasser das unlegbare Streben nach wirklich künstlerischer Gestaltung sowie Beherrschung der Technik im geschickten Aufbau der Handlung und eindringliche Zeichnung der Charaktere nicht abzusprechen. So trug denn sein Drama einen starken Erfolg davon, der ihn schließlich persönlich vor die Klampe rief. Die Aufgaben allerdings, die hier den Schauspielern gesetzt sind, dürften doch erst vollkommen bewáttigt werden, wenn bei den nachfolgenden Wiederholungen danach getrachtet wird, tiefer zu charakterisieren, als mehr oder minder belanglose Schablonenkunst zu bieten.

Eine Monatskarte zur Benutzung der Stadtbahn zwischen Lehrter und Schlesischer Bahnhof ist gefunden worden und abzuholen in der Expedition Kaschke, Wáderstraße 88.

Genossenschaftliches auf dem Gebiete des Fageradmarktes. Innerhalb eines Zeitraumes von circa 15 Jahren hat sich mit dem Fagerade eine ungeheure Wánderung vollzogen. Bei seinem ersten Auftauchen diente es namentlich der sogenannten besseren Gesellschaft als Mittel zur Ausübung des Sports. Heute bildet es ein ungemein wichtiges und nütliches, fast unentbehrliches Verkehrsmittel für die minderbemittelte Bevölkerung; namentlich die Arbeiter bedienen sich seiner und die Zahl derer, die es zur tágligen Fahrt nach und von der Arbeitsstätte „nehmen, záhlt nach Hunderttausenden. Záhlt doch z. B. der Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“ allein über 100 000 Mitglieder und es darf angenommen werden, daß demselben nur etwa der zehnte Teil der radsahrenden Arbeiter Deutschlands angehört. Diese weite Verbreitung des Fagerades hat einen weit ausgebreiteten Industriezweig geschaffen; der Umsatz auf dem Fageradmarkt záhlt in Deutschland nach Millionen, die meistens die Arbeiter aufbringen. Im Hinblick hierauf erscheint es wohl begründet, wenn der Versuch gemacht wurde, diese ungeheure Kaufkraft der Arbeiterschaft zu organisieren. Gerade auf dem Gebiete des Fageradhandels findet der Zweck der Konsumvereine: Ausschaltung des Zwischenhandels und dadurch bedingte Verbilligung der Produkte, ein gúntiges Feld.

In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl Arbeiter deshalb den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiter-Radsfahrer ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähre 4 Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1906 ein Umsatz von 175 000 M. erzielt, was gewiß beachtenswert ist. Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der obgenannte Bund das Unternehmen unter seine Fúhrung genommen. Dasselbe ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fageradhaus „Freischauf“ Walter Wittig u. Co. eingetragen und hat den Zweck, den radsahrenden Arbeitern die Beschaffung guter, reeller und vor allen Dingen preiswerter Fageráder und sonstiger Bedarfsartikel zu vermitteln. Da gerade beim Einkauf der hier in Betracht kommenden Waren eine Täuschung und Ueberverteilung des kaufenden Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen Gutes für die Arbeiter leisten können. Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“ zugute kommen, der denselben zum Ausbau seiner Unterfúhrungsrichtungen verwenden soll.

Das Unternehmen besitzt neben dem Hauptgeschäft in Berlin, Brunnenstraße 36, und einer Filiale in der Rottebuser Str. 9, ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden, Aue i. E., Breslau, Finsterwalde, Forst, Halle a. S., Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Magdeburg, Meissen, Offenbach a. Main, Wiesloch, Kúfelfeldheim, Jety und Jülich; in anderen gróßeren Stádtchen sollen weitere errichtet werden.

Feuerwehrrachrichten. In der letzten Nacht um 2 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr hóchstwilligerweise nach der Prinzenstraße 6 alarmiert. Der Táter ist von der Polizei festgenommen worden. Der 16. Zug hatte in der Reinickendorfer Straße 1 zu tun, wo in einem Holzwarengescháft leere Sácke, Portieren u. a. brannten. Der Brand eines Seifengescháftes rief die Feuerwehr nach der Bergmannstraße 101. Petroleum und áhnliche Vorráte brannten dort. In der Stolpischen Straße 19 kam in einer Wohnung Feuer aus. Leiten und Nöbel standen dort in Flammen. Der Automobilzug wurde nach der Weißwalder Straße gerufen, wo vor dem Hause 21 ein Pferd in einen Revisionsstúck (Grube) gefallen war. Das Tier wurde gesund herausgeholt.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Montag, abends 9 Uhr, 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Vergeltstraße 151—152. Dienstag, abends 9 Uhr, 2. Abteilung, Brunnenstraße 154. Vortrag in beiden Abteilungen úber Krankenpflege mit nachfolgenden praktischen Ubungen. Donnerstag Vortrag in der 3. und 4. Abteilung.

Zur Feier des 21. Stiftungsfestes findet am Sonnabend, den 20. März ein künstlerischer Vortragabend unter Leitung des Gesangsdirigenten O. Sudsdorf statt. Mitwirkende sind Professor Krüger-Nußfeld (Hagot), Frau Wallide (Soprano), Frl. Reim (Alt) sowie des Akkordpianisten O. Brauns. Alle jetzigen und ehemaligen Mitglieder sind dazu eingeladen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das „Rixdorfer Tageblatt“, das durch den Wahlrechtsraub behindert geordnete Organ des Stadtv. Klafemann will nicht nur die Interessen der Hausagrarier vertreten, sondern es ergreift auch die Gelegenheit, sich für die Junter und Gutsbesitzer ins Zeug zu legen. Das Blatt, das leider noch von vielen Arbeitern gelesen wird, bringt folgende organisationsfeindliche Notiz:

Die Sozialdemokratie grúndete jetzt einen Landarbeiter-Zentralverband auf Grund eines Múnchener Beschlusses des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Süd-Niederrhein), der bisher diese Organisation besorgte. Der neue Verband soll heißen: „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands“. Er soll in Gáuse, Bezirke und Ortsgruppen eingeteilt werden; der Beitrag ist nach drei Klassen zu 30, 60 und 80 Pf. für den Monat abgestuft. Als Verbandsorgan soll ein Monatsblatt herausgegeben werden. Für den Vorstand und die Redaktion ist die Anstellung von zwei vollbesoldeten Kráften vorgesehn, daneben sollen zunáchst drei besoldete Gauleiter táugig sein. Unsere Landwirte werden dem neuen Verband ein wachsameres Auge zu schenken haben.“

Kein Wort für die ausgebeuteten Landarbeiter zu einer Zeit, wo selbst den grifflig organisierten Arbeitern die Profitgier der Junter zu toll wird. Die Landwirte werden nach Schachmachermanier aufgefordert, ein wachsameres Auge auf die neue Organisation zu haben.

Die Arbeiterschaft Rixdorfs wird erincht, ihre Söhne und Lóchter zum Besuch der heute nachmittag 3 1/2 Uhr, bei Hoppe, Hermannstraße 49, stattfindenden Versammlung der Freien Jugendorganisation zu veranlassen. Tagesordnung: Vortrag des Schriftstellers Genossen Simon Kayenlein: „Arbeiterausbeutung und jugendliche Arbeiter“. — Diskussion. — Wahl einer Jugendkommission.

Wilmersdorf.

Die vielumstrittene Leihensammelle am Bahnhof Halensee wird nun doch errichtet werden. Den Vertretern des Grundbesitzes in Wilmersdorf ist in einer Konferenz, die Freitag im Eisenbahnministerium tagte, jedoch die Konzession gemacht worden, daß die Leihen nicht tageláber, sondern nur in der Zeit von 8 Uhr abends bis 10 Uhr morgens in der Sammelstelle abgeholt werden dürfen. Da der kirchliche Zentralfriedhof in Stahndorf am 1. April eröffnet wird, soll mit dem Bau der Anlage am Bahnhof Halensee schleunigst begonnen werden.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts der Stadt Wilmersdorf, Stadtrat Kamp, ist gestern, 61 Jahre alt, gestorben. Kamp war Baumeister und gehörte im Kommernbankprozeß zu jenen Sachverständigen, deren Urteil úber Hypothekenbeleihung usw. so seltsames Aufsehen erregte.

Mariendorf.

Die Gemeindevertretung erledigte in zwei Sitzungen den Voranschlag für das Etatsjahr 1909. Bei Kapital- und Schuldenverwaltung schlüßte die Restverwaltung mit 50 500 M. ab. Im Vorjahre betrug derselbe Posten 50 000 M. Die Amtsverwaltung erfordert einen Zuschuß von 36 525 M. gegen 30 625 M. im Etatsjahr 1908. Aus den Liegenschaftsergebnissen ergibt sich ein Uberschuß von 5186 M. In der Schuldenverwaltung wird ein Zuschuß von 187 224 M. gefordert. Der Armenrat braucht ebenfalls einen Zuschuß von 15 030 M. Die Schulverwaltung erfordert 125 898 M. Davon werden für die Volksschule 63 176 M. gefordert. Es entfallen hier auf jeden Schüler 84,55 M. Für die höhere Schule sind 81 340 M. vorgesehn, das macht pro Schüler 606,44 M. Für die zum 1. April d. J. neuerrichtete Fortbildungsschule sind 1800 Mark vorgesehn. Die Straßenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 36 017 M. Das Feuerlöschwesen erfordert wieder 4365 Mark. Ebenso die Sanitätsverwaltung 10 744 M. Für allgemeine Ausgaben sind 1249 M. vorgesehn. Aus direkten und indirekten Steuern ergibt sich ein Uberschuß von 304 381 M., so daß der Etat mit Einnahmen und Ausgaben mit 826 486 M.

balanziert. Im Vorjahre waren es 700 655 M. Von unseren Vertretern wurde beim Titel Armenpflege beantragt, die Armenkommissionenmitglieder und Beisitzer gegen Unfall zu versichern. Die Versicherung der Armenkommissionenmitglieder wurde angenommen, hingegen die der Beisitzer abgelehnt. Ebenso war es unseren Genossen in der ersten Sitzung möglich, den Fortfall der Biersteuer durchzubringen. Jedoch zeigte die zweite Sitzung ein sonderbares Verhalten der Bürgerlichen. Für den Fortfall der Biersteuer war die Einführung der Wertzuwachssteuer vorgeschlagen. Eingangs der zweiten Sitzung nun beantragte der Bürgermeister, den Beschluss der vorherigen Sitzung aufzuheben und die Biersteuer auch für den neuen Etat beizubehalten. Genosse Reichardt nahm zu diesem Antrag Stellung. Er führte aus, daß es einen sehr schlechten Eindruck auf die Gemeindeverträter mache, einmal gefasste Beschlüsse wieder umzustößen. Nachmal betone er, daß die Biersteuer keineswegs von den Brauereien getragen werde, sondern daß dieselbe immer nur auf die Gastwirte und Konsumenten abgewälzt werde. Als Ersatz für die Biersteuer hatte die vorige Sitzung nun die Grundsteuer in Aussicht genommen. Aber auch dafür könne er sich nicht erwärmen, er schlage deshalb die Wertzuwachssteuer vor. In verschiedenen Gemeinden und Ortschaften sei diese Steuer bereits eingeführt und habe sich überall gut bewährt. In der weiteren Diskussion erklärten sich die bürgerlichen Vertreter gegen die Wertzuwachssteuer und betonten ferner, daß sie anderer Meinung geworden sind und sich überzeugt haben, daß die Beibehaltung der Biersteuer doch das Beste sei. Der Bürgermeister nannte die Wertzuwachssteuer eine Kopfsteuer, die keineswegs etwas Neues habe. Bei der Abstimmung über die Beibehaltung der Biersteuer seien die bürgerlichen Vertreter um und stimmten gegen ihren eigenen Beschluss. Hierauf nahm Genosse Weber das Wort zur Beschäftigung der Arbeitslosen zum Schneeschleppen. Während von bürgerlicher Seite in der vorigen Sitzung behauptet wurde, nur vier Arbeitslose hätten sich gemeldet, wurde von unseren Vertretern betont, daß nach den eingezogenen Erkundigungen sich soviel Arbeitslose meldeten, daß sie vom Straßenmeister abgewiesen werden müßten, weil gar nicht soviel Handvermögen vorhanden war. Ferner sei den Eingestellten bald die Mittelstellung gemacht, sich nach etwas anderem umzusehen. Und dies, obwohl noch in vielen Straßen der Schnee liegt. Die Steuerzahler haben zu verlangen, daß die Straßen passierbar sind und der Schnee von den Straßen verschwinde. Hier, wo sich wirklich das Mitgefühl für die Arbeitslosen, dessen sich doch die Herren rühmten, zeigen konnte, sei das Gegenteil eingetroffen. Die Antwort des Bürgermeisters ging dahin, daß Weber wohl nur Verschwendung über den Straßenmeister führen wolle; solche Beschwerden seien ihm besser persönlich zu sagen. Im übrigen sei wohl die Rede des Herrn Weber nur für die Öffentlichkeit bestimmt. Genosse Reichardt wies diese Behauptung ganz entschieden zurück. Die Worte des Herrn Bürgermeister seien nicht neu, sie stammten aber auch nicht von ihm selbst. Denn behauptet wird, unsere Ausführungen seien nur für die Öffentlichkeit bestimmt, so müsse er dem entgegenhalten, daß gerade von den Ausführungen unserer Vertreter nur sehr wenig durch die hiesige Zeitung an die Öffentlichkeit gebracht wird, während jene der bürgerlichen Vertreter in behaglicher Breite wiedergegeben werden. Die Behauptung des Bürgermeisters sei also gänzlich unangebracht. Hiermit schloß die öffentliche Sitzung.

Rummelsburg.

Der Agitation für die Konsumgenossenschaft dient eine öffentliche Versammlung, die am Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Weiger, Kürschmidtstraße, stattfand. Die Besetzung der Konsumgenossenschaft referierten. Es wird erwartet, daß auch unsere Genossen für guten Besuch der Versammlung agitieren.

Ober-Schöneweide.

Gemeindeverträterung. Das Dreistatut für das Kaufmanns- und Gewerbegericht wurde nach kurzer Beratung angenommen, nachdem in der hierzu eingesetzten Kommission dasselbe eingehend erörtert war. In einem Punkte wurden nach dem Antrage des Herrn Müller die Kommissionsbeschlüsse geändert, indem die Entscheidung für die Weisiger herabgesetzt wird für solche Fälle, in denen dieselben unter drei Stunden amittieren. Der Vertrag mit dem Kreise Niederbarnim betreffs Uebernahme der Rummelsburg-Waldendorfer Kreischauffee wurde ebenfalls in der vorliegenden Sitzung angenommen. Der Eingemeindung des dem jetzigen Gemeindegrundstück (früher Heyde) vorgelagerten Geländes wurde zugestimmt. Eine Debatte entspann sich über die Forderung des Ankaufs eines gebrauchten Konzertflügels für das Realgymnasium für den Preis von 1000 M. Schließlich wurde die Angelegenheit vertagt. Für Schulausstattungsgegenstände und Lehrmittel für das Realgymnasium wurden 3000 M. bewilligt. Unsere Genossen rügten die vorläufige Entnahme dieser Summe aus der Kasse für den Bau des Gymnasiums. Für die durch Hochwasser geschädigten Bewohner der Altmark wurden 100 M. bewilligt. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die weitere Entwicklung der höheren Mädchenschule und des Realgymnasiums. Das Bauamt soll seine Arbeiten so beschleunigen, daß mit dem Bau des Realgymnasiums am 1. April 1910 begonnen werden kann. Als Armenkommissionsvorsitzer wurde Herr Kobeltz an Stelle des verstorbenen Herrn Dietrich gewählt. In seinem Bericht über die Verhandlungen des brandenburgischen Städtetages wurde vom Gemeindevorsteher auf die ungenügende Befähigung der Gemeinden durch die teilweise Entziehung des Staatszuschusses für die Lehrerstellen hingewiesen. Die Beratung des Gemeindehaushaltsetats wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Soherlehme-Wildau.

Von der Gemeindevertretung. Der Voranschlag zum Etat schließt mit 127 000 M. gegen 92 000 M. im Vorjahre ab. An Einkommensteuer werden wie im Vorjahre 120 Proz. erhoben. Die Grundsteuer ist von 1 pro Mille auf 2 pro Mille erhöht; die Gewerbesteuer von 180 auf 210 Proz. Zum Erbau eines Lehrerwohnhauses sollen Zeichnungen und Pläne beschafft werden. In der kürzlich in Betrieb genommenen Dampfheizungsanlage der Schule in Wildau mußten die Kessel einer größeren über 500 M. Kosten verursachenden Reparatur unterzogen werden. Es wurde beschlossen, mehr Sachverständige zu hören, ob durch minderwertiges Material oder unachtsamere Bedienung dieser Schäden entstanden sei. Zum Schluß hatten unsere Genossen folgende Interpellation eingebracht: Was gedenkt der Herr Gemeindevorsteher zu tun, um diejenigen Gemeindeglieder, denen von der Firma Schwarzlopp die Wohnungen geliehen sind und mit ihren Familien keine Unterkunft finden können, vor Obdachlosigkeit zu schützen? Bei der Begründung betonte Genosse Dänzer, daß die Firma Schwarzlopp infolge der ausgebrochenen Differenzen den in ihren Häusern wohnenden ausständigen Arbeitern die Wohnungen geliehen habe; innerhalb acht Tagen müßten dieselben nun die Wohnungen räumen. Die Gemeinde sei nun verpflichtet, für die mittellosen Gemeindeglieder Unterkunft zu schaffen. Herr Direktor Streiber erklärte, daß die Firma Schwarzlopp nur eine Lohnregulierung vorgenommen habe. Genosse Hoffmann erwiderte, daß die Streitfrage zwischen Firma und Arbeiter bei dieser Sache vollständig ausseide, die Gemeinde habe die Verpflichtung, im Sinne der Interpellation zu handeln. Herr Oberingenieur Kade erklärte, daß nach seiner Meinung die Arbeiter „kontraktmäßig“ geworden seien, die Gemeinde wäre zu nichts verpflichtet. Genosse Hoffmann bekräftigte den Herrn, daß beim Industriearbeiter überhaupt kein Kontraktbruch vorliegen könne. Der Gemeindevorsteher stellte sich auf den Standpunkt der Interpellation. Er erklärte, wenn solche Fälle eintreten, würde er mit der Firma Schwarzlopp zwecks Verlängerung des Mietungsvertrages verhandeln oder in den umliegenden Gemeinden Wohnungen auf Kosten der Gemeinde beschaffen.

Notawetz.

Am den Wahlen zur ersten Abteilung der Gemeindevertretung, die am Donnerstag stattfanden, beteiligten sich von 88 Wähl-

Berechtigten 16 Wähler, die sämtlich ihre Stimmen für die bisherigen Gemeindevertreter Vobach, Nathan und Obst abgaben.

Trebbin (Kreis Teltow).

Von der Stadtvorordnetenversammlung. In der Frage des Heidebrandes 1908 wurde beschlossen, von der weiteren gerichtlichen Verfolgung abzugehen, sich aber an den Militärstaten, eventuell bis zur obersten Instanz mit der Bitte zu wenden, für den von Militärpersonen verursachten Schaden aufzukommen. Die Vernehmung der städtischen Grundstücke wurde zurückgesetzt, bis die in dieser Angelegenheit vom Hausbesitzerverein mit dem Katasteramt gepflogenen Verhandlungen beendet sind. Die Versammlung beschloß, das Hofweg in der Paruther Straße bis zu den Gärtnereien, auf die Strecke von 700 Meter, zu verlängern und bewilligt die Kosten in Höhe von 5000 M. Damit dürfte der Wunsch der dort liegenden Gärtnereien erfüllt sein; letztere haben auch die Zinsgarantie übernommen. Der Magistrat hat beschlossen, die Wahlzeit der 3. Klasse versuchsweise von 8-10 1/2 Uhr vormittags festzusetzen.

Gerichts-Zeitung.

Der Hundefänger ein Beamter?

Wegen Unterschlagung im Amte ist am 16. Januar vom Landgericht III in Berlin der Hundesängerbeamte Ernst Stabel in Pantow zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zwischen dem Amtsvorsteher in Pantow und dem Angeklagten ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach er die Tätigkeit eines Hundesängerbeamten auszuüben hat. Stabel hat einen Jagdhund im Werte von 200 M. eingekauft, aber nicht das Erforderliche getan, um den Eigentümer zu ermitteln, auch das Tier nicht zur Verwertung an die Polizei abgeliefert. Er hat vielmehr den Hund für 50 M. an einen Speibier verkauft und dabei angegeben, der Hund stamme aus Sibirien und er sei dessen berechtigter Eigentümer. Auf die Revision des Angeklagten hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Beamteneigenschaft des Angeklagten ist nicht ausreichend festgestellt. Er hat als Hundesänger polizeiliche Funktionen auszuüben. Nach § 42 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 ist aber die Anstellung eines Polizeibeamten bei einer Gemeindebehörde von der Zustimmung des Landrats abhängig. Daß eine solche hier erteilt wäre, ist nicht festgestellt.

Ist der Expedient einer Schiffs-Expedition Handlungs- oder Gewerbegehilfe?

Diese Rechtsfrage unterlag gestern der Entscheidung der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der Kläger R., der bei der Expeditionsfirma „Berliner Lloyd“ noch in Stellung ist, wollte wissen, ob ihm das Strafbüchlein abgelesen werden darf, und tief zu diesem Zwecke das Kaufmannsgericht an, das ihn darüber aufklären sollte, zu welcher Kategorie von Angestellten er sich zu rechnen habe. Der Kläger hatte auf Grund von Ladepapieren per Schiff antommende Güter an die Aufseher auszuliefern und in den Lade- und Kontrollbüchern die entsprechenden Vermerke zu machen. Die Vorklage hält den Kläger für einen Gewerbegehilfen, denn die Arbeit des Güterabnehmers könne jeder Aufseher machen. Nicht einmal der Oberleiter der Güterabfertigung, ein früherer Kapitän, könne als Handlungsgehilfe gelten. Der Letztere bestreite auch als Zeuge, daß er sich nur als Gewerbegehilfe fühle. — Das Kaufmannsgericht entschied mit Recht, daß der Kläger Handlungsgehilfe sei, denn er habe eine Tätigkeit ausgeübt, die eine für einen Kaufmann geleistete Expeditionsarbeit sei. Auch der Zeuge sei, trotzdem er sich nicht als solcher fühle, nach Ansicht des Gerichts als kaufmännischer, nicht als gewerblicher Angestellter anzusehen.

Schiffsjungenerziehung.

Einen tiefen Einblick in die „Romantik“ des Seemannslebens gewährte am Freitagnachmittag eine Verhandlung von der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg gegen die Schiffsoffiziere Wulf und Harber von dem großen Hamburger Segelschiff „Orato“, angeklagt wegen wiederholter Mißhandlung, Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und Mißbrauch der Dienstgewalt. Auf dem Segler fuhr in der Zeit vom Juni 1905 bis März 1906 ein Schiffsjunge Janßen, der von den beiden Angeklagten (gegen den dritten Offizier schreibt das Verfahren noch, während der Kapitän vor zwei Jahren freigesprochen worden ist, weil er mit „Zustimmung“ des Vaters des maltätigen Jungen „gezügelt“ haben soll) in geradezu bestialischer Weise mit Tauenden, Hammerstößen, Fußtritten usw. bearbeitet worden ist. Wesentlich hat Wulf, der als erster Offizier fungierte, den Jungen der damals 14 Jahre alt war, in vielfacher Weise behandelt. Tagtäglich wurde der Junge von seinen Peinigern gefesselt, in krankem Zustande mit Füßen aus der Koje (Lagerstätte) gestoßen, mit diesen Füßen geschlagen, bei Kap Horn bei einer Kälte von 13 bis 15 Grad in Hemd und Hose an eine Treppe gebunden, über welche die Sturztreppe hinweggingen, so daß der Knabe von oben bis unten naß war, halbbeleidet nachts in der Kälte über eine Stunde an das Steuerdeck gestellt, auf der Reede von Tokopilla über Bord geworfen (der Knabe wäre beinahe ertrunken). Auch wurde ihm der Inhalt eines Spudnapfes ins Gesicht geschleudert und dieses von dem schwereren ersten Offizier mit Hundebrei eingerieben und sonstige Schmierereien mit ihm getrieben. In bitterer Kälte wurde der Junge unter die Pumpe gesteckt und mit Seewasser, Segeltuch und Sand geschüttelt. Die Schläge mit den Tauenden hinterließen Striemen auf dem ganzen Körper und Leuten am Kopf. In Tokopilla wurde der mit Frostbeulen bedeckte Junge ins Krankenhaus geschafft. Vor dem deutschen Konsul mußte der Junge alles widerrufen, weil die sauberen Offiziere ihm drohten, ihn auf der Rückreise halbtot schlagen zu wollen, wenn er nicht widerrufe. Vor Gericht wurden zwei Briefe vorgelesen, worin der Junge an seine Eltern und an die Braut des einen Offiziers schreibt, er sei von den Offizieren sehr gut behandelt worden, und habe er einmal Schläge erhalten, so seien diese reichlich verdient gewesen. Wie Zeugen erklären, haben die „Offiziere“ dem Jungen die Briefe diktiert, nachdem sie des Jungen Briefe erbrochen hatten. Die Angeklagten suchen die Brutalitäten zu beschönigen, indem sie behaupten, nur das ihnen von dem Vater des Jungen übertragene Zuchtigungsrecht ausgeübt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wulf einen Monat und gegen Harber ganze fünf Tage Gefängnis. Der als Nebenkläger auftretende Vater des Mißhandelten stellte entschieden in Abrede, den Offizieren das Zuchtigungsrecht übertragen zu haben, und beantragte eine wesentliche höhere Strafe und die Jubilierung einer Geldbuße an seinen Sohn.

Das Gericht verurteilte Wulf zu drei Monaten Gefängnis und zur Zahlung einer Geldbuße von 200 M. und Harber zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche. — Eine noch recht geringe Strafe für die „nationalen“ Seeflecken.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Medea Kullersky. Montag: Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Siegfried. Freitag: Fidelio. Sonnabend: Die Hugenotten. Sonntag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Sinfoniekonzert der Igl. Kapelle.
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Kolberg. Montag: Die verurteilte Glosa. Dienstag: Der Schloßbaum. Mittwoch: Reb. Det. Donnerstag: Urtel Koccha. Freitag: Kolberg. Sonnabend: Maria Stuart. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Daniel. Montag: Geschlossen.
Neues königl. Opern-Theater. Sonntag abends 7 1/2 Uhr: Urdine. Montag: Maria Magdalena. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag bis Donnerstag: Geschlossen. Freitag: Urtel Koccha. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Die drei Mosen. Montag: Geschlossen.

Deutsches Theater. Sonntag bis Dienstag: Revolution in Antwerpen. Mittwoch: Die Räuber. Donnerstag und Freitag: Revolution in Antwerpen. Sonnabend: Faust. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Faust. Montag: Der Kaufmann von Venedig.

Deutsches Theater. (Schauspiel.) Sonntag: Der Arzt am Scheidewege. Montag: Der Graf von Gleichen. Dienstag: Der Arzt am Scheidewege. Mittwoch: Der Graf von Gleichen. Donnerstag: Der Arzt am Scheidewege. Freitag: Elektra. Sonnabend: Frühlings Erwachen. Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Arzt am Scheidewege.

Bestwig-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Hedda Gabler. Abends: Orleanda. Montag: Die Stützen der Gesellschaft. Dienstag: Orleanda. Mittwoch: Der König. Donnerstag: Orleanda. Freitag und Sonnabend: Der König. Sonntag: Orleanda. Montag: Kora.

Berliner Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Barlet Tausler. Abends bis Mittwoch: Einer von unsrer Leut'. Donnerstag: Kur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Einer von unsrer Leut'. Sonnabend: Kur ein Traum. Sonntag: Einer von unsrer Leut'. Montag: Kur ein Traum.

Neues Schauspielhaus. Sonntag: Alt-Heidelberg. Montag: Der Diamant. Der zerbrochene Krug. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Alt-Heidelberg. Mittwoch: Faust. I. Teil. Donnerstag: Alt-Heidelberg. Freitag bis Montag: Hoch-Schulze. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: 2X=5. Abends: und allabendlich: Moral.
Neues Theater. Sonntag: Die Laterne. Montag: Die fremde Frau. Dienstag: Die Laterne. Mittwoch: Die fremde Frau. Donnerstag: Die Laterne. Freitag: Die fremde Frau. Sonnabend und Sonntag: Die Laterne. Montag: Unbestimmt.

Neubau-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Prinz. Abends: Unbestimmt. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Der Prinz. Abends: Unbestimmt. Dienstag: Nachmittags 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Carmen. Donnerstag: Faust. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Samstag: Carmen. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Rebber-Theater. Sonntag bis Donnerstag: Revolutionshochzeit. Freitag: Die junge Welt. Sonnabend bis Montag: Revolutionshochzeit.
Trianon-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Liebe wohnt Abends und allabendlich: Hebebegeister. (Anf. 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das verurteilte Schloß. Abends und allabendlich: Die Dollarprinzessin. (Anfang 8 Uhr.)
Volkstheater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die glückliche Zeit. Abends und allabendlich: Im Klub.

Theater des Westens. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Abends: Der tapfere Soldat. (Anf. 8 Uhr.)
Schauspiel-Theater O. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ein Volksgesund. Abends: Das Erb. Montag und Dienstag: Rechts herum. Mittwoch: Charles Lant. Donnerstag: Ein Volksgesund. Freitag: Die Braut von Messina. Sonnabend und Sonntag: Charles Lant. Montag: Das Erb.

Schauspiel-Theater Charlottenburg. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Julius Caesar. Abends: Rechts herum. Montag: Die Karolinger. Dienstag: Komtesse Gudel. Mittwoch und Donnerstag: Die Karolinger. Freitag: Rechts herum. Sonnabend und Sonntag: Die Karolinger. Montag: Rechts herum.

Friedrich-Wilhelms-Theater Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends: Der Herr von Nichts. Montag: Rean. Dienstag: Schlagende Wetter. Mittwoch: Quarenheber. Donnerstag: Schlagende Wetter. Freitag und Sonnabend: Der große Komet. Sonntag: Quarenheber. Montag: Der große Komet.

Thalia-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Karjij. Abends und allabendlich: Wo wohnt sie denn?
Luise-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Jarmen. Abends: Mein Leopold. Montag: Cidrenfried. Dienstag: Mein Leopold. Mittwoch: Bis sich um häuße. Donnerstag: Mein Leopold. Freitag: Marie, Tochter des Regiments. Sonnabend: Mein Leopold. Sonntag: Marie, Tochter des Regiments. Montag: Mein Leopold.

Bürgerliches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Urtel Koccha. Abends: Schatzkammer.
Berliner Operetten-Theater SW. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Unbestimmt. Abends: Des Himmels. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Schauspiel-Theater. Abends: Herold Holms. (Anf. 8 Uhr.)
Berhard-Rose-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Räuber. Abends und Montag: Krieg im Frieden. Dienstag: Die Waise der Waise. Mittwoch: Das Baronshaus. Donnerstag: Das vierte Gebot. Freitag: Krieg im Frieden. Sonnabend bis Montag: Das vierte Gebot.

Holländ. Caprice. Täglich: Ein lediger Obermann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino-Theater. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr: Rutiler Ordbert. Abends: Russland. (Anf. 8 Uhr.)

Gebr. Herrfeld-Theater. Abends: Die beiden Blinden. (Anf. 8 Uhr.)
Metropol-Theater. Abends: Donnerwetter — tabellos. (Anf. 8 Uhr.)

Blücher-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Unbestimmt. Abends: Unbestimmt. (Anf. 8 Uhr.)
Apollon-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Unbestimmt. Abends: Unbestimmt. (Anf. 8 Uhr.)

Vasaga-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr und allabendlich: Unbestimmt.
Waldhalla-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr und allabendlich: Unbestimmt.

Palast-Theater. Abends: Spezialitäten.
Reichshallen-Theater. Abends: Ertliner Sänger.
Kunst- und Varietät-Theater. Abends: Spezialitäten.
Carl Hoyerland-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr und allabendlich: Spezialitäten.

Krause-Theater. Taubentstraße 48/49. Sonntag bis Dienstag: Auf den Trümmern Messina. Mittwoch: Neuseelands Geschichte. Donnerstag bis Sonntag: Auf den Trümmern Messina. Montag: Unbestimmt.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Vermischtes.

Explosion im Kohlenbergwerk. Nach einer Meldung aus Madrid hat in dem Kohlenbergwerk Baruelo eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden; bis gestern Mitternacht waren vier Tote und elf Verletzte gezählt.

Schnee und Eis als Betriebsstörung. Entlich wird aus Graudenz gemeldet: Die Betriebsstörung durch Schneeverwehung auf der Kleinbahnstrecke Culmbach-Weina besteht weiter fort. Die amtliche Meldung aus Straußfurt sagt: Der Postdampferverkehr zwischen Salmünz und Trelleborg ist noch immer unterbrochen. Eisverhältnisse unverändert.

Von der Lawine verschüttet. Nach einer Meldung aus Innsbruck vernichtete bei Anzeppo eine große Lawine eine Mühle und Stallungen, wobei viel Vieh unlam. Zwei verschüttete Personen konnten noch lebend geborgen werden. Die Straße nach Anzeppo ist durch die niedergegangenen Lawinensätze völlig verschüttet und unpassierbar.

Amstischer Marktbericht der holländischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Gellagel: Zufuhr in Mähren über Bedarf, sonst nicht genügend, Geschäft schloppend, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, aber nicht befriedigend, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 13. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.	Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.
Amstelveen	752.0	2. SSW	2. bedeckt	-2	Naperville	739.0	1. bedeckt	-1	
Amsterdam	752.0	2. SSW	2. bedeckt	-2	Petersburg	751.0	1. bedeckt	-1	
Berlin	753.0	2. bedeckt	-1		Seitz	763.0	4. wolkig	4	
Frankfurt	754.0	3. Schnee	-1		Berdeen	761.0	2. bedeckt	0	
Köln	755.0	3. wolkig	1		Paris	758.0	2. bedeckt	1	
Wien	754.0	1. bedeckt	1						

Wetterprognose für Sonntag, den 14. März 1909. Zunächst aufklarend, ein wenig kälter bei mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung mit leichten Schneefällen.
Berliner Wetterbureau.

Die übernommenen bedeutenden Warenlager der Firma

Louis Gordan Oranienstr. 42 am Oranienplatz

werden, solange der Vorrat reicht

zu ganz enorm billig taxierten Preisen verkauft

In dieser Woche kommen zum Verkauf: Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Gardinen, Teppiche, Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge, Handtücher, Inletts, Bettzeuge, Herren- u. Damenwäsche, Damen-Konfektion, Strümpfe, Handschuhe, Trikotagen

Auffallend billig taxiert Damenwäsche u. Trikotagen aller Art und ein sehr grosser Posten Reste Kleiderstoffe in Wolle, Mousseline, Seide etc.

Die Firma führt seit ca. 50 Jahren in allen Abteilungen nur ersklassige Waren.

Gesundheitsfördernd für Zigarettenraucher sind:

Réunion - Zigaretten

mit aluvialem Holzmundstück

Zu haben in allen Zigarren-Spezial-Geschäften.

2. Ziehung 3. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. März 1909, vormittags.

Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

682 795 1002 175 808 22 80 351 481 779 884 2008 94
74 284 87 325 32 519 47 892 3013 117 354 491 644 [300]
890 [300] 24 933 80 4072 [400] 85 117 254 392 889
3079 161 215 306 63 724 6123 46 232 45 719 821 [300]
7082 [400] 44 85 212 215 25 [300] 519 653 85 806 13 937
61 8079 180 379 [300] 475 907 23 781 887 947 91 9365
87 478 84 556 93 685
10064 82 103 283 48 409 534 906 11011 2017 77 445
704 972 12121 72 377 483 511 13318 445 56 600 842
60 969 14065 12 426 374 15014 331 565 754 850 905 36
16045 101 96 617 744 854 62 17104 408 63 [300] 819
909 18005 19005 280 509 861 887
20389 487 [300] 75 605 784 889 22 964 21000 34 753
601 895 [300] 22212 92 587 964 23000 263 502 97 643
851 24196 244 [300] 63 84 330 827 781 890 96 215484 49
89 734 [300] 26044 305 574 606 734 27144 213 447 513
87 772 805 20 45 874 28188 427 36 534 29064 180 200
85 338 707 54 888
30097 188 324 85 489 781 32071 31612 40 55 180
476 603 631 24 187 72 810 77 791 881 44 229 84 584 631
[300] 47 748 327 33106 [300] 307 13 79 87 87 310 588
67 615 835 78 096 78 34214 685 87 709 89 898 35104
327 426 20 571 972 76 708 847 67 36300 53 310 64 906
37131 255 427 82 555 901 82 807 81 856 38907 [500]
287 478 423 89 826 998 39004 48 187 688 773 97
40963 605 [300] 41218 489 599 750 42394 471 612
75 43081 108 9 215 74 363 80 92 539 654 776 841 44118
89 235 232 52 257 61 407 64 900 5375 645 137 76 844
46043 [500] 66 151 481 547 650 733 47050 60 259
81 506 800 48187 [300] 99 232 48 388 430 523 616 707
623 960 49207 9 201 2 55 563 854 70 97 952 51085 177
85 378 834 711 81 52434 74 503 784 844 53102 216 40
47 78 500 63 87 [400] 78 751 64 842 044 73 51041 645
55036 118 382 58 467 741 513 56007 630 35 792 845 91
87 131 230 415 20 885 88360 601 896 59082 738 69 970
[300]
62033 103 224 314 316 609 22 880 789 888 63117 91 380 70
234 31 84 99 458 830 81 838 64032 202 42 30 471 71 626
66 634 899 65273 313 433 96 023 30 609 [400] 917 66043
103 304 861 67899 120 [300] 485 [1000] 4709 647 74 94
[300] 736 998 61000 203 218 82 209 [300] 487 25 623
[1000] 894 98 912 69197 31 431 600 20 87 732 854 922 48
70095 289 446 56 901 71000 107 263 881 72000 982
220 468 67 330 710 909 20 73 90 73150 214 611 626 982
73159 284 422 935 [300] 75311 99 222 501 688 697
76090 396 [800] 821 74 77 971 77027 7 203 64 314 61
78177 286 512 836 79063 198 [300] 531 83 914 61
80412 596 81951 222 84 547 [300] 560 769 72 356
923 818 698 83053 737 807 84248 81 750 962 85113
824 346 82182 275 247 [300] 75 83249 900 87064 507
82 917 73 [300]
90069 99 135 85 94 253 78 356 469 517 85 832 63
91037 [300] 200 10 400 80 650 804 92119 509 93112 83
134 82 223 31 [300] 55 [300] 414 513 73 83 904 704 49
818 852 94400 175 [300] 678 341 419 13 [300] 500 753
819 48 95300 13 71 400 671 749 89 807 84 963 [400]
96065 172 97019 136 209 42 54 948 98094 105 [300]
342 62 [400] 521 609 620 38 719 822 989 99351 842
100003 161 [300] 60 77 310 629 43 928 110001 60
116 324 89 468 960 [400] 80 804 63 977 78 102040 84
122 810 7 423 61 719 47 826 354 109318 [1000] 360 623
137 51 58 70 89 103080 254 797 900 106012 142 426
107069 639 99 747 971 78 108389 618 642 830 109012
80 51 113 86 267 416 681 99 708 943
110100 242 336 84 789 902 74 111081 150 271 390
601 822 988 112090 72 202 824 [300] 769 89 113321
82 511 [1000] 112090 72 202 824 [300] 769 89 113321
79 547 625 118320 30 43 610 41 709 673 117061 173
280 301 118341 467 637 698 793 934 91 119102 75
877 124
120016 772 [300] 121117 35 381 300 413 [300] 877
828 91 122063 211 [400] 284 480 626 872 123087 374
624 91 [300] 504 971 748 80 873 969 72 91 124400 37
521 603 943 77 125085 119 [1000] 72 76 296 363 433 43
623 39 84 [300] 961 71 126087 74 90 212 222 503 746
[300] 85 [300] 127018 233 70 479 88 [300] 584 692 684
126858 750 129034 27 85 207 48 73 426 547 [300] 954
756 89 807
130042 54 422 77 696 804 131133 320 434 578 800
717 952 132001 13 250 97 401 9 709 646 709 978 133120
36 60 243 610 21 [300] 816 979 134313 14 135053 44
882 485 980 3 202 31 879 964 136030 [300] 35 58 304 242
85 615 51 80 857 812 96 [400] 137091 106 16 296 301 857
[300] 138099 270 316 55 83 971 24 720 845 65 139027
897 350 684
140178 573 643 814 141082 575 142157 473 778
143387 359 414 616 723 28 973 83 144284 503 12 778

2. Ziehung 3. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. März 1909, nachmittags.

Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

145050 593 406 147287 419 543 725 871 941 [1000]
146290 549 906 147807 419 543 725 871 941 [1000]
640 714 817 81 937 149234 323 705
150182 223 35 [300] 39 960 151144 234 300 46 74
423 237 818 922 55 79 152012 41 550 876 824 [300]
153200 99 577 559 [300] 639 905 154062 84 87 112
51 66 80 491 637 720 823 84 983 155157 272 72 408 533 612
156088 181 207 60 483 503 92 [400] 737 157038 158334
68 197 30 56 228 474 858 744 843 [300] 159308 [300] 159
201 328 507 11
160009 433 482 532 676 856 87 948 161002 312
82 615 789 836 [300] 162045 721 23 28 836 94 833 97
163222 42 403 43 059 220 21 42 164054 60 605 843 918
18 165228 720 921 166274 230 84 475 638 167078
267 81 904 83 168888 629 92 756 77 824 169115 480
504 615 748
170096 64 91 125 72 345 344 459 621 792 171034
179 792 172028 198 212 50 703 75 [400] 419 81 520 431
90 777 849 173083 453 581 655 720 828 96 174133 55
360 621 728 843 47 175120 75 347 448 60 724 894 570
32 176284 90 239 62 883 177025 190 208 74 312 447
63 267 85 709 859 178083 194 245 401 38 48 654 748 62
99 179155 [400] 438
180114 350 83 532 641 [300] 82 855 832 23 59
181101 [300] 219 423 519 610 718 850 182561 67 600
64 731 75 183196 9 211 548 63 785 184121 288 432
214 186 814 759 [400] 885 185046 97 163 186291 437
[400] 886 186006 24 164 615 766 802 975 [300]
188085 123 218 658 738 869 927 189148 430 68 [300]
69 634 72 55 [300] 853 87
190055 107 234 410 510 18 655 45 879 190 86
191190 164 287 386 809 950 202150 484 60 811
203083 [1000] 498 65 728 955 204422 683 638 [300]
208 448 508 170 230 500 76 779 206019 99 [300] 241
268 448 508 170 230 500 76 779 206019 99 [300] 241
629 [300] 42 737 [300] 832 90 208370 614 906 36 35
209268 512 79 609 719 44 812 58
210000 8 [300] 219 481 910 630 57 736 21 54 40
900 20 [300] 211285 274 487 591 732 800 21 12 18
649 869 877 38 912 14 213119 69 71 223 26 380 407
214028 417 54 548 215104 210 330 300 68 766 806 [300]
67 622 216790 304 470 78 606 8 685 788 916 217410
571 604 40 780 77 811 539 73 218018 227 80 354 [300]
473 83 643 [500] 821 901 219100 310 23 48 423 508 650
894 973 [500] 81
220012 292 354 605 221061 248 744 312 81 222102
69 [300] 123 224 484 [300] 600 500 [400] 800 223245
212 402 224555 129 227 55 [300] 329 427 26 605 [300]
724 812 312 225145 99 254 309 768 848 226088 186
207 70 80 491 543 645 227038 61 81 [300] 127 67 362
714 865 77 150 94 228016 [300] 648 601 229133 261
73 417 21 584
230001 54 102 286 56 564 [400] 770 83 231088
284 [300] 239 36 637 528 65 928 232320 531 233245
737 61 92 801 23 244010 87 270 401 519 698 245000 [300]
519 [400] 690 38 80 236345 67 648 86 830 907 237018
724 30 858 238062 137 245 200 434 521 639 803 978
239080 881 662 805
240000 281 602 36 312 241101 310 24 408 [300]
535 71 242115 67 466 62 687 828 35 387 243140 379
60 413 509 23 244010 87 270 401 519 698 245000 [300]
254 468 61 75 515 716 21 967 68 [300] 246035 84 173
245 447 426 738 750 247877 601 53 248037 264 28 548
590 [300] 55 031 249303 877 680 971 [300]
250007 150 519 43 64 512 87 623 45 763 251283
72 707 867 935 252196 62 [400] 494 648 777 36 881
253125 203 805 45 93 423 [300] 37 677 756 888 254142
264 85 97 589 629 741 831 255323 60 78 845 64 81 905
266167 416 525 513 65 606 [300] 877 257916 27 124
60 224 412 29 507 81 681 259 [300] 823 807 260 [400] 467
[300] 612 755 878 323 88 259808 78 315 462 527 46 811
75 943
260064 429 216 72 [300] 72 721 23 824 34 976
261153 263 593 789 917 42 262073 179 231 [400] 318
268 89 85 [300] 847 263089 97 126 348 520 40 88 90
715 33 85 47 945 264004 150 238 444 513 864 265304
65 238 68 519 619 766 837 24 266135 409 [300] 50 741
267165 218 22 329 [400] 542 46 650 78 885 268776 205
87 153 67 88 72 93 901 10 269027 323 031 623 815 804 61
270035 120 270 271009 217 306 469 508 821 681
43 272086 128 67 210 289 727 273296 447 62 833 84
620 78 274255 881 275030 143 290 306 11 [300] 856
60 776 276105 288 323 420 96 541 964 [300] 277269
286 516 623 718 [300] 825 28 278196 289 602 54 279051
[300] 66 482 501 818 82
280011 159 226 312 413 286 85 715 16 40 812
281201 883 608 41 727 282027 226 544 72 843 60
283008 52 149 280 359 470 72 226 85 614 71 81 92
284008 88 105 34 284 531 67 285337 413 54 81 92
423 612 286285 447 528 56 453 80 287218 78 [400] 653
705 25 [300] 43 853 72

2. Ziehung 3. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. März 1909, nachmittags.

Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150182 223 35 [300] 39 960 151144 234 300 46 74
423 237 818 922 55 79 152012 41 550 876 824 [300]
153200 99 577 559 [300] 639 905 154062 84 87 112
502 459 978 1008 212 87 324 61 401 832 2277 340 67
478 671 797 866 3001 [500] 82 243 819 543 4114 328 562
154288 560 89 784 820 [300] 155202 376 503 615 967
156061 160 286 781 86 157302 573 789 886 158019
211 381 778 159015 39 90 464 558 760 [400] 823 941
160263 618 900 161285 428 517 41 868 162047 92
160 503 609 734 836 904 32 163228 455 59 522 640 774
996 164004 96 98 301 164000 [300] 606 893 902 41 165881
518 615 45 874 901 87 166033 237 45 347 614 167601
79 168007 77 162 289 315 77 321 765 72 169228 807
31 430 55 698 734 [300] 55 883 932
170819 599 772 629 923 171228 503 41 607 790
[400] 207 172158 521 786 958 173037 77 351 65 742
908 [300] 174085 85 179 345 813 792 175028 339 616
880 354 176170 245 403 31 36 69 311 84 885 177267
201 16 72 711 80 178128 26 267 81 59 425 637 740
905 179053 262 303 45 578 [400] 748
180213 462 683 788 80 181000 425 681 182119
[400] 207 183047 149 317 [400] 89 489 712 847 900 80
184116 89 237 458 540 80 983 185750 84 319 835
602 511 17 85 186012 149 400 200 67 54 654 804 881
187025 77 114 27 223 54 360 503 501 75 36 74 632 500
821 27 83 188677 80 170 342 46 436 682 189027 [300]
82 [300] 127 434 512 [300] 23 602 22 96 838 58
190007 34 84 129 560 683 812 900 191087 180 268
[300] 335 715 965 67 [300] 269 220 690 879 78 882 194210 43 219
193008 29 [300] 597 195155 270 2 810 25 85 838
553 95 606 738 81 697 196067 [300] 780 877 87 197001
87 285 519 198040 811 73 199129 95 861 71 94
200119 258 40 362 71 414 204 91 20106 124 229
318 445 54 84 91 807 23 920 20208 42 280 503 635 96
707 30 46 46 846 977 203108 42 280 503 635 96
880 204287 500 205619 64 21 [300] 153 216 670 92 738
206094 78 186 500 328 556 971 207261 401 525 621 67
708 208259 97 450 80 873 852 957 209117 84 72 418 738
807 95
210008 241 91 671 81 211020 26 56 110 85 810 825
212204 622 839 45 213128 260 447 418 908 870
214063 [300] 545 56 882 216098 596 648 62 90 704
85 477 592 845 56 882 216098 596 648 62 90 704
217389 349 798 961 218012 107 77 221 51 300 25 611
90 228 219034 968 330
220000 81 540 221365 226 432 34 78 85 261 91 828
222301 451 335 692 72808 101 73 268 [300] 203
329 33 693 700 224005 238 714 801 905 225098 212 52
571 608 736 226016 113 226 338 84 569 584 732 64 855
921 227073 736 470 616 37 780 228029 237 360 427 67
710 228259 97 450 80 873 852 957 209117 84 72 418 738
807 95
230009 207 232 510 4 708 202 23 231118 458 208
[300] 889 232154 500 1 42 700 867 511 81 233003
158 159 988 234122 236 504 433 78 654 800 521 59
235409 506 [300] 95 757 238173 363 628 690 756 61
885 942 237199 [300] 305 83 [300] 628 61 81 884 50 729
238212 26 475 320 62 87 239031 67 74 454 64 519
602 53
240145 52 71 254 245 [500] 817 [400] 862 241111

Unter falcher Flagge.

Im Parteivertrag in München ist eine Broschüre von Artur Schulz erschienen, deren Zweck der Verfasser so bezeichnet: In den nachfolgenden Darlegungen soll der Versuch gemacht werden, die von den süddeutschen Landesorganisationen auf und nach dem Münchener Parteitag erhobene Autonomieforderung theoretisch zu begründen, d. h. es soll untersucht werden, ob und wie sich diese Forderung in den Zusammenhang unserer Erkenntnis von Wirtschaft, Staat und Arbeiterbewegung in Deutschland und unserer aus dieser Erkenntnis sich ergebenden politischen und tatsächlichen Maßnahmen einordnen läßt.

Das ist von vornherein eine Verdrehung. In Nürnberg handelte es sich einfach um die Frage, ob die Beschlüsse der Parteitage für die Gesamtpartei bindend sind, ob es mit der Parteidiagnostik vereinbar ist, wenn die parlamentarischen Vertretungen der Partei im bayerischen und badiischen Landtage entgegen dem klaren Beschlusse der Parteitage von Lübeck ohne „ausnahmeweise zwingende, in besonderen Verhältnissen liegende Gründe“ für das Budget gestimmt haben. Autonomie steht voraus, daß die autonome Zeile ein Ganzes bilden, und die Einheit ist in der sozialdemokratischen Partei gegeben durch das Programm und die gemäß dem Parteistatut erfolgten Beschlüsse der Parteitage. Wird dieser gemeinsame Band gesprengt, dann haben wir keine einheitliche Partei mit autonomen Gruppen mehr, sondern höchstens eine Föderation sozialdemokratischer Parteien in Preußen, Bayern, Sachsen usw., die in ganz losem Zusammenhange stehen. Die Autonomieforderung „theoretisch begründen“ hieße also beweisen, daß die Budgetbewilligung im gegebenen Falle mit dem Programm und den Parteitagebeschlüssen vereinbar war. Nun wird in dem zitierten Satze offenbar geflissentlich das Wort Parteiprogramm durch die vagen Redensarten von „unserer Erkenntnis von Wirtschaft, Staat und Arbeiterbewegung“ ersetzt. Wessen Erkenntnis? Der Partei? Diese ist im Programm formuliert. Die Erkenntnis aber, die uns in der Broschüre aufgesetzt wird, läuft auf eine glatte Regierung dieses Programms hinaus. Das wäre nicht weiter schlimm. Niemand kann dem Dr. Artur Schulz das Recht verweigern, auf Grund seiner Erkenntnis auf die Grundfrage des sozialdemokratischen Programms zu pfeifen.

Die Grundforderung lautet: „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum“. Artur Schulz bezeichnet nun die sozialistische Wirtschaftsorganisation, so weit die Landwirtschaft in Betracht kommt, als Utopie. Der selbstwirtschaftende Bauer, der sein Land ohne Lohnarbeiter bestellt, soll „auf eigener Scholle sein eigener Herr sein und niemand mehr soll ihm dreintreten dürfen“. Nur für die gewerbliche Produktion soll die sozialistische Wirtschaft gelten. Es ist klar, daß eine sozialistische Wirtschaft ein Un Ding ist, solange Grund und Boden und damit auch die Lebensmittel und die Rohstoffe, die die Landwirtschaft erzeugt, Privateigentum bleiben. Somit ist die Konsequenz dieses Standpunktes die Preisgabe des Sozialismus.

Aber nicht nur auf die Grundforderung des Sozialismus weist Dr. Artur Schulz, auch unser Gegenwartsprogramm erscheint ihm dringend verbesserungsbedürftig. Er fordert nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die deutsche Sozialdemokratie die Forderung „Abfassung aller indirekten Steuern und Zölle“ freide und für möglichst hohe Zölle auf Vieh, Fleisch, Wollereiprodukte, kurz alle Erzeugnisse der Landwirtschaft, außer vielleicht der Getreidezölle, erbe, die sich Dr. Schulz noch nicht klar geworden ist**), eintrete. — Die Sozialdemokratie als Vertreter der Lebensmittel, das ist das Resultat der „Erkenntnis von Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ des Dr. Schulz.

Das ist erheitend. Aber bedenklich ist, daß Dr. Schulz sich ummaht, im Namen der süddeutschen Sozialdemokraten zu sprechen, in dieser Annahme Vorwand geleistet wird, indem ein Parteivertrag die Broschüre ohne jeden Vorbehalt veröffentlicht, und daß von seiten der süddeutschen Genossen, mit deren Namen so standeslos Mißbrauch getrieben wird, bisher ein Protest nicht erfolgt ist.**) Das allein veranlaßt uns, uns mit dieser Broschüre zu befassen. Würde sich der Verfasser als das geben, was er ist, als ein liberaler Versüßter Kleinbäuerlicher Interessen, so würde sein Hahn danach krähen, denn sein wissenschaftlicher Ballast ist so gering, wie seine Annahme groß. Nur weil das Nachwerk unter solcher Flagge segelt, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach von den Gegnern der Sozialdemokratie ausgenutzt werden.

Der Ausgangspunkt der Ausführungen schon ist zwar nicht originell, aber kurios genug. Der Verfasser prophezeit nämlich, daß die deutsche Sozialdemokratie die „Theorie der naturgesetzlichen Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassencharakters der Staaten“ aufgeben muß und meint, daß die südmainische Budgetbewilligung den preussischen Genossen allen Anlaß geben sollte, über ihre eigene von fehlerhaften Voraussetzungen ausgehende Taktik nachzudenken. Diese Prophezeiung stützt sich auf die andere, daß die Agrarverfassung Norddeutschlands sich nach dem Vorbilde Süddeutschlands entwickeln wird. Vor allem ist es nun kurios, die Entwicklung der Agrarverhältnisse ist das Entscheidende für die Entwicklung der sozialen und politischen Zustände in Deutschland hinstellen zu wollen. Es trifft sich hübsch, daß die Broschüre gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der letzten Volkszählung erscheint. Hiernach ist nämlich die landwirtschaftliche Bevölkerung abföul und relativ zurückgegangen, sie bildete 1907 nur noch 26,66 Proz. der Bevölkerung, gegen 42,51 im Jahre 1882. Diese Zahlen bieten nichts Neues, sie illustrieren nur die Erscheinung, die zurzeit im Leben der europäischen Staaten dominiert, die rapide Industrialisierung.

Wenn man aber schon Herr Schulz das Schwerk Gewicht auf die agrarischen Dinge legt, dann soll er seinen Lesern wenigstens seine Märchen über diese Dinge erzählen. Ein Märchen ist es, in Süddeutschland sei der „Familienbetrieb“ die typische landwirtschaftliche Unternehmungsform, denn in Wirklichkeit ist es nicht der Kleinbetrieb, bei dem der Inhaber mit seiner Familie das Land bestellt, die typische Form, sondern der bäuerliche, auf Lohnarbeit begründete Betrieb. Ein Märchen ist es, daß es in Süddeutschland auf dem flachen Lande „unausgleichbare Klassengegensätze nicht gibt, denn in Wirklichkeit weist auch Süddeutschland ein starkes landwirtschaftliches Proletariat auf, was folgende Zahlen illustrieren mögen:

Nach der Volkszählung von 1895 gab es in Bayern 429 883 Selbständige in der Landwirtschaft, dagegen 491 703 Knechte und Mägde, 33 538 Tagelöhner mit Land und 99 853 Tagelöhner ohne Land, wobei — wohlgemerkt! — die im Betriebe tätigen

*) Artur Schulz: „Ökonomische und politische Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Ein Versuch, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H. in München.

**) Dr. Schulz hat nämlich im Jahre 1902 ein Buch geschrieben, „Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn“, in dem er nachweist, daß hohe Kornzölle ein Unglück für die Arbeiter sind. Es scheint ihm daher wohl zu früh, seine damaligen Ausführungen ins Gegenteil umzukehren.

***) Die „Münchener Post“ hat zwei Besprechungen gebracht, worin das Buch zunächst sehr gelobt und der „Begründung“ der süddeutschen Autonomieforderung nicht widersprochen wird. Dagegen wird die Anschauung Schulz über die Bedeutung der inneren Kolonisation in Ostelbien sowie seine Befürwortung der Vieh- und Fleischzölle wie überhaupt einer Bauernpolitik auf Kosten der Arbeiter abgelehnt.

Familienangehörigen, also die Söhne und Töchter der Bauern, ausgeschlossen sind; also standen 420 000 Selbständigen 629 000 Lohnarbeiter gegenüber. Vor allem aber ist es ein Märchen, was uns Artur Schulz von dem „sieghaften Vordringen der typischen landwirtschaftlichen Unternehmungsform in Süddeutschland, des „Familienbetriebes“ in die Großgüterdistrikte des Nordens und Ostens“ erzählt.

Dies sind keine Ausführungen von schier unglaublicher Leichtfertigkeit und wir müssen mit einigen Worten darauf näher eingehen. Er behauptet schlechthin, „das Schicksal des Großgutes als der herrschenden landwirtschaftlichen Unternehmungsform im Osten ist besiegelt“. Und wieder trifft es sich sehr hübsch, daß soeben die Resultate der Betriebszählung veröffentlicht werden, die ergeben, daß in Preußen die Zahl der Güter über 100 Hektar nahezu stabil geblieben ist: 18 773 gegen 19 190 im Jahre 1895; das ist eine Abnahme um nur 426. Dabei ist die Zahl der Güter von 200 bis 500 Hektar, also der Güter, deren Größe als die angemessenste für einen rationalen intensiven Betrieb betrachtet wird, um 185 (von 7588 auf 7773) gestiegen; vermindert hat sich die Zahl der allzu großen Güter (über 500 Hektar) und der Güter von 100 bis 200 Hektar. Das zeugt jedenfalls nicht vom Verschwinden des Großbetriebes. Doch weiter: der eigentliche bäuerliche Betrieb geht zurück; die Zahl der Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar ist um 10 200 zurückgegangen, um 8,09 Proz. der Gesamtzahl! Das geschah zu der Zeit, wo die preussische Regierung auf Teufelhohem Kolonisation und mit dem Gelde der Steuerzahler künstlich Bauernkolonien in Posen und Westpreußen geschaffen hat, zu der Zeit, wo alle „Sozialreformer“ über das herrliche Werk der Parzellierung und Kolonisierung faldaberten. Diese Soldadereien der Prentano, Sering und tutti quanti haben es dem Dr. Artur Schulz angetan, das ist der ganze Witz. Es wird eben viel Aufhebens gemacht von der Parzellierung, einmal, weil die preussische Bureaucratie ihre Blamage mit der Kolonisation nicht eingestehen mag, zweitens, weil durch den Kampf zwischen der Ansiedlungskommission und den Polen die Güterschlächtere zu einer „nationalen Sache“ haben und drüben geworden ist, drittens, weil die bürgerlichen Sozialreformer ihre schönen Wünsche für Tatsachen hinstellen. Uebersehen aber wird, daß die geringe Zahl von Gütern, die aufgeteilt wird, bei weitem nicht genügt, um den Bedarf an Land zu decken, den die Bauerschaft hat, wenn sie ihre Söhne mit Land versehen will, daß infolge der Teilung der Bauernhöfe im Gebirge die Zahl der erziehungsfähigen selbständigen Bauernwirtschaften zurückgeht. Uebersehen wird ferner, daß neben dem Parzellierungsprozeß ein Konzentrationsprozeß vor sich geht. Und die Hauptfrage ist: die Agrarkrise ist vorläufig überwunden, die Parzellierung der Güter hat in den letzten Jahren abgenommen; sowohl die Ansiedlungskommission findet nicht mehr genügend Güter im freihändigen Verkauf, als die politischen Genossenschaften und die privaten Güterschlächter. — Es sind Märchen, was uns Artur Schulz von dem besiegelten Schicksal des Großgutes erzählt, und die Zahlen der Betriebsstatistik entheben uns der Mühe, näher auf diese Märchen einzugehen. Dies um so mehr, als auch seine „theoretischen“ Ausführungen für die Sach sind. Er behauptet z. B. einer der Gründe, warum sich der Großbetrieb nach halte, sei die Zuwanderung von 300 000 slavischen Landarbeitern; ohne diese könnte das Großgut nicht bestehen; diese Zuwanderung aber nehme ab und werde weiterhin abnehmen. Wer auch nur das geringste von der Wanderarbeit weiß, wird über diese Prophezeiungen lachen. Der Strom der Wanderarbeiter strömt immer mehr an und erfährt immer weitere Gebiete. Noch vor kurzem waren es ausschließlich Polen, die als Wanderarbeiter nach Deutschland kamen, seit etwa zehn Jahren kommen auch Ruthenen und Ungarn und in allerletzter Zeit Russen. Jetzt hat die russische Regierung in der Duma das Gesetz durchgedrückt, das den Kommunalbesitz der Bauerngemeinden auslöst; das bedeutet eine gewalttätige Proletarisierung der Bauernschaft, und dieses ländliche Proletariat wird notwendiger zur Wanderarbeit greifen. Uebrigens ist es auch ganz falsch, daß nur die Großgrundbesitzer Wanderarbeiter beschäftigen; auch die bäuerlichen Betriebe können, wenn sie Hadschade bauen, ohne diese Wanderarbeiter nicht mehr wirtschaften. Ja, der Großgrundbesitzer kann leichter einen ständigen Arbeiter entlohnen als der Bauer, der die Kosten des Unterhaltes im Winter deckt. — Ein weiterer Grund, warum die Großbetriebe sich nach halten, soll der Getreidezoll sein, der angeblich nur den Großgrundbesitzern zugute kommt. In Wirklichkeit können die Großbauern im Nordosten ohne Getreidebau ebenso wenig bestehen wie die Großbetriebe; richtig allein ist, daß die Kornzölle natürlich den Großgrundbesitzern größeren Nutzen schaffen als den Großbauern. Falsch aber ist, daß nur im Getreidebau der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen sei. Die Zeiten, wo der Getreidebau der einzige Rückhalt der Großbetriebe war, sind in Deutschland längst vorüber; diese Betriebe gehen systematisch dazu über, die Bodenprodukte als Viehfutter zu verwerten und haben die Viehhaltung ganz bedeutend ausgedehnt. Man kann behaupten, daß diese heute bereits zum entscheidenden Faktor der Wirtschaft auf den großen Gütern geworden ist. Besonders wo auf diesen Gütern gewerbliche Betriebe — Zuckerfabriken, Brennereien, Stärkesabriken, Molkereien — errichtet werden und die Nebenprodukte als Futter Verwendung finden, ist die Ueberlegenheit der Großbetriebe außer aller Frage. — Hand in Hand mit dieser Verschiebung der Produktion geht die technische Vervollkommnung, die Anwendung der Maschine und der qualifizierten Arbeit mit allen ihren Vorzügen.

Artur Schulz allerdings glaubt an das Dogma von der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes, und gegen Dogmen ist mit Vernunftgründen nichts auszurichten. — Was aber allem die Krone aufsetzt, ist die Behauptung von dem Emporsteigen der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Bauernstand. Da wird uns erzählt, wie der Landarbeiter in Süddeutschland sich mit Leichtigkeit ein Stüchlein Land erwirbt, um „es durch gelegentlichen Zulauf zu vergrößern und womöglich, wenn das Glück dem Fleiße und der Sparsamkeit zu Hilfe kommt, in den Stand der Kleineren oder gar der mittleren Bauern aufzusteigen“, und dann wird uns prophezeit, daß das auch in Norddeutschland so kommen wird. Man denke: hanerische Arbeiter, deren Jahreseinkommen keine 900 M. beträgt, werden durch Sparsamkeit zu Bauern, und das gleiche Los verheißt Artur Schulz den Köstigen, Jästen und Deputanten in Ostelbien, die im Jahre 200—300 M. Bargeld in die Hand bekommen, wenn es gut geht, und von diesem Gelde Kleidung, Werkzeug für ihre Wirtschaft, und was sie außer Getreide und Kartoffeln an Nahrung für sich und ihre Familie brauchen, kaufen müssen. Wahrscheinlich die unterchämtesten Junker haben bisher der Landarbeiter nicht die unterchämtesten Junken aus diesen grotesken Behauptungen gespart! Dr. Schulz kommt zu diesen grotesken Behauptungen, weil er ein paar Wörter falsch verstanden hat. Es ist dargelegt, daß bei der Parzellierung im Osten hier und da beschloßlose Arbeiter mit Hilfe des ihnen gewährten Kredites Parzellen erworben haben; nur sind sie weder in den Stand der Kleinbauern noch der mittleren Bauern dadurch aufgestiegen, sondern sind nach wie vor Arbeiter geblieben, die von ihrem Lohn die Zinsen für diese Parzellen zahlen und an dieser Last zugrunde gehen.

Die Konsequenz, die Herr Schulz aus diesen Phantasien über die „in den Stand der Bauern aufsteigenden“ Arbeiter zieht, ist dann, daß er erstens der Sozialdemokratie empfiehlt, an Stelle der Bergesellschaftlichkeit des Bodens die Forderung auszustellen: „Jedem Landarbeiter Land zu gesichertem Besitze“. Das soll aber nicht etwa geschehen durch Expropriierung der Junker, nein es soll geschehen, ohne die gegenwärtigen Großgrundbesitzer im geringsten in ihrem Vermögen und ihren erworbenen Rechten zu schädigen. Es hieße die Leser beleidigen, wenn wir diese Ausgeburt toller Demagogie einer Kritik unterziehen wollten. Zweitens soll die Sozialdemokratie im Interesse der Lohnarbeiter und Kleinbauern für Zölle auf Vieh, Fleisch, Wollereiprodukte, Geflügel, Obst, Gemüse usw. eintreten. Dr. Schulz stellt sich nämlich allen Ernstes vor, daß hohe Preise auf diese Produkte nicht nur den

Kleinbauern, sondern selbst den Arbeitern, die jämlich ein Kalb, ein paar Ferkel, ein paar Hühner usw. verkaufen, das Uebergewicht über den Großgrundbesitzer verschaffen. Er hat nichts davon gehört, daß die hohen Schweinepreise ein schwerer Schlag für die Kleinbauern und Landarbeiter geworden sind, er weiß nicht, daß diese Leute in der Regel Fleisch, Speck, selbst Brot kaufen, und auf diese Weise, wenn sie wirklich in der Lage sind, als Verkäufer von den hohen Lebensmittelpreisen zu profitieren, als Konsumenten diesen Nutzen wieder einbüßen.

So sieht es mit „unserer Erkenntnis von Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ bei Artur Schulz aus. Und dann kommt seine Erkenntnis vom Staat, aus der sich ergibt, Bayern „sei kein reiner Klassenstaat“, weil die bayerische Bureaucratie, die zum großen Teile aus dem Bauernum hervorgehe (was eine faszinierende Aufschneiderei ist), „zweifellos befähigter ist, ihrer ideellen Aufgabe, die reinen Staatszwecke wahrzunehmen und sie nötigenfalls auch gegen die Sonderinteressen der herrschenden Klasse zu verteidigen, nachzukommen“. Wozu sich dann der Leser an Hand des neuesten Beispiels, der Maßregelung des Lehrers, Genossen Hofmann, einen Witz machen mag.

Dr. Artur Schulz meint an einer Stelle seiner Broschüre, die süddeutschen Sozialdemokraten seien heute noch nicht reif für eine Politik der Lebensmittelerzeugung. Das ist erstlich, und wir nehmen an, daß sie niemals dafür reif werden. Daß aber die revisionistischen Tendenzen solche Früchte wie diese Broschüre zur Reife bringen, sollte die Anhänger dieser Richtung zum Nachdenken zwingen.

Preussische Rechnungsergebnisse.

Wenn im preussischen Landtag über Bergarbeiterangelegenheiten gesprochen wird, stimmen die Herren von der Mitte bis zur Rechten in trauter Gemeinschaft mit den Vertretern der Regierung dieselbe Klage an: die Begehrtheit der Arbeiter wird immer größer! Die Löhne auf den preussischen Staatswerken steigen fortwährend, dagegen fällt das Förderquantum pro Kopf berechnet, von Jahr zu Jahr! Die fiskalischen Werke verzeichnen sich daher immer schlechter! Solche Reden sucht man durch einige Zahlen aus den Rechnungsergebnissen der fiskalischen Berg-, Hütten- und Salinenwerke wirksam zu illustrieren. Den Wert der Zahlen können wir nicht hoch anschlagen. Bei den Steinkohlenbergwerken fiel rechnermäßig die Jahresleistung pro Kopf der Belegschaft von 243,5 Tonnen im Jahre 1906 auf 234,0 Tonnen im Jahre 1907. Bei den Braunkohlenbergwerken fehlen die entsprechenden direkten Angaben. Warum? Hier ergeben sich folgende Zahlen: Förderung pro Kopf 1906: 759 Tonnen, 1907: 775,9 Tonnen. Also eine Steigerung der Durchschnittsleistung. Bei den Eisenerzbergwerken fehlen die Zahlen ebenfalls, eine Nachprüfung ergibt eine Leistungssteigerung! Und überall stößt man auf Verschleierung. Dort, wo der Förderdurchschnitt sich verringert hat, sind die Ziffern angegeben, wo er gestiegen ist, fehlen sie regelmäßig! Nur für zwei Bezirke werden die Steigerungen mitgeteilt. Jedoch nicht in der Jahresleistung, sondern in der Schichtleistung. Die Steigerung beträgt dann natürlich nur hundertstel und tausendstel Tonnen! In einigen Fällen dient die mittlere Belegschaft als Unterlage der Berechnung, in anderen Fällen sind geringere Zahlen angenommen. Dabei vergißt man, darauf hinzuweisen, daß das Förderquantum abhängig ist von der Qualität und dem Grad des Abbaues, dem Umfang der Vorkürsarbeiten und der Nebenproduktion. Und das ist von allergrößter Bedeutung. Den präzentierten Durchschnittsberechnungen ist gar kein Wert beizulegen. Charakteristischer Weise folgen die Förderzahlen der preussischen Staatsbergwerke der letzten Jahrzehnte genau den Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur. Doch folgen wir den fiskalischen Rechnungsführern weiter auf ihren Spuren.

Im preussischen Abgeordnetentag erklärte am 17. Februar d. J. der preussische Handelsminister Dr. Delbrück: „Der Rückgang der Arbeitsleistungen trotz gesteigerter Leistungsfähigkeit ist eine allgemein beobachtete Tatsache.“ Ähnliche Angaben im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908 zeigen, daß die ministeriellen Behauptungen objektiv unwoh, mithin sehr leichtfertig aufgestellt sind. Im Jahre 1887 beteiligten sich noch den amtlichen Ermittlungen an der Förderung aller damals im deutschen Völkgebiet zulage geschafften Bergwerberzeugnisse 337 643 Personen. Sie förderten insgesamt 88 873 000 Tonnen. Der Verkaufspreis dieses Quantum am Ursprungsort betrug rund 440 Millionen Mark. Für das Jahr 1906 betragen die entsprechenden Zahlen 688 853 Personen und 229 146 100 Tonnen im Werte von 1637 Millionen Mark. Im Jahre 1887 entfielen von der Produktionsmenge auf einen Bergarbeiter jährlich 263 Tonnen im Werte von 1 329,27 M., im Jahre 1906 hingegen 32,8 Tonnen im Werte von 2 376,60 M. Danach ergibt sich eine erhebliche Leistungssteigerung.

Es wird in den letzten Jahren auch über eine immer geringer werdende Rentabilität der fiskalischen Werke gemurmelt. Wie liegen da die Dinge? Eine ordentliche Bilanz veröffentlicht der Staat über seine Werke nicht. Daß vom Gewinn ein Teil zu Vergrößerungen und Reanlagen verwendet wird, kann man aus den Rechnungsbüchern ohne weiteres gar nicht erkennen. Bei den Neu- und Erweiterungsbauten, die aus Betriebsergebnissen gedeckt werden, handelt es sich nicht um geringe Summen. Wir machen aus den Stats folgende Aufstellung:

Die Ausgaben für Neu- und Erweiterungsbauten betragen in Millionen Mark:

Jahr	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Summe	4,9	6,9	5,8	7,1	9,9	8,0	10,8	16,8	16,0

Diese fortwährend gestiegenen Ausgaben, für welche ordnungsgemäß neues Kapital investiert werden müßte, machen es allein schon verständlich, daß der jämlich verbleibende „Rein“gewinn immer mehr zusammenschrumpft. Im Etatsvoranschlag macht man weiter das Kunststückchen, die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, die oft auch nur Neu- und Erweiterungsbauten darstellen, schon von den Einnahmen zu verrechnen. Dadurch wird der rechnungsmäßige Reingewinn natürlich vorweg um einige Millionen geringer. Insgesamt ergibt das — also Neu- und Erweiterungsbauten und einmalige und außerordentliche Ausgaben, soweit sie für denselben Zweck Verwendung fanden — folgende Summen in Millionen Mark:

Jahr	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
Summe	5	9	8	12	13	12	17	23

Wie hoch die tatsächlichen Ausgaben aus Betriebsmitteln für die erwählten Zwecke sind, lassen die dem Landtage vorgelegten Rechnungsergebnisse nicht erkennen.

Sodann ist zu berücksichtigen, daß neben gut rentierenden Werken solche vorhanden sind, die Jahr für Jahr Zuschüsse erfordern. Und gerade bei der Vorrechnung solcher Zuschüsse im Etat und den dann tatsächlich gemachten Aufwendungen zeigt sich regelmäßig ein erheblich großer Unterschied. Für das im Ausbau befindliche Steinkohlenbergwerk Ver. Glabbed war ein Zuschuß von 1,7 Millionen in den Etat für 1907 eingestellt. Der in diesem Jahre wirklich gebrauchte Zuschuß beträgt 3,7 Millionen. Seit seinem Erwerb hat dieses Bergwerk rund 8 Millionen Zuschüsse erfordert. Die 1902 erworbenen Steinkohlenbergwerke Bergmannsglad und Ballrop — das Letztere hat jetzt 1000 Mann entlassen, weil der Betrieb infolge Kohlenzufflusses eingestell wurde — haben bis jetzt rund 19,5 Millionen, also mit Ver. Glabbed 27,5 Millionen an Zuschüssen gebraucht.

Weiter ergibt eine Zusammenstellung der Aktiva von 1902 bis 1907 für die genannten drei Werke an Grubenberechtigte und Grundbesitz in Tausenden von Mark:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	
Ver. Gladbek	12 673	12 674	12 906	12 555	12 400	10 664	Berechtigame
Bergmanns-							Grundbesitz
glück	6 401	6 414	6 414	6 414	6 414	2 111	Berechtigame
	466	596	753	1 017	1 004	878	Grundbesitz
Waltrop	5 113	3 113	3 113	3 113	3 113	1 152	Berechtigame
	647	779	905	1 041	1 324	952	Grundbesitz

Woher der teilweise erhebliche Rückgang im letzten Jahre? Bei Gladbek sinkt die Berechtigame plötzlich auf ein Viertel, bei Waltrop und Bergmanns auf ein Drittel; auch ist hier der Grundbesitz auf einmal um 50 Proz. zurückgegangen, während bei Waltrop die Position plötzlich um fast 30 Proz. niedriger im Anseh erscheint. Wo ist die Begründung dafür?

Die Dinge mit der Rentabilität der fiskalischen Werke liegen ebenso wie mit dem ständigen Zurückgehen der Arbeitsleistungen der Bergarbeiter. In Wirklichkeit ist hier wie dort gerade das Umgekehrte des vom Minister und von bürgerlichen Vertretern behaupteten der Fall. Die wirkliche Rentabilität, die wirklichen Leistungen werden systematisch verkleinert durch eine Berechnungsmethode, der jedenfalls die erreichten Wirkungen als Absicht zugrunde liegen. So belügt man die Öffentlichkeit, und die Bergarbeiter ganz besonders.

Eingegangene Druckschriften.

Novellen von Gabriele d'Annunzio. 90 Pf. — Niederland von R. S. Hartwig. 90 Pf. Suhrverlag Jans deutsche Haus, B. Wagner, Berlin SW. 11.

Zur Wiederaufnahme des Hauptprozesses von J. Freiherr v. Kell. 31 Seiten. Kampf-Verlag, Leipzig.
 Protokoll des Tabakarbeiter-Kongresses 1909. 144 Seiten. B. Förner, Berlin S. 42.
 Jahrbuch des Verbandes der Bäcker, Konditoren usw. 11. 453 Seiten. D. Allmann, Hamburg, Befehlsbinderhof 57.
 Der Preußenpiegel von H. Eigenstein. 2 B. C. Kell, Berlin, Westend, Kurfürstendamm 28.
 Wo wohnt sie denn? und andere Schläger aus dem Repertoire d. Thalia-Theaters, Berlin. Musik von B. Hollaender. Harmonie.
 Wirrwarr-Weltprose! Geschichten der Redigier, Justizverbrechen in heutigen Deutschland. 3 B. Weidmann, Leipzig.
 Organisation der Waren- (Melouren-) Kontrolle sowie permanente Preisregulierung und Kalkulation. Von E. Brandt. 110 S. — Wirtschaftliche Gewinna- und Verlustvermittlung in Fabrikbetrieben. Von D. Joell. 6 B., geb. 7,50 M. D. D. Hoffmann, Berlin W. 5.

Die besten Glückwünsche unserem alten Parteigenossen **Fritz Schulz** zum 60. und seiner Friederike zum 61. Geburtstag.
 Die Genossen von 373a II und der Stamm.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater **Moritz Istema** am 12. März nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am 15. März, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle der Freiheitlichen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.**
 Am 12. März verstarb unser Mitglied, der Hilarrenmacher **Moritz Istema** Seelower Str. 25.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof der Freiheitlichen Gemeinde, Pappel-Allee statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 225/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises. **Todes-Anzeige.**
 Am 11. März verstarb unser Mitglied, der Schlosser **Alfred Mikonuschke** Zuvallidenstraße 40/41.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, von der Charité (Ausfahrt Alexanderufer) aus auf dem hiddischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 225/13 Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß der Schlosser **Alfred Mikonuschke** am Dienstag, den 9. d. M., verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité (Ausfahrt Alexander-Ufer) nach dem hiddischen Friedhofe in der Müllerstraße, Ecke der Seestraße, statt.
 Um stille Teilnahme bitten Die Hinterbliebenen: Konrad Mikonuschke nebst Frau, Karl Mikonuschke, Hedwig Bergmann als Braut, Friedrich Bergmann nebst Frau.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.**
 Am 11. März verstarb unser Mitglied, der Klempner **Alois Wolff** Antwerpener Straße 4.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, vom Virchow-Krankenhaus aus auf dem Charlité-Friedhof, Müllerstraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 225/14 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Rudolf Pasch** am 11. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Glanz-Friedhofes in Nordend aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 86/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeigen.**
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Alfred Mikonuschke** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiddischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.
 Ferner der Klempner **Alois Wolff** am 8. d. Mts. an Blutergiftung gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses aus nach dem hiddischen Friedhof in der Müllerstraße statt.
 Rege Beteiligung erwartet 113/6 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Redakteur **Max Michalski** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für **Schöneberg.**
 Am 11. März verstarb an Gehirnschlag unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Uter.** Bezirk 4 d.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
 Ferner verstarb plötzlich unser Mitglied, der Kohler **Franz Behrend** Bezirk 8 a.
 im 43. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein **Rixdorf.** **Todes-Anzeigen.**
 Am 11. März verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Gustav Auge** (3. Bezirk).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
 Am 12. März verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Methner** (3. Bezirk).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Friedhofes in der Hermannstraße aus statt.
 234/14 Der Vorstand.

Verband der Portefeuillier. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Freitag, den 12. d. Mts., unser Mitglied, der Stenograf **Richard Methner** verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Friedhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 100/6 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch zur Nachricht, daß Sonntag, den 13. März, morgens 9 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser treuherziger Vater, der Tischler **Hermann Zinke** im Krankenhaus Westend an Herzschwäche infolge Halsoperation sanft entschlafen ist. 487/2
 Um stille Teilnahme bitte **Anna Zinke** nebst Kindern, Charlottenburg, Friedbergstr. 20.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Friedhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

„Kreuzberger Harmonie.“
 Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser altes, treues Mitglied **Hermann Zinke** nach kurzer Krankheit gestorben ist.
 Sein liebes Wesen sowie sein Pflichtgefühl werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.
 Erschienen sämtlicher Sangesbrüder Pflicht.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. **Todes-Anzeige.**
 Am Donnerstag, den 11. März, verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied **Gustav Auge.**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 73/3 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Anna Ziebruch** geb. Dunkel im Alter von 41 Jahren am Freitag nachmittags sanft entschlafen ist.
 Beerdigung Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiddischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße aus. **Alfred Ziebruch,** 14365 Plantagenstr. 43.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Rosina Seiler** geb. Kornel am 12. März im 72. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
 Dies gelien liebtetrübt am **Wilhelm Seiler** nebst Kindern
 Die Beerdigung findet Montag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wegnitzer Straße 11, aus statt. 142/15

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Grusnick** verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Bismarckstraße 7 in Johannisthal aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht 243/4 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 13. d. M., verschied nach kurzen, schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der frühere Oberfaktor **Bernh. Ludw. Limburg** im 65. Lebensjahre.
 Rixdorf, den 14. März 1909.
 Im Namen der Hinterbliebenen **Witwe Anna Limburg.**
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Gornitzstraße (Krugstege) aus statt.

Dankagung.
 Für die mir anlässlich des Todes meines Mannes bewiesene herzliche Teilnahme spreche ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Schubert u. Berth, dem Deutschen Handwerkerbund sowie den Mitgliedern des 6. Reichstagswahlkreises hierdurch meinen herzlichsten Dank aus. 14405
Agnes Anders geb. Schnabel nebst Schwiegereltern.

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe **Westmanns** Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.
 Genaue Besichtigung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Die homöopathische Poliklinik des Berliner Vereins homöopathischer Ärzte ist von der Charlottenstraße 82 nach dem Halleschenhaus, Königgräber Str. 48 verlegt. Eröffnet täglich 1/2-1/3. 9546

Von jedem empfohlen!
Willy Reinhard Dentist Ecke Berlin S., Prinzenstr. 103 Wassertorstraße
 in der hiesigen Königl. Universitäts-Klinik als Zahntechniker tätig gewesen. 48/12
Jeder Preislage und in jeder Methode.
speziell für Zahnerfatz. Festsitzend, haltbar, naturgetreu.
 Plomben, Zahnziehen, Umarbeitung, Reparaturen sofort.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigst geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Bruder und Schwager, der Schlosser **Karl Grusnick** am Freitag, den 12. März 1909, vormittags 9 Uhr, an der Prostataerkrankung verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. März 1909, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Johannisthal, Bismarckstr. 7, aus statt. 4892
Agnes Grusnick nebst Kindern.
 Die Beerdigung von Oberförstern-Weibe treffen sich um 2 Uhr im Lokal G. Rodenbusch, Fritschestraße 5. 4892

Todes-Anzeige.
 Am Freitag, nachmittags 4 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter **Anna Webe** geb. Quade im Alter von 23 Jahren.
 Dies geht tiefbetrübt an **Frau Webe** nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. März, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Wollmerstraße 24 aus nach Reders-Schönhausen-Kordend statt. 4852
 Für die liebevolle Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unsern guten Mutter, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. 4862
H. Krause nebst Kindern, Rostockerstr. 19.

Brillanten
 Blendend schönen Teint, weiße, sammetweiche Haut, ein zartes, reines Gesicht und rosiges jugendfrisches Aussehen erhält man bei täglichen Gebrauch der allein echten **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radedeul. à 50 Pfg. Überall zu haben.

Tausende von klugen Köpfen und fleissigen Händen arbeiten täglich an der Verbesserung des Salamander Stiefels. Er gilt mit Fug und Recht als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie. —
 Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander
 Schuhes, m. b. H.

Einheitspreis M. 12,50
 Luxus-Ausführung M. 18,00
 Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182
 C. Königstr. 47
 SW. Friedrichstr. 221
 C. Rosenthalerstr. 1
 W. Potsdamerstr. 5
 NW. Wilsackstr. 9
 Ecke Turmstr. 9
 W. Tauentzienstr. 15



Nicht aus Paris, nicht aus London, sondern aus **Westmann's** stadtbekanntem **Spezial-Konfektionshause**
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße.)
 and Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.)
 Zu **Engrospreisen** nunmehr nur noch direkt an Private täglich in der Zeit von 9-1/2 Uhr vormittags, 3-8 Uhr nachmittags.
 Zum Zwecke der schleunigen Räumung in den Vormittagstunden gratis ein elegantes Reisecape an jeden Käufer schon von M. 20.— an! Nachmittags ist der Andrang nicht zu bewältigen.
Originalmodelle 1909, Reismuster, Kopien, auch selbst für die allerstärksten Figuren vorrätig.
Kostüme x Mäntel x Paletots x Staubmäntel x Phantasiepiecen
Jackets x Capes x Kleider x Röcke x Blusen
 in den erdenklichsten Variationen, von der einfachsten bis zur vorwühnlichsten Geschmacksrichtung, in Epinglé, Cotteló, Travers und 100 verschied. anderen neuen Stoffarten.
 Façon Dot 1909 M. 20.— Originalwort bis M. 18.— jetet nur M. 8 1/2.
 Façon Ruth 1909 M. 15.— bis M. 20.— nur M. 12.—
 bis M. 52.— nur M. 20.—
 bis M. 80.— nur M. 38.—
 bis M. 110.— nur M. 55.—
 bis M. 450.— usw. nur M. 200.—
 Die Bestände der letzten Herbst- und Winter-Saison jetzt zu jedem irgendwo annehmbaren Preise.
 Sonntag geöffnet 8-10, 12-3 Uhr! — Auf meine Firma und Hausnummer wolle man genau achten!



